Gewerkschaftspolitik — Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf? S. 9

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6 vom 12. Februar 1982 — 16. Jahrgang — 1 DM



Gegen Akkordkürzungen haben die Arbeiter der Dortmunder Maschinenbaufabrik Orenstein & Koppel sich wiederholt mit mehrstündigen Streikaktionen zur Wehr gesetzt. Mit der Begründung, die Produktivität müsse erhöht werden, wollen die Bosse die Vorgabezeiten um 20 Prozent kürzen. Für die davon betroffenen Arbeiter würde das einen Lohnabbau von 250 Mark bis 350 Mark pro Monat bedeuten. Kampfaktionen gegen diesen geplanten Lohnraub gab es auch im Hagener und Westberliner Werk von Orenstein & Koppel.

Demonstrationen in Hamburg und München

Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit

MÜNCHEN. — Ausländische Arbeiter und Mitbürger setzen sich zunehmend gegen die anwachsende Ausländerfeindlichkeit zur Wehr, die von den Bonner Parteien und anderen reaktionären Kräften geschürt wird und die sich in menschenfeindlichen Erlassen und Angriffen niederschlägt. Sie haben dabei die Unterstützung deutscher Antifaschisten und Demokraten. Beispiele dafür sind die Demonstrationen von München (6.2.) und Hamburg (30.1.), bei denen mehrere tausend Menschen gegen diese Politik auf die Straße gingen.

„Gemeinsam gegen Unterdrükkung und Diskriminierung der Ausländer" war das Motto der Hamburger Demonstration. Und es kam eine kämpferische Aktion vieler unterschiedlicher Organisationen zustande, an der sich mehr als 3000 Menschen beteiligten. Vertreter deutscher, türkischer und spanischer Initiativen vertraten ihre Forderungen. In einem offenen Brief wurde der Senat zur Zurücknahme der Verschärfung des Asylrechts und der Ausländergesetze aufgefordert.

Der Initiativkreis gegen die Ausländererlasse hatte in München zum Protestmarsch aufgerufen, über 2000 Menschen waren gekommen. Auf Flugblättern wurde „Gleiches Recht für alle Menschen, uneingeschränktes Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis für Ausländer hierzulande, kein Auseinanderreißen ausländischer Familien sowie ein Verbot jeglicher rassistischer Organisationen" gefordert.

Solcher Widerstand gegen die ausländerfeindliche Politik, die derzeit in allen Bundesländern um sich greift, ist dringend geboten. Mit den mit massiver Hetze verbundenen Angriffen auf Rechte und Lebenslage der Ausländer soll auch die westdeutsche Arbeiterklasse in der Zeit der Krise gespalten, soll sie vom Kampf gegen den wirklichen Feind abgelenkt werden. Nicht umsonst reihte sich in den letzten Tagen der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, in die Hetze ein. Und es ist eine Schande, wenn auch Gewerkschaftsführer wie Sperner ausdrücklich in diese Front treten, statt für gewerkschaftlichen Widerstand zu sorgen!

In der so entstandenen Lage werden auch faschistische Gruppen mit bundesweiten Ausländer-Kampagnen wieder aktiv.



Demonstration in München.

Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist eine wichtige Aufgabe antifaschistischen und gewerkschaftlichen Kampfes. Den Nazis muß das Handwerk gelegt, die Maßnahmen und Pläne der reaktionären Politiker müssen zu Fall gebracht werden!

Offiziell zwei Millionen Arbeitslose

Sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit

NÜRNBERG. — Die für Januar vorgelegten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zeigen ein alarmierendes Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Inzwischen sind fast zwei Millionen Erwerbslose offiziell registriert; der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, nannte die Zahl von 1949754. Rechnet man all diejenigen hinzu, die längst aus der Statistik herausgefallen sind oder gar nicht erfaßt wurden, muß man von einer realen Zahl von mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen ausgehen.

Aber auch die offizielle Ziffer ist die höchste, die seit dem Januar 1955 festgestellt wurde. Sie liegt um 49 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote hat sich innerhalb eines Monats von 7,3 Prozent im Dezember auf 8,3 Prozent im Januar verschlechtert. Stark angestiegen ist auch die Zahl der Kurzarbeiter, die jetzt bei 538675 liegt.

Die Zahl der offenen Stellen ist im Vergleich zum Januar 1981 um die Hälfte auf 122148 zurückgegangen. Damit kommen gegenwärtig 16 Arbeitslose auf eine offene Stelle.

Besonders stark angestiegen ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen. Sie liegt heute um 61 Prozent über dem im Januar letzten Jahres registrierten Wert. Ähnlich zugenommen hat auch die Erwerbslosigkeit bei Ausländern, die im gleichen Zeitraum um 61,4 Prozent angestiegen ist.

Angesichts dieser alarmierenden Zahlen sind wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit längst überfällig. Das von der Bundesregierung jetzt vorgelegte „Beschäftigungsprogramm" jedoch hat mit wirklicher Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts zu tun. Es dient eher dazu, die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze durch Rationalisierung zu subventionieren. (Siehe auch Artikel auf Seite 2.)

Für atomwaffenfreies Europa

Friedensappell in der DDR

OSTBERLIN. — Eine Bürgerinitiative in der DDR hat einen „Berliner Appell — Frieden schaffen ohne Waffen" veröffentlicht, der seit dem 25. Januar von über 200 DDR-Bürgern unterschrieben worden ist. Zu den Erstunterzeichnern gehören der seit langem unter Hausarrest stehende Wissenschaftler Robert Havemann und mehrere im Jugendbereich tätige Pfarrer.

Einige Pfarrer sollen sich bei Gottesdiensten am vergangenen Sonntag öffentlich für den Aufruf eingesetzt haben. In den Appell der Bürgerinitiative sind einige Forderungen aufgenommen, die schon in einem offenen Brief erhoben worden waren, den Havemann und andere DDR-Bürger letztes Jahr an Breschnew gerichtet hatten. So setzt sich der Appell für ein atomwaffenfreies Europa ein und fordert Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland. Darüber hinaus sollen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Friedensverträge mit den deutschen Staaten schließen und ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen.

Der Appell richtet sich auch gegen die zunehmende Militarisierung in der DDR und verlangt unter anderem die Ersetzung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen durch Diskussionen über den Frieden und die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Die Bürgerinitiative will jetzt bei den DDR-Behörden eine Druckgenehmigung für den „Berliner Appell" beantragen.

Gegen Lohnraub und Sozialabbau

24stündiger Generalstreik in Belgien

BRÜSSEL. — Etwa 1,2 Millionen Werktätige beteiligten sich am Montag an einem eintägigen Generalstreik, zu dem der sozialistische Gewerkschaftsbund FGTB aufgerufen hatte. Der Streik richtete sich gegen reaktionäre, arbeiterfeindliche Sondergesetze, die letzte Woche im belgischen Parlament verabschiedet worden waren.

Diese Gesetze sehen unter anderem die Aufhebung des Systems eines automatischen Teuerungsausgleichs vor, das bislang in Belgien galt. In diesem Jahr sollen Löhne und Gehälter um 3 Prozent unter der Teuerungsrate liegen. Darüber hinaus sind nach den neuen Gesetzen drastische Kürzungen des Arbeitslosengeldes und verschiedener Sozialleistungen geplant.

Der Streikaufruf wurde im Norden des Landes zum größten Teil, im Süden dagegen vollständig befolgt. Hier hatten sich auch die Ortsverbände der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, die auf zentraler Ebene eine Streikbeteiligung abgelehnt hatten. Nicht nur in den Industriebetrieben ruhte am Montag die Arbeit, auch der Bahn- und Busverkehr brach zusammen. In der Hauptstadt Brüssel fuhr nur noch die U-Bahn. Auch Banken und Geschäfte waren geschlossen. Rundfunk und Fernsehen konnten außer Musikkonserven nur Notsendungen mit den wichtigsten Nachrichten bringen.



In Brüssel wurde während des Generalstreiks eine Massendemonstration durchgeführt, um den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Kommentar der Woche

Alle, alle waren sie gekommen. Bei der Debatte über die Ausländerfrage einige Tage zuvor hatte sich nur ein kleines Häuflein von Abgeordneten im Bonner Bundestag verloren. Nun aber ließ sich selbst der schwerkranke SPD-Parlamentarier Rohde per Rollstuhl in den Plenarsaal chauffieren; Frau Minister Huber kam mit schwerer Grippe und ein SPD-„Linker" sogar mit Windpocken.

Der Ergebnis ist bekannt. Schmidt bekam erst das Vertrauen der Koalitionsfraktionen, dann Blumen und Ovationen und schließlich auch noch einen warmen Händedruck von Genscher und ein Schulterklopfen von Wehner. Vollends peinlich wurde diese „theatralisch-dramatische Schauinszenierung" (so der fraktionslose Abgeordnete Manfred Coppik) durch den Jubel der „Linken" in der SPD-Fraktion, die nun — für manchen sicher unerwartet — ihr Herz für den Kanzler entdeckten, der nun mittels der Vertrauensfrage endlich mal auf den Tisch gehauen hätte.

Schmidt stellt Vertrauensfrage

Verkehrte Welt. Denn mit dem Hammer der Vertrauensfrage sollte ja nicht zuletzt die innerparteiliche Opposition getroffen werden. Schmidt selbst machte das wenige Tage später noch einmal deutlich, als er vor dem Bezirksparteitag der SPD/Niederrhein motzte, das „endlose Gesabbel" in der Partei müsse nun endlich beendet werden. Keine Diskussionen mehr über die US-Raketen, keine Kritik am „Beschäftigungsprogramm" — gefordert ist der bedingungslose Kadavergehorsam gegenüber dem Kanzler. Hier wollte Schmidt mit der Vertrauensfrage ein klares Zeichen setzen.

Daß er sich zu diesem Schritt entschlossen hat, ist ein Ausdruck der Schwäche. Es ist die logische Konsequenz einer reaktionären Politik, die in immer größerem Ausmaß den Widerstand der Parteibasis provoziert, und die auf diesen Widerstand mit immer härteren Disziplinierungsmaßnahmen reagiert hat — erpresserische Rücktrittsdrohungen, Ausschluß von Hansen und anderen Kritikern usw.

Das ist aber nur eine Seite. Das Manöver mit der Vertrauensfrage zielt auch noch in eine andere Richtung. Schmidts Stellung als Verwalter der Kapitalinteressen in diesem Land ist inzwischen schwer angeschlagen. Je weiter sich die kapitalistische Krise vertieft, desto enger wird der Spielraum für eine traditionell sozialdemokratische Politik, die mit Zugeständnissen an die werktätigen Massen die gesellschaftlichen Widersprüche dämpfen kann. Die Zeiten der großen Reformversprechen sind längst vorbei — an die Stelle früherer Zugeständnisse sind brutaler Sozialabbau und der Polizeiknüppel getreten.

In dem Maße aber, wie die SPD-Führung offen als Vollstreckerin der Interessen des Finanzkapitals auftreten muß, verliert sie ihre vordem so sehr gerühmte „Integrationsfähigkeit". Und damit sinkt eben auch das Interesse der Bourgeoisie an einer SPD-Regierung.

In den letzten Monaten verging kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Unternehmerverband diese Regierung massiv angegriffen hätte. Dabei wurde auch deutlich, daß einflußreiche Kreise des Finanzkapitals auf eine radikale „Wende" in der gesamten Sozialpolitik orientieren, die mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung allerdings kaum durchsetzbar wäre. Zudem ist sowohl innen- wie auch außenpolitisch die Ostpolitik der SPD unter einen schweren Druck geraten; es wachsen die Kräfte, die auch hier eine grundsätzliche Umkehr zugunsten eines harten Konfrontationskurses gegenüber dem sowjetischen Lager verlangen.

Vor diesem Hintergrund müssen die nun schon periodisch auftretenden Krisen in der Regierungskoalition gesehen werden, die das „sozial-liberale Bündnis" mehrmals an den Rand des endgültigen Bruchs getrieben haben. Es ist ja kein Geheimnis mehr, daß die FDP-Führung lieber heute als morgen aus diesem „Bündnis" abspringen möchte. Schmidts Vertrauensfrage war also auch ein Versuch, die Brüche in der Koalition zu überspielen und nach innen und außen zu demonstrieren, daß beide Parteien nach wie vor hinter ihm stehen.

Lange anhalten wird die solchermaßen hergestellte „Einheit" allerdings nicht. Im Hintergrund lauert schon Franz Josef Strauß. Er hat Befehl gegeben, das von der Koalition mühsam ausgehandelte „Beschäftigungsprogramm" im Bundesrat zu kippen. Dann müßten SPD und FDP nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten für das Programm suchen — und die nächste Koalitionskrise ist damit vorprogrammiert.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bundesregierung legt „Beschäftigungsprogramm" vor

Neue Belastungen für die Werktätigen

DGB erklärt weitgehende Zustimmung

BONN. — Nach zähen Verhandlungen zwischen den Spitzen der SPD und der FDP, in deren Verlauf Kanzler Schmidt erst mit seinem Rücktritt drohte und dann die Vertrauensfrage stellte, legte die Regierung in der letzten Woche ihr lange angekündigtes „Beschäftigungsprogramm" vor. Es trägt den offiziellen Titel „Gemeinschaftsinitiative für Beschäftigung, Wachstum und Stabilität".

Von Schmidt selbst wurde diese Initiative als Fortsetzung der „Operation 82" bezeichnet. Und tatsächlich schreibt das neue Programm die dort vollzogene radikale Umschichtung der Einkommen zugunsten des Kapitals weiter fort. Den Armen nehmen, den Reichen geben — das ist der Inhalt dieser „Gemeinschaftsinitiative". Alle früher geäußerten Befürchtungen (siehe „Roter Morgen" 5/82) sind durch das nun vorliegende Programm bestätigt, zum Teil sogar übertroffen worden. Im folgenden eine Auflistung der wichtigsten Punkte:

Investitionszulage. Wie schon bei ähnlichen Programmen in der Vergangenheit ist auch hier der Kern eine Subventionierung von Unternehmer-Investitionen. Sie soll zehn Prozent betragen und ist wie üblich mit keinerlei Auflagen zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden. Weil aber der überwiegende Teil der heute getätigten Investitionen der weiteren Rationalisierung der Unternehmen dient, stellt diese Zulage im wesentlichen eine Subventionierung der Arbeitsplatzvernichtung aus den Steuern der Werktätigen dar. Und das wird dann auch noch als „Beschäftigungsprogramm" verkauft.

Zudem wird die Zulage, die ein Volumen von etwa vier Milliarden Mark pro Jahr haben wird, auch kaum „belebend" auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken. Denn die Erfahrungen mit früheren Programmen zeigen, daß ohnehin geplante Investitionen nur vorgezogen werden (der sogenannte Mitnehmer-Effekt). Und nach dem Auslaufen des Prgramms entsteht dann ein Loch bei den Bestellungen, das sich verschärfend auf die krisenhafte Entwicklung auswirkt. Die jetzt beschlossenen Zulage kommt nicht nur den Kapitalisten zugute, die nun mit staatlichen Zuschüssen rationalisieren können. Auch die sogenannten Freiberufler können sich jetzt beispielsweise einen neuen PKW mit zehn Prozent subventionieren lassen. Bezahlen müssen das in allen Fällen die Werktätigen.

Mittelstandsprogramm. Neben der allgemeinen Zulage gibt es für die „mittelständische Industrie" noch ein Sonderprogramm mit einem Volumen von fünf Milliarden Mark, durch das Investitions- und Innovationsvorhaben gefördert werden sollen. Dabei ist vor allem an eine Bezuschussung der Einführung neuer Technologien gedacht; auch dies eine Maßnahme, die in erster Linie der Vernichtung von vorhandenen Arbeitsplätzen in diesem Bereich dient.

Umweltprogramm. Nur 1,6 Milliarden Mark werden für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, vor allem in den Bereichen Abfallwirtschaft, Abwässer- und Luftreinhaltung zur Verfügung gestellt.

Öffentliche Investitionen. Hier wird im Grunde überhaupt nichts getan. Denn es wird keine neuen Investitionen der öffentlichen Hand geben. Es sollen lediglich einige im Rahmen der „Operation 82" beschlossene Kürzungen von Investitionen in den Haushalten von Bund und Ländern wieder rückgängig gemacht werden. Außerdem sollen einige ohnehin geplante Investitionen in den Bereichen Energieversorgung, Bundesbahn und öffentlicher Nahverkehr vorgezogen werden.

Berufsbildung. Dies ist der **einzige** Programmpunkt in der „Gemeinschaftsinitiative", der tatsächlich etwas mit Beschäftigung zu tun hat; der allerdings auch nicht auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit in einem Teilbereich, sondern nur auf die Milderung der Folgen abzielt. Geplant sind der Ausbau von beruflichen Ausbildungsstätten für Jugendliche sowie weitere Maßnahmen zur Eingliederung von ausländischen und sozial benachteiligten Jugendlichen in den Arbeitsprozeß. Und dafür werden lumpige 400 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Bei gegenwärtig rund 700 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren kommen damit auf jeden Betroffenen ganze 130 Mark!

Mietrecht/Wohnungsbau. Hier sind einschneidende Änderungen erfolgt, die bei den Verhandlungen über die „Operation 82" noch am Widerstand der SPD gescheitert sind. Zum einen wird für alle Wohnungen, die am 1.1.81 bezugsfertig waren, die sogenannte Staffelmiete eingeführt. Das bedeutet, die Vermieter können gleich bei Vertragsabschluß mit dem Mieter künftige Mieterhöhungen festsetzen. Zum anderen werden künftig auf fünf Jahre befristete Zeitmietverträge erlaubt sein, die auf eine drastische Einschränkung des Kündigungsschutzes hinauslaufen.

Mehrwertsteuer. Finanziert werden soll die von der Bundesregierung beschlossene „Gemeinschaftsinitiative" im wesentlichen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 Prozent auf 14 Prozent, die am 1. Juli 1983 erfolgen wird. Konkret bedeutet das ein Ansteigen der Teuerungsrate um einen Prozentpunkt und damit einen Kaufkraftverlust für die Werktätigen von etwa acht Milliarden Mark. Es liegt auf der Hand, daß gerade hier die einkommensschwächsten Schichten wieder einmal am meisten betroffen sind. Denn wenn sich alle Waren um ein Prozent verteuern, kratzt das die Reichen wenig, zumal sie ja eh alle möglichen Ausgaben absetzen können. Diejenigen aber, die sowieso schon mit jeder Mark rechnen müssen, werden nun weitere empfindliche Einbußen hinnehmen müssen.

Renten. Die Rentner trifft es gleich doppelt. Sie werden nicht nur durch die erhöhte Mehrwertsteuer belastet, sondern sie müssen ab 1984 auch noch einen einprozentigen Beitrag für ihre Krankenversicherung leisten. (Die Einführung dieses Beitrages war ursprünglich erst für 1985 vorgesehen). Dadurch werden den Rentnern insgesamt pro Jahr 1,4 Milliarden Mark zusätzlich aus der Tasche gezogen.

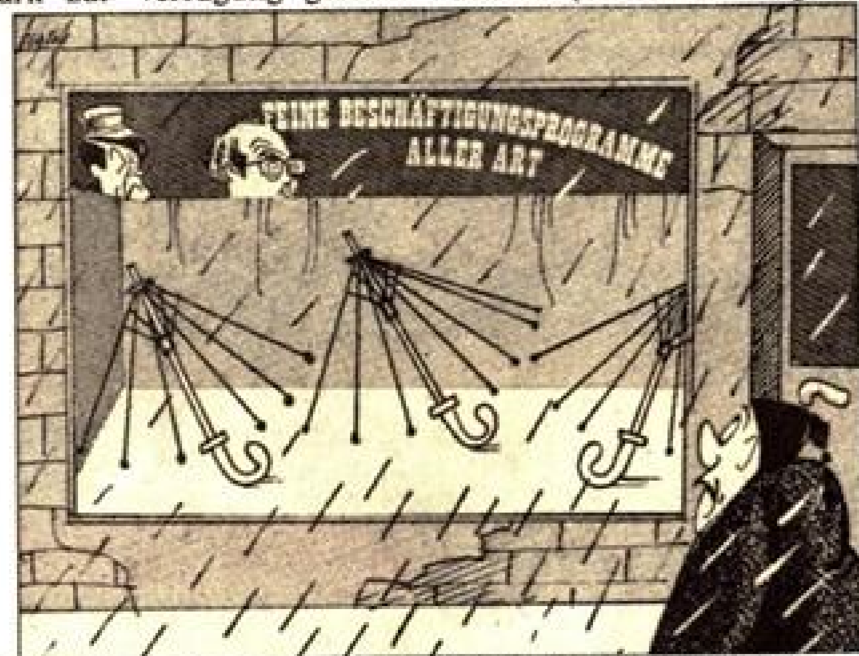


Textilarbeiter demonstrieren gegen Arbeitsplatzvernichtung — das Bonner „Beschäftigungsprogramm" ist kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wer nun erwartet hatte, daß diese für die Reichen organisierte Umverteilungsaktion, die zynischerweise als Beschäftigungsprogramm verkauft wird, nun massive Proteste bei der DGB-Spitze ausgelöst hätte, sah sich getäuscht. Der Vorsitzende Vetter tönte, dieses Programm sei der sichtbare Ausdruck dafür, daß es dem DGB gelungen sei, die Tragweite des Arbeitslosenproblems bewußt zu machen. Da wäre zwar mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Kröte zu schlucken, aber insgesamt, so Vetter, nötige es ihm Respekt ab, daß der Kanzler trotz aller Widerstände doch noch ein Programm auf die Beine gestellt hätte.

Was der DGB-Boß hier den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, die wieder einmal von Vetters Bonner Parteifreunden geschröpft werden, zumutet, ist wahrhaftig ein starkes Stück. Man muß sich nur vor Augen halten, daß sich anläßlich des in Bonn vereinbarten Programms sogar die CDU-„Sozialausschüsse" als Interessenvertreter der Werktätigen zu profilieren versuchen, indem sie dieses Programm bezeichnen als eine „Kuh, die von den kleinen Leuten gefüttert und von den großen gemolken wird." Der DGB-Vorsitzende dagegen empfiehlt den Gewerkschaftern, das Programm mit allen darin enthaltenen Kröten zu schlucken. Ja, er wertet es auch noch als einen indirekten Erfolg der gewerkschaftlichen Bemühungen um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Wenn sich Vetter derart offen hinter die Bonner „Gemeinschaftsinitiative" stellt, dann liegt es auf der Hand, welche schmutzigen Absichten damit verbunden sind. Erstens wird die DGB-Spitze jetzt in den Chor der Regierungspolitiker einfallen und den Werktätigen einreden wollen, nunmehr sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen; gewerkschaftliche Aktionen wie etwa die Massendemonstration von Stuttgart wären nun nicht mehr notwendig, ganz zu schweigen vom Kampf für die 35-Stunden-Woche. Zweitens steht ja noch immer das Vetter-Wort im Raum, der DGB sei „zu Dingen bereit, die uns weh tun", wenn die Bundesregierung endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen würde. Das hat sie ja nun — jedenfalls nach Vetters Ansicht — mit ihrem Arbeitsplatzvernichtungsprogramm getan.



Es ist kein Kaufmann, der nicht Mäusedreck für Pfeffer verkaufen kann

Und was sollen das für Dinge sein, zu denen der DGB bereit ist? Schmidt hat in seiner Bundestagsrede am vergangenen Freitag noch einmal unmißverständlich deutlich gemacht, worum es dabei geht: Lohnverzicht in den diesjährigen Tarifverhandlungen. Dieser üble Handel darf nicht durchkommen. Das sogenannte Beschäftigungsprogramm mit seinen Lasten für die Werktätigen muß für die Gewerkschaften im Gegenteil ein Anlaß sein, mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln den Reallohn zu verteidigen.

„Spiegel" deckt ungeheuerlichen Skandal um „Neue Heimat" auf

Was wußte DGB-Chef Vetter über die kriminellen Geschäfte?

HAMBURG. — Die Enthüllungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" über die verbrecherischen Geschäfte des Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat, Albert Vietor, und anderer Spitzenmanager dieses DGB-eigenen Wohnungsbaukonzerns haben ein Schlaglicht auf die Verfilzung des DGB-Apparates mit dem Kapitalismus und seinen typischen Auswüchsen geworfen: Wirtschaftskriminalität, maßlose persönliche Bereicherung einiger Spitzenmanager, skrupellose Ausplünderung wirtschaftlich Abhängiger, Steuerhinterziehung im großen Stil usw. usf.

Jedem ehrlichen Gewerkschafter, der die 13seitige Titelgeschichte im „Spiegel" liest („Neue Heimat: Die dunklen Geschäfte von Vietor und Genossen"), muß es in Wut und Empörung versetzen, was er da über die schmutzigen Machenschaften der Spitzenmanager des gewerkschaftseigenen größten Wohnungsbaukonzerns Westeuropas erfährt.

Unter dem Deckmantel der „Gemeinwirtschaft" haben sich „Vietor und Genossen" hemmungslos persönlich bereichert, haben sie durch wirtschaftskriminelle Manipulationen im großen Stil abgesahnt, haben sie als Hausbesitzer Tausende von Sozialmietern mit kriminellen Methoden um ihr sauer verdientes Geld bestohlen, haben sie über die „gewöhnliche" kapitalistische Profitmacherei hinaus, der sich auch die „gemeinwirtschaftlichen" DGB-Konzern-Unternehmen verschrieben haben, den Staat im großen Stil um Steuern geprellt.

Und dies alles unter Mißbrauch der sauer verdienten Arbeitergroschen, die aus den Beitragseinnahmen des DGB in die „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" abgezweigt werden.

So werden zum Ausgleich für angebliche Verluste, die die Neue Heimat gemacht haben soll, in diesem Jahr 120 Millionen Mark Gewerkschaftsgelder in das Unternehmen gesteckt. Bereits Ende letzten Jahres waren ebenfalls 120 Millionen zugeschossen worden.

Währenddessen begründen die Bonzen ihre notorische Scheu vor der Durchführung von Streiks hauptsächlich mit dem immer wiederkehrenden Hinweis auf die beschränkte Kapazität der Streikkassen und die Gefahr des finanziellen Ausblutens der Gewerkschaft.

Nach dem im „Spiegel" aufgerollten Bild muß sich praktisch das gesamte Spitzenmanagement der Neuen Heimat an den kriminellen Machenschaften beteiligt haben. Vor allem den obersten Bossen wie Vietor, Vormbrock und Iden haben die „Nebengeschäfte" Millionen eingebracht. Wohlgemerkt: zusätzlich zu ihren offiziellen Bezügen, die zum Beispiel bei Vietor und Vormbrock mit über einer halben Million Mark jährlich auch nicht gerade von Pappe sind! Neben Bargeld haben die Herren sich vor allem auch Immobilien im großen Maßstab unter den Nagel gerissen.

Wie sehr sich diese Mafia gesundgestoßen hat, läßt sich aus Feststellungen des „Spiegels" wie dieser ahnen: „Vietor, so erzählen Mitarbeiter der Neuen Heimat, besitze — neben seinen Villen im schleswig-holsteinischen Wedel und im Tessin — Hunderte von Wohnungen. Gezählt hat sie keiner, doch Dutzende zumindest sind nachweisbar."

Die Hauptmethode der persönlichen Bereicherung dieser maßlos geldgierigen Sachwalter gewerkschaftseigener Kapitalien bestanden darin, daß sie sich so ganz nebenbei ein ganzes Dickicht von Privatfirmen zulegten, eine eigene Bank eingeschlossen, wobei ein Strohmann Namens Eberhardt dafür sorgte, daß nach außen hin nicht sichtbar wurde, wer die wahren Hintermänner waren. Und diese Firmen profitierten natürlich von dem äußerst günstigen Umstand, daß ihre heimlichen Inhaber, „Vietor und Genossen", auf der Kommandobrücke eines der größten Wohnungs- und Städtebaukonzere Europas stehen.

Eine herausragende Rolle bei diesen Privatfirmen spielte offensichtlich das Heizungsunternehmen tele-therm; das für einen Teil der Wohnblöcke und Siedlungen der Neuen Heimat die Fernbeheizung besorgte. Dabei erhielten die betroffenen Mieter offensichtlich häufig unglaublich überhöhte Heizungsrechnungen. Versuchten argwöhnische Mieter die Berechnungen zu kontrollieren und zu überprüfen oder weigerten sie sich, die oft unglaublich hohen Nachforderungen zu bezahlen, so sorgte die Neue Heimat mit größtem Engagement für die Eintreibung der Gelder, als ginge es um ihre eigenen.

Der „Spiegel" deckte auf, daß sich die Spitzenmanager des Wohnungsbaukonzerns höchstpersönlich und im Verhältnis zu ihrer Position mit völlig unverhältnismäßigem Einsatz um die Geschäfte der Heizungsfirma kümmerten.

In einer Reihe von Fällen wehrten sich Mieterinitiativen gegen offenkundig überhöhte Heizungsrechnungen der Firma tele-therm. Zum Teil auch mit Erfolg. Immer wieder stellten Mieter die Forderung, die Neue Heimat solle ihre „Kooperation" mit dem obskuren Heizungsunternehmen beenden. Natürlich vergeblich. Denn dahinter steckten ja — was die Mieter nicht ahnen konnten — die obersten Bosse der Neuen Heimat selbst.

Verwickelt in den Skandal sind nicht nur die Spitzenmanager der Neuen Heimat sondern beispielsweise auch der frühere Chef der DGB-eigenen Bank für Gemeinwirtschaft, der heute Chef der „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG" ist, die als Holding alle Gewerkschaftsunternehmen lenkt.

Hesselbach wirkte neben Vietor und neun weiteren Managern der Neuen Heimat bei der Gründung der Firma teletherm als einer der „Treugeber" mit. Als „Treuhänder" und damit vorgeschobener Strohmann fungierte der bereits erwähnte Herr Eberhardt. Eberhardt selbst war vordem Angestellter bei der Neuen Heimat. Jetzt hat er sich natürlich selbst zum Millionär gemausert.

Gewußt haben müssen von den dunklen Geschäften noch weit mehr ehrenwerte Herren aus entsprechenden Kreisen. Dazu der „Spiegel": „Hunderte von Beiräten, Gutachtern, Bankiers und Politikern müssen besser informiert gewesen sein als jeder Mieter am Mümmelmannsberg. Haben sie nie nachgefragt?"

Aber wie steht es mit den DGB-Führern selbst? Haben sie etwa nichts geahnt? Das ist unglaubwürdig! Nur allzu berechtigt ist es, wenn der „Spiegel" fragt:

„Und die vielen Aufsichtsräte — haben sie alle nichts gewußt oder vermutet? Auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der DGB-Chef Heinz Oskar Vetter, nicht?"

In den Aufsichtsratsgremien der Neuen Heimat sitzen außer Vetter auch Gewerkschaftsführer wie Loderer, Kluncker und Döding. Sie alle haben offensichtlich nach dem berühmten Motto gehandelt: Nichts sehen, nichts hören, nichts wissen...

Es ist die Pflicht aller fortschrittlichen Gewerkschafter, hier schonungslos Rechenschaft zu fordern. Daß dieser zum Himmel stinkende Sumpf trokkengelegt wird, ist gerade im Interesse der Gewerkschaftsbewegung absolut notwendig!

Gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Die Reichen sollen zahlen!







Am Dienstag vergangener Woche (2. Februar) demonstrierten in Bremen rund 8000 Gewerkschafter gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Aufrüstungspolitik (siehe oberstes Foto). Aufgerufen hatte auf Druck von Gewerkschaftern der Basis der DGB-Kreisvorstand. „Soziale Leistungen tun sie streichen, kassieren tun dabei die Reichen" lautete ein Sprechchor der Demonstranten. Eine Parole der Stahlwerker von der Klöckner-Hütte hieß: „Soziale Sicherheit geht flöten — alles für Atomraketen". Das auf dem Foto abgebildete Transparent mit der Forderung „Die Reichen sollen zahlen" zeigt, daß die richtige Stoßrichtung für den Widerstand gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zunehmend aufgegriffen wird. Dies wurde genau eine Woche davor, am 26. Januar, in Westberlin ebenfalls deutlich, wo gleichfalls eine gewerkschaftliche Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau stattfand. Zwei- bis dreitausend Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil. Druckereiarbeiter trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Arbeit für jeden — gegen Sozialabbau und Rüstung". Eine klassenkämpferische Linie der Gewerkschaft forderten die Kollegen mit den Trageschildern: „Sozialpartnerschaft, lieber H.O. Vetter, macht nur Unternehmer fetter!"

Öffentlicher Dienst

Lohnkürzungen vorerst zurückgenommen

BONN. — Eine Kürzung der Löhne, Gehälter und Bezüge für die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst ab 1. März wird es in der vorgesehenen Form nicht geben. Nachdem zunächst die kommunalen Dienstherren einen Rückzieher gemacht und damit die Verhandlungsposition von Bundesinneminister Baum geschwächt hatten, trat nun auch Baum den taktischen Rückzug an.

Baum und ÖTV-Chef Kluncker vereinbarten einen Kompromiß, der vorsieht, daß die durch Gesetz beschlossene Kürzung der Löhne, Gehälter und Bezüge um ein Prozent ab 1. März 1982 in der geplanten Form nicht stattfinden wird. Die Zulagen bzw. Zuschläge werden zunächst in der alten Höhe weitergezahlt.

Gleichzeitig soll die Kürzungsabsicht jedoch bei den voraussichtlich am 5. März beginnenden regulären Tarifverhandlungen erneut auf den Tisch kommen. Kluncker hat sich bereit erklärt, darüber zu verhandeln, ob und inwiefern eine „Verrechnung" der vom Standpunkt der öffentlichen Dienstherren nur „aufgeschobenen" Kürzung der Einkommen mit dem Tarifabschluß stattfinden soll.

Die Kürzung der Beamtenbezüge ist durch das Gesetz über die Sparmaßnahmen bereits rechtswirksam festgelegt. Deshalb will die Bundesregierung sich nun mit einem neuen Gesetz über die „Gleichbehandlung" der Beamten aus der entstandenen Situation herausmanövrieren.

Sicherlich ist der Rückzieher der Bundesregierung eine Schlappe für sie und ein Erfolg für die Gewerkschaft. Die Kampfbereitschaft der Kollegen, vor allem in den Arbeiterbereichen, und zwar sowohl der ÖTV-Kollegen als auch der Eisenbahner und Postler, hat Wirkung gezeigt. Offensichtlich fürchtet sich die Regierung vor einem Streik im öffentlichen Dienst ganz gewaltig. Anders läßt sich nicht erklären, daß sogar auf eine bereits im Bundestag verabschiedete Maßnahme, die Gesetzeskraft besitzt, verzichtet wird.

Aber das bedeutet nicht etwa, daß man in Bonn und bei den Dienstherren in Land und Kommune die Kürzungsabsicht hat fallen lassen. Nur will man jetzt einen Weg einschlagen, der das Prinzip der Tarifautonomie nicht so offen und provokativ verletzt und von dem man sich zugleich verspricht, daß er in den Gewerkschaften auf weniger heftigen Widerstand stößt.

Zudem müssen wir im Auge behalten, daß durch anderweitige vorgesehene Streichungen und Kürzungen den im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten auch unabhängig von den jetzt ausgesetzten Kürzungen, ein ganz massiver Lohnraub droht: Das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld, das Kindergeld und andere Leistungen sind im Visier der Sparkommissare. Der normal verdienende Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll durch solche Maßnahmen innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre pro Nase um Tausende von Mark geschröpft werden.

Das Vorgehen der ÖTV-Führung kann daher nicht als konsequent bezeichnet werden. Nicht zuletzt auch deshalb nicht, weil es der Regierung ja auch darum ging und geht, die Frage von Lohnkürzungen überhaupt einmal erstmalig in die lohnpolitische Landschaft einzubringen.

Konsequent wäre es nur gewesen, wenn Kluncker auf der Alternative bestanden hätte: Entweder die Kürzungspläne kommen jetzt ein für allemal vom Tisch oder die Gewerkschaft leitet Kampfmaßnahmen ein.

Jetzt kommt es darauf an, jeden Versuch, die Kürzungen in irgendeiner Form in den Tarifabschluß einzuarbeiten, restlos zurückzuschlagen. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst müssen die Realeinkommen der Kollegen sichern! Sie dürfen auf keinen Fall niedriger liegen als durchschnittlich in den anderen großen Branchen!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Lohnrunde Druck

Keine Forderung unter 10 Prozent!

Vertrauensleute in Hamburger Druckbetrieb für 280 Mark Festgeld

HAMBURG/FRANKFURT/STUTTGART. — Sollte die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier eine Lohnforderung aufstellen, die unter 10 Prozent liegt, so wäre dies eine klare Mißachtung des Mitgliederwillens. Das ergibt sich aus allen bisher bekannten Stellungnahmen und Beschlüssen von Mitglieder- und Delegiertenversammlungen der IG Druck und Papier zu diesem Thema.

Die **Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart** der IG Druck und Papier, die am 21. Januar tagte, verzichtete zwar auf die Aufstellung einer konkreten Forderung, weil — so die Begründung — „durch die gleichzeitig mit der Lohnrunde verhandelte Forderung nach einer neuen Lohnstruktur die Situation ein wenig kompliziert ist". Sie beschloß jedoch einmütig (bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung), daß **„ein Abschluß über der derzeitigen Inflationsrate und mit höherer Anhebung der unteren Lohngruppen unverzichtbar ist."**

In der Diskussion wurden Forderungen von 180 Mark Festgeld bzw. 10 Prozent linear bzw. die IGM-Forderung von Nordwürttemberg/Nordbaden (100 Mark plus 3 Prozent) genannt. Bei der letzten spielte vor allem der Gedanke der geschlossenen Front mit der IGM eine Rolle.

Für die Auszubildenden wurde auf Antrag der Jugendgruppe die Forderung nach **50 Prozent des Facharbeiterecklohnes für alle Lehrjahre beschlossen.**

Die Versammlung beschloß außerdem, daß der solidarischen Zusammenarbeit und Unterstützung besonders mit den zeitlich vor der IG Druck im Lohnkampf stehenden Gewerkschaften IGM und ÖTV größte Bedeutung für den Ausgang der Tarifrunde zukommt. **Sie fordert deshalb von allen Ebenen der Gewerkschaft, mit der ÖTV und der IGM Kontakte aufzunehmen und ihnen schon im Vorfeld der Tarifrunde konkrete Hilfe anzubieten.** In der heißen Phase soll dann die Mitgliedschaft der IG Druck über geplante Aktionen der IGM und ÖTV unterrichtet und zur Unterstützung aufgerufen werden.

Am 30. Januar stellte die **Delegierten- und Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurts** der IG Druck und Papier einstimmig eine Lohn- und Gehaltsforderung von **10 Prozent, mindestens 220 Mark für alle Lohngruppen unterhalb des Facharbeiterecklohnes** auf. Für die Auszubildenden werden folgende Forderungen verlangt: **Anhebung der Vergütung für das erste Ausbildungsjahr auf 885 Mark, für das zweite auf 985 Mark, für das dritte auf 1085 Mark und nach Vollendung des dritten Ausbildungsjahres auf 1185 Mark.**

Darüberhinaus sprach sich die Versammlung für die Vereinbarung einer **Kündigungsklausel** aus: **„Sollte die Preissteigerungsrate den Bruttolohnabschluß (Facharbeiterecklohn) übersteigen, dann ist die Laufzeit des Tarifvertrages beendet."**

In dem Beschluß wird außerdem betont: **„Die Durchsetzung unserer Forderungen kann nur durch die Mobilisierung der gesamten Mitgliedschaft der IG Druck und Papier erreicht werden."**

Die **20. Delegiertenversammlung des Hamburger Ortsvereins** der IG Druck und Papier sprach sich für eine Lohnforderung von **10 Prozent** aus. Der **Vertrauensleutekörper** der IG Druck im **Jahreszeitenverlag** hatte sogar in einem Antrag für eine **Festgeldforderung von mindestens 280 Mark plädiert.**

In dem Antrag der Vertrauensleute heißt es zur Begründung für diese Forderung: „1981 mußten wir eine Reallohnminderung von 2 Prozent hinnehmen. Um diesen Verlust auffangen zu können und unseren jetzigen Lebensstandard nicht noch weiter zu verschlechtern, brauchen wir eine Anhebung unserer Löhne und Gehälter in oben genannter Höhe. (...) Unsere Forderung ist eine Mindestforderung auch unter dem Gesichtspunkt, daß der Staat durch den beschlossenen unsozialen Umverteilungshaushalt noch zusätzlich in unsere Taschen greift — zugunsten der Unternehmer."

Vertrauensleutewahl '82

Einheit von deutschen und ausländischen Kollegen

STUTTGART. — In einem Informationsflugblatt zur Vertrauensleutewahl '82 betont die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall besonders die Notwendigkeit der Einheit von deutschen und ausländischen Kollegen. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen müßten — so heißt es in dem Flugblatt — bei der Vertrauensleutewahl „besser als bisher berücksichtigt werden".

In dem Flugblatt heißt es weiter: „Der z. B. vom Vertrauen aller getragene türkische Kollege muß die Interessen der Griechen, Spanier, Jugoslawen, Portugiesen, Italiener und Deutschen ohne Unterschied genauso vertreten, wie dies umgekehrt von einem Griechen, Jugoslawen oder Deutschen erwartet würde."

Und das Flugblatt ruft auf: „Ausländische und deutsche Kolleginnen und Kollegen wählen geschlossen die gemeinsamen Kandidaten."

Als wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Vertrauensleute wird in dem Flugblatt unter anderem angeführt: „Sie wenden sich gemeinsam gegen alle Tendenzen und Erscheinungen der Ausländerfeindlichkeit."

„Wir müssen erkennen, daß unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien an der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation keine Schuld tragen. Hier sind diejenigen verantwortlich, die seit 25 Jahren aus der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Profite geschlagen haben (...).



Deutsche und ausländische Kollegen kämpften zusammen bei Videocolor.

Nicht nur Unkenntnis führt zu feindlichen Einstellungen gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern, sondern auch Angst, Angst z. B. um den eigenen Arbeitsplatz. Diese Angst haben auch unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Diese Angst verbindet im gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Hetzparole „Ausländer raus" bringt keine Lösung. Heute sind die ausländischen Arbeitnehmer die Sündenböcke kapitalistischer Entwicklungen, morgen würden es die deutschen Arbeitnehmer sein.

Deshalb: Unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen haben einen selbstverständlichen Anspruch auf unsere Solidarität. Sie standen im gemeinsamen Kampf gegen Unrecht stets in vorderster Linie neben den Deutschen. Jetzt stehen die deutschen Kolleginnen und Kollegen geschlossen an ihrer Seite."

Aus unseren Betriebszeitungen

„Gegendruck" — Zeitung der KPD für Stuttgarter Druckbetriebe



So lautet praktisch die Forderung der Unternehmer.

Nachdem wir 1981 schon einen Reallohnverlust von mindestens 2 Prozent einstecken mußten (wenn man Steuerprogression, Lohnerhöhung nur auf den Tariflohn usw. berücksichtigt, sogar erheblich mehr), wollen sie uns dieses Jahr endgültig zeigen, was wir von der vielgerühmten „Wohlstandsgesellschaft" zu erwarten haben: Bei gleicher Preissteigerung soll die Lohnerhöhung weit unter der letztjährigen liegen!

Kollegen, seien wir doch ehrlich: Wenn die Unternehmer damit durchkommen, kann sich der alleinverdienende Familienvater mit zwei Kindern und rund 2000 Mark netto (die sogenannte Durchschnittsfamilie) seine bescheidenen „Wohlstandssymbole", Auto und Urlaubsfahrt, in den Wind schreiben.

Auch den „Doppelverdienern" geht es ja nicht viel besser, wenn man an erhöhte Kindergartengebühren, niedrige Löhne für Frauenarbeit und immer weniger Teilzeitarbeitsplätze denkt.

Und dem vielzitierten „Spitzenverdiener" in unserer Branche wird sein zusätzlicher Tausender von Zinsen und Abzahlung seines Häusles weggefressen.

Und vergeßt nicht: Die Unternehmer, die uns Verzicht predigen, werden selber auf keine Safari verzichten, und der neue große Daimler auf Geschäftskosten ist auch schon bestellt!

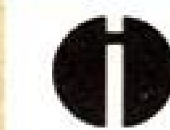
Also, Kollege, wenn Du dafür verzichten willst, dann teile dies rechtzeitig deinem Unternehmer mit. Sein, selbstverständlich kostenloser Dank wird dir gewiß sein. Wenn du aber dazu nicht bereit bist, dann:

- Fall nicht auf die Sparpropaganda von Unternehmern und Regierung rein!
- Mache in deiner Gewerkschaft klar, daß ein Abschluß unter der Preissteigerung (Dezember 1981 = 6,3 Prozent) für dich nicht drin ist!
- Bereite dich und deine Kollegen auf einen Arbeitskampf vor!
- Übe Solidarität mit den Metall-Kollegen, die dieses Jahr an der Spitze der Tarifbewegung stehen!
- Unterstütze die ÖTV-Kollegen in ihrem Kampf gegen die geplante 1prozentige Lohnkürzung!

Neue Betriebszeitungen der Partei

Olympia Wilhelmshaven

„klartext"



klartext



Betriebszeitung der KPD bei OLYMPIA — Nr. 1/82

Vor kurzem konnten die Arbeiter und Angestellten bei Olympia in Wilhelmshaven zum erstenmal den „klartext", die neu herausgekommene Betriebszeitung der KPD, lesen. Olympia in Wilhelmshaven ist ein Betrieb, der im Würgegriff der Krisenmanager des AEG-Konzerns von ursprünglich 7000 auf jetzt nur noch 3000 Beschäftigte gesunken ist. Jetzt will Olympia mehr oder weniger heimlich ins Rüstungsgeschäft einsteigen. Die nächste Ausgabe des „klartext" wird darüber berichten. Die uns vorliegende erste Ausgabe enthält Beiträge über Abgruppierungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Produktion von mechanischer und elektromechanischer auf elektronische Fertigung; zu den Forderungen der KPD gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit; zur Verhaftung von Genossen der KPD/Sektion DDR und zu anderen Themen.

In wenigen Zeilen

DGB Baden-Württemberg

Nein zum Nachrüstungsbeschluß

Stuttgart. — Die Landesdelegiertenkonferenz des DGB von Baden-Württemberg faßte einen Beschluß, der die Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses fordert. Außerdem mißbilligte die Landesdelegiertenkonferenz den „Maulkorb-Beschluß" des DGB-Bundesvorstandes, der DGB-Funktionären die Unterzeichnung von politischen Appellen oder Erklärungen mit ihrer Funktionsangabe verbietet.

Von Anfang März bis Ende Mai

Personalratswahlen

Bonn. — In den Verwaltungen und Betrieben des Bundes und der bundesunmittelbaren öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wählen die Angestellten, Arbeiter und Beamten vom 1. März bis zum 31. Mai ihre Personalvertretungen für die nächsten drei Jahre. Angesichts der brutalen „Sparmaßnahmen" der Regierung, die rücksichtslos auf dem Rücken der Arbeiter, kleinen Angestellten und unteren Beamten ausgetragen werden, ist es besonders wichtig, daß fortschrittliche und klassenkämpferische Kollegen in die Personalräte gewählt werden.

Arbeitsbedingungen

Millionen müssen in Lärm und Hitze arbeiten

Nürnberg. — 6,4 Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik und Westberlin sind am Arbeitsplatz häufig starken Geräuschbelästigungen ausgesetzt. 5,2 Millionen müssen Nässe, Kälte, Hitze oder Zugluft ertragen. Vier Millionen haben häufig mit Staub, Rauch, Gasen oder Dämpfen zu tun. Rund 3,8 Millionen haben schwere Lasten zu tragen oder zu heben. 3,1 Millionen arbeiten praktisch immer oder häufig nachts oder im Schichtdienst.

Diese Angaben werden in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit gemacht, die vor kurzem veröffentlicht wurde. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Belastungen meist als Mehrfachbelastung auftreten, also beispielsweise Rauch, Staub, Gase und Lärm gleichzeitig oder Nässe, Zugluft und Lärm usw.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß an Arbeitsplätzen mit hohen Gesamtbelastungen vor allem Ausländer beschäftigt werden. Da die Studie auf einer Umfrage beruht, die nur unter deutschen Erwerbstätigen angestellt wurde, muß davon ausgegangen werden, daß die Zahlen der unter den genannten Belastungen arbeitenden Menschen bei Berücksichtigung der ausländischen Beschäftigten noch höher sind.



Gewerkschafter vor einem türkischen Militärgericht. Gegen 52 führende Funktionäre des Gewerkschaftsverbandes DISK ist die Todesstrafe beantragt. 2000 DISK-Mitglieder sitzen in den Gefängnissen und warten auf ihren Prozeß. Der DGB muß gegen die Verfolgung der Gewerkschafter in der Türkei Protest erheben, zumal die Bonner Regierung das faschistische Regime in Ankara finanziell und politisch unterstützt.

Faschistische Regimes morden Gewerkschafter

Internationale Gewerkschaftssolidarität tut not!

Die Errichtung einer sozialfaschistischen Militärdiktatur in Polen hat eine Aufgabe in den Vordergrund gerückt, die im DGB bisher viel zu wenig zu ihrem Recht gekommen ist: Die Solidarität mit den Gewerkschaftern in Ländern, in denen eine faschistische Unterdrückung der Arbeiterbewegung herrscht.

Als im Oktober 1980 in der Türkei mit NATO-Unterstützung das Militär putschte und ein faschistisches Regime errichtet wurde, gab es im DGB zwar Initiativen von unten, dieses Regime zu verurteilen und Solidarität mit den Tausenden verhafteten Gewerkschaftern, Demokraten und Revolutionären zu üben. Auf einigen Konferenzen wurden auch entsprechende Entschließungen verabschiedet. Die DGB-Führung jedoch stellte sich blind und taub.

Selbst als der Terror des faschistischen Militärregimes in Ankara gegen eingekerkerte Gewerkschafter zunehmend einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, und als im Exil lebende Gewerkschaftsführer aus der Türkei sich mit Solidaritätsappellen direkt an die DGB-Führer wandten, war das Echo gleich Null.

Mehr noch: Zur gleichen Zeit, als gegen die gesamte Führungsgruppe des fortschrittlichen Gewerkschaftsverbandes DISK Todesurteile beantragt werden, da Tausende von Mitgliedern und Funktionären dieses Verbandes eingekerkert und gefoltert werden und von Ermordung durch die faschistische Militärjustiz bedroht sind, ist DGB-Chef Vetter dabei, mit allen Mitteln (bis hin zu Spaltungsdrohungen) die Aufnahme der DISK in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu verhindern. Und bislang war Vetter damit erfolgreich!

Es gibt eine lange Reihe von Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien, wo brutalster Terror gegen Gewerkschafter an der Tagesordnung ist. Namen wie El Salvador, Süd-Afrika, Süd-Korea oder Marokko, die in dieser Hinsicht einschlägig bekannt sind, stehen für zahlreiche andere Fälle.

Gewiß kann nicht erwartet werden, daß der DGB ununterbrochen große Kampagnen und Massenaktionen gegen den Arbeitermord und die Verfolgung der Gewerkschafter in diesen Ländern organisiert. Aber mehr, weit mehr als bisher, könnte und müßte doch in dieser Richtung getan werden!

Vor allem gilt dies in Bezug auf Länder, die für uns Deutsche eine besondere Bedeutung haben; sei es, weil „unsere" Bourgeoisie bzw. „unser" Staat an der Ausbeutung und Unterdrückung dort großen Anteil nimmt, sei es, weil es sich um ein Nachbarland handelt; oder auch, weil uns, der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin, die Arbeiterbewegung des entsprechenden Landes aus bestimmten Umständen heraus besonders nahesteht.

Für die Türkei trifft bekanntlich nicht nur die Beteiligung des westdeutschen Imperialismus an der Ausbeutung und Unterdrückung zu, sondern auch die besondere Beziehung zur Arbeiterklasse dort. Schließlich arbeiten und kämpfen wir deutschen Kollegen jeden Tag Seite an Seite, Schulter an Schulter, mit unseren Klassenbrüdern aus der Türkei, die zu Millionen von dem Elend in ihrem Heimatland zu uns getrieben wurden.

Sorgen wir dafür, daß unsere Gewerkschaften und der DGB als Dachverband endlich mehr und konsequenter den Protest gegen die blutige Unterdrückung unserer Kollegen in der Türkei organisieren. Dies trägt zugleich auch zur Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten bei und hilft mit, gegen Ausländerfeindlichkeit anzugehen.

Sorgen wir des weiteren dafür, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften jetzt darangehen, eine Massenaufklärung über die Unterdrückung der Arbeiterschaft in Ländern wie El Salvador, Süd-Afrika usw. und über deren politische und wirtschaftliche Hintergründe zu entfalten. Damit würde nicht nur ein gewisser Druck auf die faschistischen Unterdrücker dort ausgeübt, sondern dies würde auch dazu beitragen, bei uns das Klassenbewußtsein und das politische Wissen der Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten zu entwickeln.

Übrigens: Auch was Polen betrifft, so können wir uns mit dem, was vom DGB bisher geleistet wurde, keinesfalls zufrieden geben. Obwohl DGB-Führer wie Vetter und Loderer in diesem Fall (aus keineswegs ehrlichen Motiven) eine etwas größere Bereitschaft zeigten, etwas zu tun, als beispielsweise bezüglich der Türkei, haben sie doch hauptsächlich abgewiegelt. Zum Beispiel kam, als direkt nach der Errichtung der Militärdiktatur die Empörung bei vielen Kollegen noch sehr frisch und die Bereitschaft, auf die Straße zu gehen, entsprechend groß war, aus der DGB-Zentrale das böse Wort von den „Aufgeregtheiten", die „fehl am Platze" seien.

Und jetzt? Der 30. Januar mag den DGB-Führern als Alibi dienen. Aber die schwache Beteiligung an den DGB-Kundgebungen geht auf ihr Konto! Was haben sie denn an Mobilisierungsarbeit aufgeboten, um die Kundgebungsplätze zu füllen? Sie haben doch versucht, die Kollegen glauben zu machen, das Wesentliche, was not täte, seien Spenden und Lebensmittelpakete, nicht aber sichtbare Massenaktionen, die den polnischen Militärs zeigen würden, daß die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung an der Seite der Solidarność steht.

Zum zweiten haben die Vetter und Co. ganz bewußt darauf verzichtet, die Haltung des DGB zu Polen in entschiedener und scharfer Abgrenzung gegenüber der widerwärtigen Pseudosolidarität der westlichen Imperialisten darzustellen. Wenn ein Reagan sich als „Schirmherr" der Solidarität mit Polen aufspielt, wenn ein Strauß mit einer Kerze in der Hand und Krokodilstränen im Auge für Gewerkschaftsrechte in Polen demonstriert, dann müssen unsere Gewerkschaftsführer doch wohl, um zu verhindern, daß die Sache diskreditiert wird, einiges dazu klarstellen!

Übrigens haben andere Gewerkschaftsführer im DGB, solche nämlich, die sich gerne als links oder fortschrittlich darstellen, genau diese mangelnde Abgrenzung ausgenutzt, um sich selbst darum herumzudrücken, bezüglich der Vorgänge in Polen Farbe zu bekennen.

Südafrika

Gewerkschafter ermordet

JOHANNESBURG. — Wie die Nachrichtenagenturen meldeten, wurde am Freitag letzter Woche der 29 Jahre alte weiße Gewerkschaftsfunktionär Neill Aggutt in einer Gefängniszelle des Polizeipräsidiums tot aufgefunden. Angeblich hat er sich erhängt. Aggutt hatte in der Nahrungsmittelindustrie der Provinz Transvaal eine Gewerkschaft schwarzer Arbeiter aufgebaut. Er war am 28. November letzten Jahres verhaftet worden.

Polen

Gefängnisstrafen wegen Streik

WARSCHAU. — Am Donnerstag letzter Woche wurden nach Angaben des Polnischen Rundfunks neun Bergarbeiter von einem Militärgericht zu Gefängnisstrafen zwischen drei und sieben Jahren verurteilt. Man warf ihnen vor, führend an dem Streik in der schlesischen Zeche Ziemowit beteiligt gewesen zu sein.

Türkei

„Solidarität mit DISK"

FRANKFURT. — Am Donnerstag letzter Woche gaben auf einer Pressekonferenz sechs Repräsentanten des Gewerkschaftsverbandes DISK die Gründung eines Komitees „Solidarität mit DISK" bekannt. Zur Zeit läuft gegen 52 führende Funktionäre der DISK ein Kriegsgerichtsprozeß, wobei gegen alle Angeklagten die Todesstrafe beantragt worden ist. 2000 weitere DISK-Mitglieder warten in den Gefängnissen auf ihre Prozesse. Bisher starben in den Gefängnissen des türkischen Militärregimes ungefähr 100 Menschen unter der Folter. 500 Demokraten und Revolutionäre wurden bei Razzien und ähnlichen Aktionen erschossen. Die Zahl der politischen Gefangenen wird auf 90 000 geschätzt. Gegen fast 5 000 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt.

Ja, wenn das so ist...

Gnädige Unternehmer

Eine Pressemitteilung des Unternehmerverbandes Gesamtmetall zur zweiten Verhandlungsrunde im Metall-Lohnkonflikt beginnt mit folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Nachdrücklich hat der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Dr. Dieter Kirchner, der Behauptung der IG Metall widersprochen, die von den Metallverbänden vorgeschlagene dreimonatige Verlängerung der laufenden Tarifverträge sei eine ‚Lohnpause', weil damit den Arbeitnehmern der Eindruck vermittelt werde, die Arbeitgeber wollten in den Monaten Februar, März und April keine Löhne zahlen, was selbstverständlich unsinnig sei."

Hertie und die NATO

Weil die Vorsitzende der Gesamtjugendvertretung des Hertie-Konzerns, Sigrid Stenzel, einen Appell zur Beteiligung an Friedensinitiativen mitverfaßt und versandt hat, wollen die Kaufhaus-Bosse sie ausschalten und feuern. Zu diesem Zweck versuchten sie vom Arbeitsgericht Frankfurt den Beschluß zu erwirken, daß Sigrid Stenzel aus der Gesamtjugendvertretung ausgeschlossen wird. Begründung des Hertie-Rechtsanwalts: Sogar schon bei einem Eintreten für den DGB-Friedensappell sei ein Mißbrauch des Amtes gegeben; erst recht aber im Falle des hier vorliegenden Aufrufs, in dem (Schreck laß nach!) „die NATO-Friedenspolitik angegriffen worden" sei. Als der Gerichtsvorsitzende daraufhin zu bedenken gab, es könne doch wohl nicht Sache der Firma Hertie sein, ihre Beschäftigten auf eine bestimmte NATO-Politik zu verpflichten, entgegnete der Hertie-Anwalt:

„Nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus den USA sind Friedensappelle unterschiedlich zu bewerten. Oder wissen wir nicht von Clausewitz, daß der Krieg nichts als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist?"

Das Heilmittel

Folgendes wußte die „Frankfurter Rundschau" vom 2. Februar 82 in ihrem Wirtschaftsteil zu vermelden:

„Der Chef eines deutschen Chemiewerkes hat kürzlich eine bedeutsame Entdeckung gemacht: Eine heilsame Folge der Arbeitslosigkeit sei, daß wieder ‚besser' gearbeitet werde, stellte er fest, obschon er noch das ‚Engagement über die Arbeitszeit hinaus' vermisse...

Beschäftigte und Stellungslose mögen diese Äußerung für zynisch halten. Tatsache ist, daß der Appell an die Arbeitsmoral von immer mehr rat- und rezeptlosen Politikern und Managern als letztes Heilmittel für die kränkelnde Konjunktur verschrieben wird."

Soweit die „Frankfurter Rundschau". Übrigens hat die Zahl der Krankmeldungen nach einer Mitteilung des Bundesgesundheitsministeriums im Jahre 1981 stark abgenommen: Sie lag niedriger denn je, seit dem im Jahre 1970 die jetzt übliche Erfassungsmethode eingeführt wurde. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der wegen Krankheit ausgefallenen Arbeitstage 1981 um 8,8 Prozent zurückgegangen.

Jetzt wird endlich klar, warum die Regierung sich so beharrlich weigert, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen: Dies wäre doch geradezu ein Verbrechen an der Volksgesundheit!

„Einheitsgewerkschaft"

Michael Schmelich, DGB-Sekretär in Duderstadt, soll von seinem Posten abberufen werden. Grund: Schmelich, bisher Mitglied der CDU, ist zu den Grünen übergetreten. Schmelichs Ablösung wurde zuerst von der niedersächsischen Landesleitung der Sozialausschüsse der CDA (Christlich-demokratischer Arbeitnehmer) gefordert. Jedoch schlossen sich dieser Forderung sogleich auch führende sozialdemokratische Gewerkschafter an, so etwa der Geschäftsführer der IG Bau Steine Erden in Duderstadt, Rudolf Kohnert.

„Was kümmern mich Beschlüsse ..."

Die 12. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen, die am vorletzten Wochenende tagte, verabschiedete die Forderung nach wöchentlich einer Stunde Sendezeit im WDR im Dritten Fernsehprogramm, die der DGB eigenverantwortlich gestalten kann. Welch bemerkenswertes Demokratieverständnis in diesem Zusammenhang der DGB-Landesvorsitzende Bleicher an den Tag legte, geht aus einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 2. Februar hervor, in der es heißt:

„Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Siegfried Bleicher, nahezu einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt, zeigte sich wenig glücklich über diesen Beschluß der DGB-Konferenz. Der Landesvorstand werde diesen Beschluß nicht weiter verfolgen, sagte er am Montag gegenüber der FR".

„Großkreuz" für H.O. Vetter

Der DGB-Vorsitzende Vetter ist mit dem „Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland", der höchsten Stufe des Bundesverdienstordens für einen deutschen Staatsbürger, ausgezeichnet worden. Und zwar wurde dem DGB-Vorsitzenden dieses Blech von Bundespräsident Carstens (seines Zeichens Ex- oder Altnazi) persönlich angestochen. Es war einer der seltenen Fälle, wo der Bundespräsident einen staatlichen Orden außerhalb der Regel (Verfassungstag am 23. Mai) selbst übergeben hat.



Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung und gewaltsame Niederhaltung der Arbeiterklasse — das ist das Hauptziel der sozialfaschistischen Militärdiktatur in Polen. Das Foto wurde am 13. Dezember 1981 vor dem Warschauer Büro der Solidarność aufgenommen, dem Tag, als Jaruzelski das Kriegsrecht verhängte.

2. Bundeskongreß der Volksfront



Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralen Vorstandes

„Wie sollte man an den Aufbau einer solchen Front herangehen?"

In seinem Rechenschaftsbericht, den der bisherige Vorsitzende Eike Hemmer hielt, ging er auch noch einmal auf die Motive ein, die die Gründungsmitglieder der Organisation zu ihrem Schritt bewogen, organisiert mit dem Aufbau der Volksfront zu beginnen. Er schilderte den Prozeß der Faschisierung in der Gesellschaft und die besondere Situation, die sich mit der Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß ergab.

„Wir waren uns einig in der Überzeugung, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen dürfen, daß man etwas tun muß. Gegen diese Front, die sich da hinter Franz Josef Strauß formierte — von den Rüstungsindustriellen, den adligen Großgrundbesitzern, dem reaktionären hohen Klerus bis zu den Spitzen der Geheimdienste und der offenen Nazi-Banden — gegen diese reaktionäre Front brauchte man eine antifaschistische Kampffront. Da brauchte man den breiten Zusammenschluß von Menschen, die einig waren in dem Ziel: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Und zwar unabhängig davon, wie sie sonst politisch und weltanschaulich dachten, ob sie in Parteien organisiert oder parteilos waren. **Eine solche Front konnte nur überparteilich sein.**

Wie sollte man an den Aufbau einer solchen Front herangehen?

In den letzten Jahren hatten sich eine ganze Reihe von Initiativen, von Komitees gebildet, gegen konkrete Fälle von Berufsverboten, gegen Polizeiterror, gegen Nazigruppen, wie zum Beispiel hier in Frankfurt gegen den Nazibuchladen in Bornheim. **Sollte man versuchen, diese Initiativen bundesweit zusammenzufassen?**

Wir meinten, daß das nicht der richtige Weg zum Aufbau der notwendigen Front gegen Reaktion und Faschismus sein konnte. Initiativen oder Komitees sind gut und sinnvoll. Wir haben in der Volksfront inzwischen selbst in zahlreichen solchen Initiativen mitgearbeitet oder selbst geholfen, solche zu gründen, ich erinnere zum Beispiel an den Arbeitskreis zum Prozeß gegen den Naziverbrecher Asche in Kiel. Aber solche Initiativen richten sich in der Regel gegen einzelne Auswirkungen der Faschisierung, sie sind zeitlich oder örtlich beschränkt. Gerade deshalb erreichen sie auch einen größeren Kreis von Menschen, die sich über eine bestimmte Sache aufregen, die nur bereit sind, gegen einen örtlichen Polizeiübergriff zum Beispiel aktiv zu werden, die hier mal was machen wollen, die aber noch nicht bereit sind, sich dauerhaft in einer festen Organisation zu organisieren.

Um gegen den Prozeß der Faschisierung Widerstand zu leisten, da reichen solche Initiativen nicht aus. Und auch ein bundesweiter Zusammenschluß von Initiativen — den man sich durchaus vorstellen kann, zum Beispiel gegen die Berufsverbote, oder so, wie das im Falle der BBU geschehen ist — würde nicht ausreichen.

Warum nicht?

Die Faschisierung und Militarisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Das ist oft nicht so spektakulär wie bei Franz Josef Strauß, sonder vollzieht sich mehr so im Stillen. Man braucht nur mal an die Bahnhofskioske zu gehen, um zu sehen, was da an militaristischer und zum Teil offen faschistischer Literatur hängt. Oder man braucht auch nur zu sehen, was beispielsweise im übrigen auch in Buchhandlungen und so heute bereits angeboten wird.

Und diesen Prozeß der Faschisierung, den muß man eben auf all seinen Ebenen gleichermaßen bekämpfen. **Er geht vom gleichen Interesse der Herrschenden aus, die Volksbewegung zu zerspalten und niederzuhalten. Und dagegen braucht man eine Kraft, die dieses einheitliche Interesse der Herrschenden hinter allen Erscheinungsformen politischer Unterdrückung klar sieht. Und die daran arbeitet, dem auch eine einheitliche und organisierte Kraft entgegenzusetzen.**

Es kommt noch etwas hinzu: In diesen Initiativen, wie sie damals bestanden und auch bis heute noch in vielfältiger Form neu aufgebaut worden sind, waren vielfach Lehrer, Studenten, Jugendliche, Menschen aus Hausbesetzergruppen usw. Die Angriffe der Reaktion haben in den vergangenen Jahren besonders diese Gruppen betroffen. Aber langfristig sind die Faschisierungsmaßnahmen vor allem gerichtet gegen die Arbeiter und Werktätigen, gegen ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Gerade diese breiten Teile unseres Volkes waren bisher wenig aktiv in Gruppen gegen Berufsverbote, das ist klar, die Arbeiter waren davon direkt nicht betroffen (...)

Aber diese Teile der Bevölkerung waren sehr wohl gegen Strauß eingestellt, wollten keine neue faschistische Diktatur, empörten sich über das Treiben der Nazi-Banden. Um sie zu erreichen, mußte man unter den Arbeitern und Werktätigen eine eigenständige Arbeit entfalten. Um ein neues 1933 zu verhindern, ist es gerade entscheidend, die Arbeiter und Werktätigen für den antifaschistischen Kampf zu mobilisieren. (...)"

„Wir müssen uns viel mehr an gewerkschaftliche Kräfte wenden"

„Bei unserer Haltung zu den Gewerkschaften als den größten Organisationen der Arbeiterklasse haben wir nie einen Zweifel daran gelassen, daß es nicht Aufgabe der Volksfront ist, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter zu organisieren und damit den Gewerkschaften Konkurrenz zu machen. **Ebenso wenig betrachten sich die Volksfrontler als organisierte Opposition in den Gewerkschaften. Volksfrontmitglieder in den Gewerkschaften treten dafür ein, daß die Gewerkschaften die in vielen Beschlüssen von Gewerkschaftstagen festgelegten Aufgaben mit Leben erfüllen.** Wir begrüßen und unterstützen jede gewerkschaftliche Aktion, die sich gegen Neonazis und faschistische Tendenzen richtet.

Wir müssen viel mehr dazu kommen, daß wir uns als Volksfront, als Organisation an gewerkschaftliche Kräfte wenden — das wird vor allem zunächst nur auf örtlicher Ebene gehen, an Vertrauensleute oder an einzelne gewerkschaftliche Funktionäre. Ein erster richtiger Schritt war die Unterstützung der Initiative aus der IG Druck und Papier für ein gesetzliches Verbot der Neonazis.

Wir stehen zur Gewerkschaft als einer sehr, sehr wichtigen, ja entscheidenden Kraft gegen den Faschismus. Als um so schädlicher betrachten wir es, daß die Gewerkschaftsführung diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Volksfront gefällt hat. Ich möchte euch kurz sagen, daß inzwischen vor allem in ÖTV und HBV zwanzig Verfahren gegen Volksfront-Mitglieder eingeleitet worden sind, in der IG Metall sind uns bisher drei bekannt, und in der IG Chemie eins, wo Kollegen von uns wegen ihrer Volksfront-Mitgliedschaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Diese Praxis, die durch nichts, aber auch durch gar nichts zu begründen ist, ist nach unserer Ansicht ein Akt, der ausgeht von Franz Josef Strauß und den reaktionären Kreisen in unserem Land, die damals zur Zeit der Strauß-Kandidatur zu schreiben begannen, die Gewerkschaften seien kommunnistisch unterwandert, und woseitdem auch verschiedene Kräfte in den Vorständen der Gewerkschaften darangegangen sind, fortschrittliche und demokratische Gewerkschaftsmitglieder aus den Gewerkschaften hinauszusäubern. Wir meinen: Im Interesse einer Verhinderung einer neuen Diktatur in unserem Lande, im Interesse der Einheit der Antifaschisten und Demokraten müssen diese Ausschlußbeschlüsse fallen, und die ausgeschlossenen Kollegen müssen wieder aufgenommen werden!

„Es ist nie zu früh, die Volksfront aufzubauen"

„Wir nehem diese Bezeichnung — „Volksfront" — auf. Wir nehmen sie auf als Kennzeichen des Charakters unserer Organisation und auch als die Aufgabe, die vor uns steht, nämlich gerade eine solche Volksfront zu schaffen, die in der Lage ist, eine neue Diktatur in unserem Lande zu verhindern. Es ist heute ja genau 49 Jahre her, als der Massenmörder Hitler an die Macht kam, finanziert von der deutschen Schwerindustrie und durch eine Hintertreppenintrige beim damaligen Reichspräsidenten an die Macht geschoben. In den letzten Tagen vor Hitlers Machtergreifung gab es Massendemonstrationen der Arbeiter. Die Werktätigen in unserm Lande waren entschlossen, sich der Machtübernahme Hitlers zu widersetzen. Aber, wie ein Kommunist, Paul Merker, geschrieben hat, ‚Es folgte in der Stunde der Entscheidung nicht die notwendige Schlußfolgerung, der Wille zur gemeinsamen Tat.'

Liebe Freunde, lassen wir es nicht noch einmal so weit kommen. Es ist nie zu früh, die Volksfront aufzubauen."

Startbahn West

Der Polizeiterror nimmt neue Ausmaße an

Bald Schüsse auf Startbahngegner?

FRANKFURT. — Am letzten Januarwochenende erfolgte auf dem Baulos 2 der geplanten Startbahn West des Frankfurter Flughafens einer der bisher schwersten Polizeieinsätze. Etwa 100 Startbahngegener wurden verletzt, davon mindestens 30 schwer. Am Abend des 30. und im Verlauf des 31. Januars setzte sich der Polizeiterror in Walldorf und Frankfurt fort, wo regelrechte Kesseltreiben auf „verdächtig" aussehende Personen veranstaltet wurden. Wieder gab es zahlreiche Verletzte. Insgesamt wurden etwa 90 Personen festgenommen.

15 000 Menschen demonstrierten am 30. 1., daß der Widerstand gegen die Startbahn West auch nach dem — voraussehbaren — Urteil des Staatsgerichtshofes, das Volksbegehren abzulehnen und damit ein Grundrecht außer Kraft zu setzen, weitergeht. Trotz Versammlungsverbots besetzten sie das Baulos 2, errichteten Lagerstätten und schlugen Nägel in die Bäume, um Abholzungsarbeiten zu erschweren.

Ein Teil der Demonstranten stellte sich den massenhaft zusammengezogenen Polizisten entgegen. Als aus ihren Reihen Gegenstände auf die Polizisten geworfen worden waren — viele sprechen von zivilen Polizeiprovokateuren, die sich dabei besonders hervorgetan haben sollen — ging die Polizei zum Angriff über. Nach einem vorbereitenden Tränengaseinsatz begann eine gnadenlose Knüppelei. Wer nicht wegkam, und mochte er auch die Hände heben oder sonstwie seine Bereitschaft zum freiwilligen Rückzug zu erkennen geben, wurde zusammengeschlagen. Die Polizisten griffen auch Sanitäter an, die Verletzten helfen wollten.

47 Menschen wurden festgenommen. Nach Äußerungen von Innenminister Gries überlegt die Landesregierung, ihnen und anderen, bereits früher polizeilich registrierten Personen, die Kosten für die Polizeieinsätze aufzubürden. Über die Höhe dieser Kosten seit Oktober 1981 kursieren Zahlen um 15 Millionen Mark!

Gegen einen der Festgenommenen — die anderen wurden inzwischen wieder freigelassen — erging ein Haftbefehl — wegen Mordversuchs! Wie sein Rechtsanwalt Heinz-Jürgen Borowski mitteilte, wurde bei dem 19jährigen bei einer Durchsuchung im Verlauf des Polizeieinsatzes eine Schleuder gefunden. Keinerlei „Munition". Als er am 31. 1. dem Haftrichter vorgeführt wurde, stand in dem polizeilichen Antrag auf Haftbefehl plötzlich drin, er hätte auch noch zwei Schraubenmuttern bei sich gehabt! Und deshalb entschied der Richter: „Mordversuch"! Dem Anwalt des Verhafteten wurde Einsicht in die Akten verwehrt — das sei, so der Richter, „nicht erforderlich".

Nach dem Polizeiterror auf dem Baugelände sollte am Abend des 30. 1. am Frankfurter Paulsplatz eine Demonstration stattfinden. Die Polizei war mit Wasserwerfern und Mobilen Einsatzkommados, nicht nur aus Hessen, angerückt. Jede „Menschenansammlung" wurde auseinandergeknüppelt. Greiftruppen durchstreiften die Innenstadt und starteten immer wieder willkürliche Überfälle.

Augenzeugen berichteten später über die Verbrechen der Polizei und widersprachen den entstellenden Berichten in Funk, Fernsehen und Presse. So wurde ein Passant bedroht, der sah, wie die Polizisten einen blutüberströmten Mann verfolgten und eine Frau mißhandelten. In einer Gaststätte, in die Polizisten willkürlich eindrangen, wurde ein junger Mann geschlagen und festgenommen, der sich vor eine Frau stellen wollte, auf die ein Polizist einschlug. Der Marburger Lehrer Frank Schwalba-Hoth wurde im Nordend bis auf die Unterhose ausgezogen, geschlagen und gewürgt. Das sind nur einige Beispiele.

Am Mittag des 31. 1. drangen zwei Hundertschaften der Frankfurter Polizei in die Stadt Walldorf ein und überfielen Startbahngegner, schlugen sie zusammen. Auch Kinder wurden nicht verschont. Noch auf Bewußtlose wurde eingeschlagen. Bei der Aktion wurde nicht einmal der Bürgermeister der Stadt vorher informiert, daß fremde Polizei einen Einsatz auf diesem Gebiet vorbereitete. (Dieser Bürgermeister hatte sich gegen die Startbahn ausgesprochen.) Im Rahmen einer Bürgerversammlung forderten am Abend dieses Tages 1 500 Menschen den Rücktritt von Börner und Gries sowie die Ablösung des Polizeipräsidenten Gemmer und seines Einsatzleiters Vogel.

In völliger Verdrehung der Tatsachen ließ Innenminister Gries vor der Presse Hetztiraden gegen die Startbahngegner los, die sich dem Unrechtsurteil des Staatsgerichtshofes widersetzen. Der „ursprünglich verständliche und legal artikulierte" Protest gegen die Startbahn sei zum „Aktionismus gegen die demokratische Rechts- und Gesellschaftsordnung" geworden, behauptete er. Und damit legitimierte er auch für die Zukunft rücksichtsloses Vorgehen der Bürgerkriegstruppen von Polizei und Grenzschutz.

Und es könnte noch schlimmer kommen, als es an diesem Wochenende schon war. Schon diesmal hatten Polizeibeamte zur Pistole gegriffen. Noch in der Frankfurter Innenstadt wurden Menschen, die den umherschweifenden Zivilpolizisten verdächtig vorkamen, beim Einsteigen in ihre Autos mit gezückter Waffe festgehalten, bis uniformierte Polizisten eintrafen und eine Untersuchung durchführten.

Und bald soll offenbar scharf geschossen werden. Nach Presseberichten forderte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Gregg, am 2. Februar den Einsatz von Schußwaffen bei den Auseinandersetzungen auf dem Startbahngelände!

Roeder-Prozeß

Der Bombenbauer gesteht alle Morde

Raymund Hörnle, Bombenbauer der faschistischen Deutschen Aktionsgruppen des Manfred Roeder, hat seine Beteiligung an allen sieben der Bande zur Last gelegten Attentaten, darunter den Mord an zwei vietnamesischen Asylanten, gestanden. Er hob wiederholt die Führungsrolle Roeders innerhalb der Bande hervor.

Nach dem Mord an den Vietnamesen äußerte Roeder, das seien sowieso keine Menschen, sondern Halbaffen gewesen; dem aber, so Hörnle, habe er sich nicht anschließen mögen und nach dem Hamburger Attentat zwei weitere geplante Attentate verweigert. Wie edelmütig!

Auf jeden Fall fuhr der so schwer „betroffene" Hörnle mit seiner Komplizin Sybille Vorderbrügge nur einen Tag nach dem Hamburger Anschlag zu dem Neonazi-Aktivisten Lembke nach Öchtringen, um Sprengstoff für weitere Anschläge zu beschaffen!

Mit dieser Aussage unterstrich Hörnle, daß Lembke, der von der Bundesanwaltschaft offiziell noch immer als „Einzeltäter" bezeichnet wird, der Waffenlieferant der Nazi-Terroristen im Bundesgebiet gewesen ist. Hörnles Aussage straft Rebmann und alle Politiker Lügen, die ihr Verhalten gegenüber Lembke, von dessen Treiben sie schon lange wußten, ohne gegen ihn einzuschreiten, beschönigen wollen, indem sie ihn als einen allein tätigen Nazi hinstellen, der zwar Waffen angehäuft habe, aber damit keinen Schaden habe anrichten können.

Lembkes Adresse hatte Hörnle von dem Mitangeklagten Faschisten Dr. Colditz erhalten. Lembke bot Hörnle an, der Roeder-Bande aus seinen Waffendepots soviel Sprengstoff zu beschaffen, wie sie haben wollten. Wiederum zwei Tage später fuhren Hörnle und Vorderbrügge, diesmal in Begleitung ihres Anführers Roeder, erneut zu Lembke, um ihn zum Mitmachen zu bewegen. Lembke war auch dazu bereit. Er erklärte, er bilde selbst Leute an Waffen und Sprengstoff aus, aber diese seien erst im Spätherbst „soweit"!

Dieser Prozeß stellt also die Gefährlichkeit der Neonazis ebenso unter Beweis wie ihre bundesweite Zusammenarbeit. Er stellt die Politiker und Juristen an den Pranger, die glauben machen wollen, mit einigen Aktionen gegen einzelne Faschisten — und seien es Verbote wie das der VSBD — ihrer Pflicht schon Genüge getan zu haben.

Er unterstreich die Notwendigkeit, ausnahmslos alle faschistischen Organisationen zu verbieten und tatsächlich aufzulösen.

Ausländerfeindlichkeit — Nährboden des Faschismus

Bundesweite Sammlungsbewegung rassistischer und faschistischer Aktivisten

Das Anheizen der Ausländerfeindlichkeit ist zu einem zentralen Betätigungsfeld reaktionärer und offen faschistischer Kreise geworden. Denn diese gibt einen besonders guten Nährboden für ihr Gedankengut ab. Zugute kommt diesen Leuten, daß die Politik aller Bonner Parteien extrem ausländerfeindlich ist und sie derartige Bemühungen, die die ihrigen hervorragend ergänzen und es ihnen zudem erleichtern, sich selbst etwas „demokratischer“ zu geben, in der Regel wohlwollend dulden.

Gerade in der letzten Zeit werden die Bemühungen verstärkt, die ausländerfeindlichen Aktivitäten bundesweit zusammenzufassen.

Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist das sogenannte Heidelberger Manifest, das von 15 Professoren unterzeichnet wurde, die mit ihren Titeln und ihrem Auftreten diesen Bestrebungen einen „wissenschaftlichen“ Anstrich geben möchten, um die wahren Hintergründe ihrer Kampagne zu verschleiern.

Wir dokumentieren dieses rassistische, im Geiste der Nazis abgefaßte Machwerk auch deshalb so ausführlich, um unseren Lesern einen Einblick in die Demagogie dieser Leute zu geben, die teils außerordentlich plump, teils aber auch so geartet ist, daß sie durchaus Wirkung erzielt, und zwar auch bei Leuten, die an sich mit Neonazis usw. gar nichts zu tun haben wollen. Auch hier kommt den Faschisten natürlich zugute, daß rassistisches und profaschistisches Gedankengut mit „freiheitlich-demokratischem“ Etikett versehen, ungehindert kursieren darf und auch von „demokratischen“ Politikern verbreitet wird.

Zum Teil gibt es auch direkte Zusammenarbeit zwischen den „wissenschaftlichen“ Repräsentanten des Rassismus und Faschismus und eben diesen bürgerlichen Politikern. Das läßt sich auch am Beispiel des Heidelberger Kreises illustrieren.

Einer der bekanntesten Unterzeichner des Manifests ist der Bochumer Professor für Mathematik und Astronomie, Theodor Schmidt-Kahler. Er ist bereits seit längerem für rassistische Publikationen bekannt, warnt vor der „Überfremdung“, beklagt die Fruchtbarkeit der Ausländerfrauen und die mangelnde Gebärfreudigkeit deutscher Frauen; er sagte für 1990 „bürgerkriegsähnliche Zustände und Rassenkrawalle“ wegen der vielen Ausländer voraus und bemüht sich redlich, für die Realisierung seiner „Analysen“ zu sorgen.

Schmidt-Kahler aber ist ein Mann, den verantwortliche Politiker hinzuziehen, wenn sie ihre Politik „wissenschaftlich“ untermauern wollen.

Einer von diesen Herren ist der Innensenator von Westberlin, Heinrich Lummer, der sich mit dem Berliner Ausländererlaß als Vorreiter für die reaktionären Erlasse in anderen Bundesländern betätigte. Zur Begründung seines Erlasses hatte sich Lummer eben auf die von Schmidt-Kahler aufgestellte Prognose der „bürgerkriegsähnlichen Zustände“ berufen, und weil er bekanntlich ein Mensch ist, der unserem Volk Ruhe und Frieden bewahren möchte, sah er sich natürlich gezwungen, Maßnahmen zur drastischen Reduzierung des „Ausländeranteils“ in Westberlin und zur Einschränkung der Rechte unserer ausländischen Mitbürger zu treffen.

Die Unterzeichner des Heidelberger Manifestes sind also nicht harmlose Spinner. Ihre Arbeit zeigt Wirkung in der offiziellen Politik dieses Staates.

Die Herren Professoren versuchen, in ihrem Manifest an Argumenten anzuknüpfen, die eine gewisse Verbreitung unter der Bevölkerung haben. Mit wiederholten Hinweisen auf ihre Grundgesetztreue und ihrer Ablehnung des „Rechts- und Linksextremismus“ versuchen sie sich abzusichern.

Da wird etwa die Bundesregierung angegriffen, die Ausländer „aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums“ ins Land geholt zu haben. Diese Kritik hört sich geradezu „grün“ an. Aber es war nicht einfach ein „Wirtschaftswachstum“, was die Kapitalisten und ihre Regierung im Auge hatten, sondern ein Profitwachstum, und die ausländischen Arbeiter waren von vornherein besonders rechtlos und besonders gut ausbeutbar. Es sind dieselben Kapitalisten, die sich einem wirklichen Wachstum der Wirtschaft, deren Produkte allen Menschen zugute kommen könnten, entgegenstellen, die die Mittel der Produktion vernichten durch Stillegungen, die die höchste Produktivkraft, die menschliche Arbeitskraft, lahmlegen und vernichten durch Massenentlassungen usw. Davon sind deutsche und ausländische Kollegen betroffen, die ausländischen Arbeiter in noch höherem Maße.

Die Demagogie der rassistischen Hetzer findet ihren Höhepunkt, wenn sie sich zu Verfechtern der Lebensinteressen der Ausländer aufschwingen.

Wie schön hört sich doch der Satz an: „Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung (‚Gemanisierung‘)…“

Schon früher sind ausländerfeindliche Initiativen mit dem Wort von dem „Recht“ der ausländischen Bürger zur Erhaltung ihrer „nationalen Eigenheiten“ angetreten, um Ausländerghettos, um Isolierung der Ausländer in Schule und Ausbildung, um ihre Abspaltung von ihren deutschen Kollegen und der deutschen Bevölkerung durchzusetzen und zu begründen.

Die Rassisten und Faschisten versuchen, gerade die Arbeiter davon abzubringen, die Verhältnisse von einem klaren Klassenstandpunkt aus zu beurteilen und sie zur Annahme eines engen nationalistischen Standpunktes zu bewegen.

Stellt sich der deutsche Arbeiter zusammen mit dem deutschen Kapitalisten seinem ausländischen Kollegen gegenüber, weil er in ihm den „Artfremden“, in seinem eigenen Ausbeuter aber den „Volksgenossen“ sieht, um einmal das offene Vokabular der Hitler-Faschisten zu gebrauchen? Oder stellt er sich zusammen mit seinem Kollegen aus dem Ausland gegen den, der sie beide ausbeutet und entrechtet, sie auf die Straße wirft, ihnen die Zukunftsaussichten zerstört, weil er erkannt hat: Wir gehören, egal, wo wir herkommen, derselben Klasse an und haben den selben Feind? — So steht die Frage.

„Integration“ der ausländischen Kollegen in diesem Sinne ist dringend notwendig. Es ist eine üble Demagogie der Faschisten und Reaktionäre, Integration mit „Zwangsgermanisierung“ gleichzusetzen. Das Recht unserer ausländischen Kollegen auf Wahrung ihrer Kultur, Sprache usw. muß gewährleistet werden (was es heute überhaupt nicht ist!). Aber sie müssen die selben Rechte wie die Deutschen als Bürger dieses Staates haben. Der ausländische Kollege muß zur Wahrnehmung seiner Interessen gegenüber seinen Ausbeutern die selben Rechte haben wie der deutsche Kollege im selben Kampf.

Deshalb beziehen wir klar Stellung gegen die von den reaktionären Kreisen betriebene Politik der Ausgrenzung. Deshalb setzen wir uns auch für volle politische Gleichberechtigung unserer ausländischen Kollegen ein.

Deshalb fordern wir zum Beispiel die automatische Einbürgerung aller ausländischen Mitbürger nach kurzer Zeit des Aufenthaltes, bei dem unbedingten Recht auf Beibehaltung der bisherigen Staatsbürgerschaft.

Denn nur als deutsche Staatsbürger können für sie dieselben Rechte Realität werden. Alle anderen Vorstellungen sind illusionär.

Das ist auch keine Zwangsmaßnahme gegenüber den ausländischen Kollegen. Denn das „Recht“ auf Nichteinbürgerung ist doch nur das „Recht“, auf Rechte zu verzichten, das „Recht“ z.B., seine Arbeitskraft dem westdeutschen Kapital zu günstigeren Bedingungen anzubieten, als das ein westdeutscher Arbeiter tut.

Das aber bedeutet Spaltung der Arbeiterklasse, aus der die Kapitalisten Profit schlagen, durch die sie ihre Herrschaft sichern. Das gibt den Kapitalisten auch ein Mittel in die Hand, das allgemeine Niveau der Löhne und der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu senken. Der Widerstand dagegen und die rechtliche Absicherung der Gleichstellung aller Arbeiter in Westdeutschland liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, unabhängig von ihrer Herkunft. „Eine Klasse — eine Kampffront!“ — Diese alte Losung muß ihre Auswirkungen im politischen ebenso wie im ökonomischen Bereich finden.

Und selbstverständlich spricht auch überhaupt nichts gegen eine „Verschmelzung“ von Deutschen und Ausländern in dem Sinne, daß sie etwa untereinander heiraten und Kinder zeugen, eine Vorstellung, die die Rassisten à la Heidelberger Kreis zur Raserei bringt. Denn sie sind Anhänger der absoluten Apartheidpolitik.

So etwas hat es doch in Deutschland schon gegeben, etwa mit den vielen polnischen Arbeitern, die zu Beginn des Jahrhunderts ins Ruhrgebiet kamen. Hier ist die „Verschmelzung“ vollendet, und hat die deutsche Arbeiterschaft dadurch etwa Schaden genommen?

Durch solchen „angewandten Antirassismus“ geht weder für die Arbeiter noch für das gesamte Volk irgendetwas verloren. Dadurch wird auch das von den Chauvinisten und Rassisten beschworene „Kulturerbe“ nicht zerstört, sondern bereichert. Und der Träger der Kultur der Zukunft, das ist die fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse. Und was ihrer Einheit und Stärke dient, das dient auch dem Bestand und der Fortentwicklung erhaltens- und förderungswürdiger, fortschrittlicher Kultur.

Die KPD wird in Kürze ein Ausländerprogramm vorlegen, in dem umfassend die Haltung der Kommunisten zu diesem Problemkreis dargelegt wird. Wir beschränken uns hier auf die bisherigen Ausführungen und wenden uns noch einmal direkt dem Heidelberger Manifest zu.

In dem Manifest wird zur Gründung eines bundesweiten „Dachverbandes“ aufgerufen. Und auch dazu gibt es bereits zumindest einen Ansatz: den „Schutzbund für das deutsche Volk“.

Mitte Januar fand in Heidelberg ein Treffen dieser faschistischen Vereinigung statt. Eingeladen hatte eine gewisse Brigitte Finkeissen-Frank, in Heidelberg wegen vielfältiger rassistischer Aktivitäten bekannt. Ihrer Einladung folgten Vertreter verschiedener Initiativen gegen „Überfremdung“ usw. Ihrer Einladung folgte zum Beispiel der NPD-Kreisvorsitzende von Rhein/Neckar, Günter Deckert. Und ihrer Einladung folgten mit Schmidt-Kahler und Stadtmüller auch zwei Unterzeichner des Manifestes.

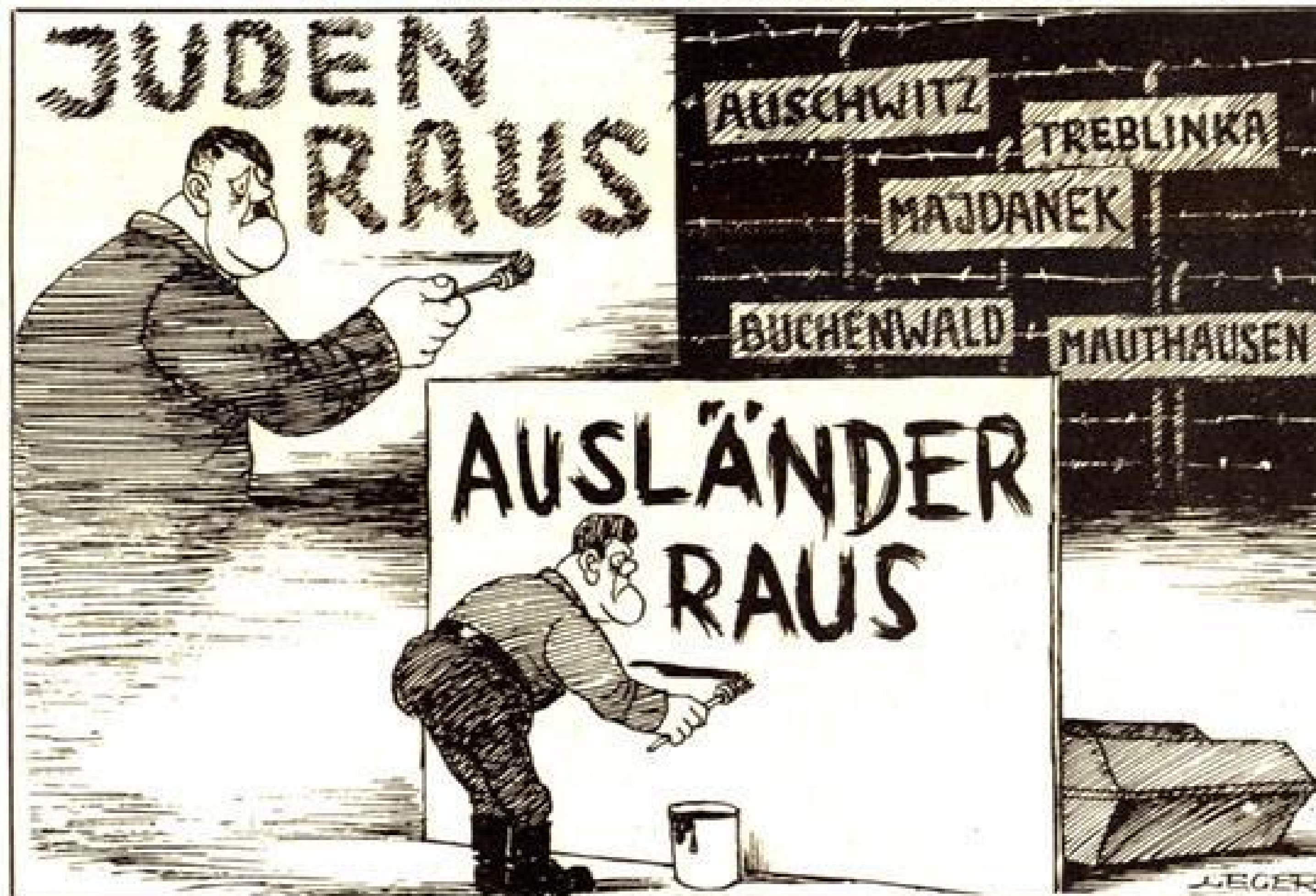
Das ist umso interessanter, als Schmidt-Kahler in der „Zeit“ vom 5.2. verbreiten ließ, er „distanziere sich deutlich“ von dem Schutzbund. Die Verbindung ist ihm offenbar peinlich. nichts desto weniger ist sie nicht mehr zu leugnen. Im übrigen gehörte Frau Finkeissen-Frank zu denen, die das Heidelberger Manifest an verschiedene Professoren verschickt haben.

Es ist also eine Entwicklung im Gange, der alle Demokraten entgegentreten müssen.

Von den Worten verschiedener Politiker, die sich — wie bei der Bundestagsdebatte am Donnerstag vergangener Woche — angesichts von allerlei ausländerfeindlichen Umtrieben distanzieren, ist nichts zu halten, solange keine Maßnahmen ergriffen werden, diese Umtriebe als rassistisch und zumindest profaschistisch zu verbieten — das wäre selbst nach geltendem Recht möglich. Und wenn Politiker behaupten, das sei nicht möglich, müßten sie sich dann nicht — wenn sie es ehrlich meinten — schleunigst und gründlich für die sofortige Schaffung entsprechender Bestimmungen einsetzen? Aber von ihren Worten ist vor allem deshalb nichts zu halten, weil — wie bereits am Anfang angesprochen — ihre eigene Politik ausländerfeindlich ist.

Der Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit ist ein Schwerpunkt des antifaschistischen Kampfes. In jedem Falle sind hier auch die Gewerkschaften gefordert, weil dieser Kampf ein Problem der Arbeiterschaft ist.

Die KPD betrachtet es als ihre Pflicht, auf allen Gebieten der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten und zu diesem Zweck mit allen zusammenzugehen, die dazu bereit sind.



Dokumentation

„Heidelberger Manifest“

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestopp um 309000 zugenommen, davon 194000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist. Auf dem Boden des Grundgesetztes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus.

Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinader verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihr Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung (‚Germanisierung‘). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. ‚Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans‘ (Solschenizyn). (…)

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. (…)

Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. (…)

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative wie individuelle Mitgliedschaften ermöglicht. Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten. Über die Aufgaben dieses Bundes soll auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Beirat wachsen. (…)

Für den Heidelberger Kreis:

Prof. Dr. phil. habil. Bambeck, Prof. Dr. Fricke, Prof. Karl Götz, Prof. Dr. phil. Haberbeck, Prof. Dr. rer. nat. Illies, Prof. Dr. theol. Manns, Prof. Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a.D., Prof. Dr. jur. Rasch, Prof. Dr. Riedl, Prof. Dr. med. Schade, Prof. Dr. rer. pol. Schmidt-Kahler, Prof. Dr. rer. nat. Schröcke, Prof. Dr. med. Schurmann, Prof. Dr. phil. Siebert, Prof. Dr. phil. Stadtmüller.“

Aktionstag gegen AWACS

GEILENKIRCHEN/TEVEREN. — Am 5. Februar sollte das erste AWACS-Flugzeug in Teveren stationiert werden. Viele niederrheinische Bürgerinitiativen, Parteien usw. — darunter auch KPD und KJD — hatten zu Protest und Widerstand aufgerufen. Mit einem „Friedensfrühstück" vor dem Kasernentor begann, mit einer Demonstration, wie sie es in dieser Gegend noch nicht gegeben hat, endete dieser Aktionstag.

Der organisierte Widerstand gegen AWACS, das den Atomkrieg der NATO u.a. als Leitsystem für Cruise Missiles führbar machen soll, steht aber erst ganz am Anfang.



AWACS jagt durch Geilenkirchen — hier nur im Modell



Der Parteistand war ständig umlagert



„Ami go home!" — Volksfront-Transparent im Fackelzug

International war die Beteiligung an dem gemeinsamen Frühstück der AWACS-Gegner am Morgen vor dem Kasernentor: Deutsche, Niederländer, Dänen demonstrierten gegen AWACS und die Kriegsvorbereitungen, gegen die mit der AWACS-Stationierung verbundene Bedrohung, die schon heute unzumutbare Belastung der Bevölkerung im Grenzland. (Eine genaue Darstellung der Probleme gab der „Rote Morgen" in der Nummer 4/82, Seite 13.)

150 Menschen waren gekommen. Sie hatten sich einiges einfallen lassen. Man wärmte sich mit Kaffee und Liedern, stärkte sich unter anderem mit AWACS-Keksen (siehe Foto).

Weniger klar war offensichtlich, was man mit der Aktion genau erreichen wollte. Denn es wurden zwar Tapeziertische quer über die Zufahrtsstraße gestellt, von einer „Blockade", wie manche die Aktion nannten, konnte aber keine Rede sein. Ein Auto wurde ohne weiteres durchgelassen, und als der eine anwesende Polizist nach kurzer Zeit bat, die „Blockade" aufzuheben, weil Militärfahrzeuge durchwollten — er müsse sonst räumen lassen — wurde die Straße sofort freigemacht. Der angekündigte „gewaltfreie Widerstand" blieb aus, und als der Sprecher der Initiativen und Leiter der Aktion schließlich erklärte, es gelte nun neue Formen des gewaltfreien Widerstandes zu finden, fragte man sich, warum nicht schon heute wenigstens damit begonnen wurde. Diese Frage wurde auch offen auf der anschließenden „Lagebesprechung" gestellt, und keiner war mit dem heutigen Ablauf so richtig zufrieden. Niederländische und deutsche Initiativen werden auf ihrem nächsten Treffen über das weitere Vorgehen beraten.

Bevor die Demonstranten abzogen, wurden noch symbolisch einige Sandsäcke auf der Straße entleert — einer für jede Lüge, mit der Politiker und Militärs der Bevölkerung Sand in die Augen streuen wollten, um ihnen die AWACS-Stationierung schmackhaft zu machen.

Am Nachmittag fand in Geilenkirchen ein Friedensmarkt statt, gleichzeitig Sammelplatz für die Demonstration, die um 18.00 Uhr beginnen sollte. Viele Organisationen und Initiativen waren hier mit Ständen vertreten. Auch die KPD. An ihrem Stand gab es regen Zulauf und viele Diskussionen.

Die dann folgende Demonstration dürfte im Grenzland noch einige Zeit ein Gesprächsstoff sein. Denn mehr als 4000 Leute waren es schließlich, die sich zu einem Fackelzug formierten — ein beeindruckendes Bild. Eine solche Demonstration hat es hier noch nie gegeben. So standen denn auch die Bewohner der Kleinstädte und Dörfer, durch die sich der Zug bewegte, an den Straßen oder „hingen" aus den Fenstern. „AWACS go home!" „Ami go home" — beliebte Parolen, wie sie besonders deutlich zum Beispiel auf Transparenten der VOLKSFRONT — zum Ausdruck gebracht wurden. Losungen gegen die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte, „Raus aus der NATO" — mehrfach war dies und ähnliches im Zug zu sehen. Über die große Beteiligung waren eigentlich alle überrascht, entsprechend gut war die Stimmung im Zug. Für Musik sorgten drei Mitglieder des Zeitzünders: „Keine Moneten/für Atomraketen/keine müde Mark/für den ganzen Quark./ Wir wollen nicht das Schlachtfeld für die Amis sein/wir ham was gegen Selbstmord, darum sagen wir nein!/Wir wollen nicht warten auf den großen Knall/darum: Raus aus der NATO, und Deutschland neutral!" Sehr viele Niederländer, auch Belgier und die Friedenskämpfer aus Dänemark zogen mit.

Vor dem Kasernengelände in Teveren fand eine Abschlußkundgebung statt, auf der neben anderen Petra Kelly sprach. Anschließend in Geilenkirchen noch ein Friedensfest, auf dem deutsche und niederländische Gruppen für Stimmung sorgten.

AWACS kam an diesem Tage gar nicht. Das war den NATO-Planern offenbar zu riskant. Ein gewisser Achtungserfolg also für die AWACS-Gegner.



Das Plakat der Bürgerinitiativen

Aber noch kein Schlag gegen die Stationierung. Die angekündigte erste Maschine dürfte landen, bevor sich die Bürgerinitiativen wieder treffen. Elf weitere sollen folgen. Wie gesagt: Der Widerstand steht noch ganz am Anfang.

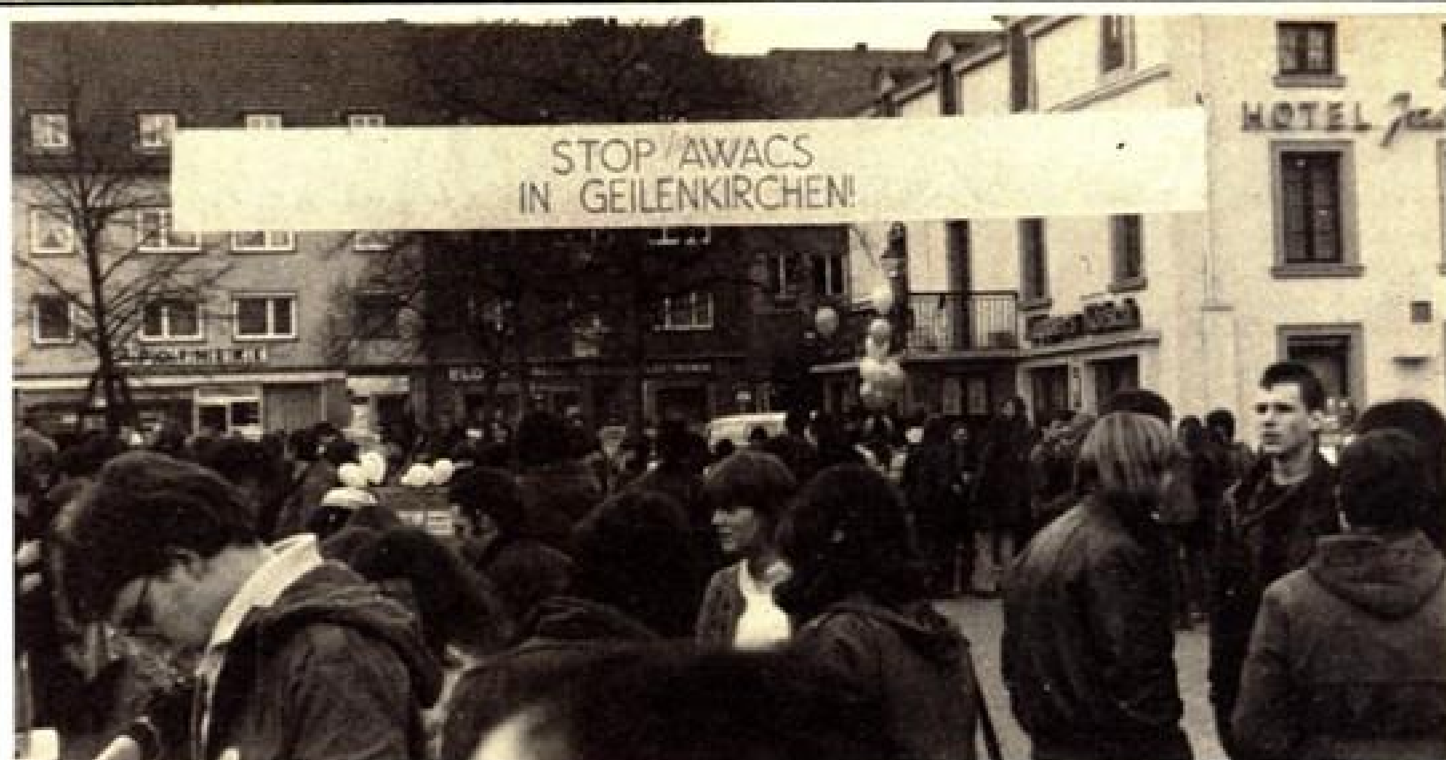
Aber er ist notwendig. Es ist unbedingt richtig, vor Ort aktiv zu werden, die Bevölkerung dort, wo die für den atomaren Erstschlag der NATO notwendigen Waffen stationiert werden, muß diesen Widerstand tragen. Das gilt ja auch und vor allem für die für Pershings und Cruise Missiles vorgesehenen Standorte. Und dieser Widerstand wird andere Formen annehmen müssen als solche Demonstrationen, er wird die Bevölkerung der Dörfer ebenso einschließen müssen wie die Werktätigen der nahegelegenen Städte, wenn er erfolgreich sein soll.



Ein Anti-AWACS-Keks

Die Bevölkerung im Grenzland ist zu großen Teilen heute bereits gegen AWACS eingestellt. Diese Erfahrungen machten Mitglieder der Bürgerinitiativen, die mit ihren Aufklärungsflugblättern zum Beispiel in Teveren von Tür zu Tür gingen. Kein Wunder — denn die Menschen dort wurden bereits massiv betrogen, man nahm ihr Ackerland, die versprochenen Arbeitsplätze bleiben aus usw. Natürlicherweise liegt in solchen Fragen der erste Ansatz zum Widerstand, oft bevor die Frage der Kriegsgefahr, die mit AWACS verbunden ist, den Menschen klar wird, denn diese ist erstmal weit weniger faßbar.

So dürfte die Demonstration für die Bevölkerung, die sich zum großen Teil noch nicht einreihte, eine Ermutigung gewesen sein. Sie hat ihr vor Augen geführt, daß sie bei der Wahrnehmung ihrer Interessen eine bedeutende Unterstützung in der ganzen Umgegend hat. Sicher ein Ansatzpunkt für die örtlichen und regionalen Initiativen, mehr Menschen in die Aktionen einzubeziehen. Und eben darauf, auf die intensive Arbeit vor Ort, wird es in der nächsten Zeit ankommen.



Der Markt in Geilenkirchen war Sammelplatz für die Demonstration

Die „Aktiven Metaller" und der Standpunkt der RGO

Zwischen Sozialpartnerschaft und klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik gibt es keinen Mittelweg

Ein Beitrag von Christian Matthießen, RGO-Betriebsrat bei HDW in Hamburg

Vor der letzten Betriebsratswahl kam es bei der Howaldtswerke — Deutsche Werft AG (HDW) in Hamburg zur Bildung einer oppositionellen Liste von aktiven IGM-Mitgliedern gegen die rechte, von den IGM-Bonzen gestützte, Betriebsratsmehrheit. Obwohl die oppositionelle Liste eine absolute Mehrheit bekam und somit die alten Betriebsratsfürsten vom Sockel stieß, leitete die IGM-Ortsverwaltung gegen die 39 Mitglieder (zum größten Teil IGM-Vertrauensleute) Ausschlußverfahren ein. Nach heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen begnügte sich die IGM-Ortsverwaltung schließlich mit dem Ausschluß von sechs Funktionären und einem zweijährigen Funktionsverbot für 31 Vertrauensleute. Schon jahrelang vor den „Aktiven Metallern" hatte die Betriebsgruppe der RGO auf HDW den Kampf gegen die rechten Betriebsratsfürsten aufgenommen. Der folgende Beitrag, der sich kritisch mit der Entwicklung der oppositionellen Kräfte bei HDW und mit gewissen inkonsequenten Positionen der „Aktiven Metaller" auseinandersetzt, wurde von Christian Matthießen, RGO-Betriebsrat bei HDW/Hamburg, verfaßt. Er diente ihm als Grundlage für einen Diskussionsbeitrag, den er im Dezember letzten Jahres auf einer Veranstaltung in der Hamburger Hochschule für Wissenschaft und Politik hielt. Leider mußten wir den Text aus Platzgründen etwas kürzen.

Die Vorgeschichte

Der frühere langjährige Betriebsratsvorsitzende bei HDW/Hamburg und die frühere Betriebsratsmehrheit waren Paradebeispiele für „Sozialpartnerschaft": Bestochen und korrumpiert. Selbst geringste Rechte werden verkauft. Begleitung aller Rationalisierungsmaßnahmen mit Rat und Tat. Der Vertrauenskörper der IGM versagt als Kampf- und Kontrollorgan gänzlich. Er ist Applaudierklub für den Betriebsrat: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und schon gar nicht handeln ist die Devise der VK-Leitung und der Mehrheit der Vertrauensleute über Jahre.

Aber die Belegschaft, die IGM-Mitglieder und ein Teil der Vertrauensleute werden immer unzufriedener mit ihrer Interessenvertretung. Sie lernen durch die bittere Erfahrung der Niederlagen mehr und mehr zwischen Worten und Taten ihrer Funktionäre zu unterscheiden. Eine besondere Rolle spielen dabei politisch engagierte Kollegen, die in der Belegschaft, auf Betriebsversammlungen, im Vertrauenskörper und nicht zuletzt durch Flugblätter den offiziellen Kurs der IGM und des Betriebsrates kritisieren und besondere Machenschaften aufdecken.

Auch im Betriebsrat regt sich Widerstand, der aber nach außen nicht sichtbar wird und damit zunächst bedeutungslos bleibt.

Versuche, bei der Betriebsratswahl 1978 den BR-Vorsitzenden Peters abzuschießen, mißlingen. Den Rechten im Vertrauenskörper gelingt es erneut, ihren Kandidaten durchzubringen. Eine Liste „Alternative" erhält keine Erlaubnis der Ortsverwaltung, als zweite IGM-Liste zu kandidieren, sie wird unter Beschuß genommen und gibt auf.

Es bildet sich dennoch eine zweite Liste um einen wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" ausgeschlossenen Vertrauensmann. Die „Kollegengruppe-HDW" kandidiert mit sechs Mann gegen den wütenden Widerstand der rechten Funktionäre.

Aber auch große Teile der Opposition bekämpfen die Liste, weil sie hofften, den CMV an der Aufstellung einer eigenen Liste zu hindern und dann eine Persönlichkeitswahl zu erreichen. Da der CMV die Schirmherrschaft der rechten IGM-Funktionäre genoß, brachte er erneut seine Liste durch.

In der Belegschaft fand die Liste der „Kollegengruppe-HDW" Anklang. Sie vertrat einen klaren klassenkämpferischen Kurs und tat ihr Bestes, die Kollegen ständig zu informieren. Obwohl ihre Kandidaten nur aus vier Gewerken kamen, erreichte sie drei Sitze im Betriebsrat.

Dies erwies sich als ausgesprochen günstig für die weitere Entwicklung des Widerstandes der Belegschaft gegen das Rationalisierungskonzept des HDW-Vorstandes und den Kapitulantenkurs der IGM-Oberen: Durch stetige Informationspolitik und das Aufstellen klarer Forderungen werden die Fronten im Betrieb deutlicher.

Die Opposition im Vertrauenskörper erstarkt nach der Vertrauensleutewahl 1979. Auch im Betriebsrat erfolgen nun offene Auseinandersetzungen über den Kurs.

Immer weniger gelingt es jedoch der Peters-Clique, ihre Reihen zusammenzuhalten, und es gelingt ihr, den Widerstand der Belegschaft und eines Teils der Vertrauensleute gegen den Plan des HDW-Vorstandes, 1 500 Arbeitsplätze zu vernichten, zu kanalisieren und in einen „Interessenausgleich" münden zu lassen, der die Weichen für die schrittweise Durchsetzung des langfristigen Rationalisierungskonzeptes stellt: Schließung des Werkes Reiherstieg, Vernichtung von über 700 Arbeitsplätzen, Einführung eines neuen Entlohnungssystems, des „Programmlohns", schrittweise Stillegung des Schiffsneubaus und damit der Anfang vom sicheren Ende der HDW/Hamburg.

Die Auseinandersetzung aber spitzte sich um die Einführung des „Programmlohnes" zu. Viele Kollegen und Vertrauensleute beteiligen sich aktiv an der Auseinandersetzung. Das Ergebnis: mit großer Mehrheit lehnt der Vertrauenskörper Verhandlungen über den Programmlohn ab. Der Betriebsrat schließt sich gezwungenermaßen diesem Beschluß an.

Dies war ein gewisser Wendepunkt. Hatte sich doch zum erstenmal gezeigt, daß konsequentes Eintreten für die Forderungen der Belegschaft nicht nur mehrheitsfähig, sondern auch durchsetzbar ist.

Hier sei angemerkt, daß die eindeutige Ablehnung des Programmlohnes und die frühzeitige, ausführliche Information der Belegschaft durch die „Kollegengruppe-HDW" und ihre Betriebsräte wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen hat.

Zum ersten Mal hat es auch eine „Aktionseinheit" aller oppositionellen Kräfte auf der Werft gegeben, auch wenn diese weder organisiert noch völlig einheitlich in ihrer Argumentation war.

Die Notwendigkeit, den Kurs der Gewerkschaft zu ändern, wurde aber nur von der RGO (die „Kollegengruppe-HDW" war seit Gründung der RGO im November 78 Mitglied der RGO) klar angesprochen und nur von ihr durch die Organisierung der Information und kleinerer Aktionen in die Tat umgesetzt.

Die Opposition im Vertrauenskörper und zunehmend auch im Betriebsrat entwickelte sich jetzt mehr an Personen, die den sozialpartnerschaftlichen Kurs vertraten und an deren diktatorischen Methoden, ihren Kurs durchzusetzen. Der Kurs selber, die Inhalte der vergangenen Arbeit waren nur zweitrangig bzw. machten sich an untergeordneten Fragen fest, wie die Behandlung von personellen Einzelmaßnahmen.

Zu grundsätzlichen Fragen der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit (z. B. neues Entlohnungssystem, Gemeinkostenwertanalyse, Erhalt des Schiffsneubaus und die entscheidende Frage, wie kann die Opposition auf der HDW unter den gegebenen Umständen dagegen vorgehen?) gab und gibt es keine langfristigen, klaren, klassenkämpferischen Antworten.

Dies hatte zur Folge, daß bei der Betriebsratswahl 81 die Bemühungen der RGO-Betriebsräte, eine Persönlichkeitswahl dadurch zu ermöglichen, daß sie einerseits Wiederaufnahmeanträge stellten und gleichzeitig im Vertrauenskörper ein Antrag auf die Aufstellung einer offenen Belegschaftsliste eingebracht wurde, bei den „Aktiven Metallern" kaum unterstützt wurden.

Anders bei den Kollegen am Arbeitsplatz. In den Bereichen fanden nicht nur die Wiederaufnahmeanträge einhellige Unterstützung, sondern auch der Vorschlag einer Belegschaftsliste.

Gleichzeitig entbrannte jetzt im Vertrauenskörper eine heftige Auseinandersetzung um das Vorgehen bei der Aufstellung der Liste der IG Metall. Die Stimmung in wichtigen Bereichen der HDW war so, daß eine IGM-Liste mit den alten Betriebsratsbonzen an der Spitze auf breite Ablehnung gestoßen wäre und die RGO-Liste weit mehr Unterstützung gefunden hätte, als vor drei Jahren. Die Diskussion um die Aufstellung der Liste erfaßte viele Kollegen.

Nachdem es den Rechten mit ihrer 5:4-Mehrheit in der VK-Leitung gelungen war, eine ihnen genehme Liste im Vertrauenskörper vorzulegen, traten vier Mitglieder der VK-Leitung zurück, und auf der folgenden Versammlung des Vertrauenskörpers versagten mehr als 20 Vertrauensleute ihre Bereitschaft, auf der offiziellen Liste der IG Metall zu kandidieren. Kurz darauf bildeten 42 Vertrauensleute die Liste „Aktive Metaller" (drei Kollegen kandidierten nur unter dem Vorbeahlt auf der Liste, daß sie von der IG Metall anerkannt würde, und zogen dann zurück). Die „Aktiven" ließen ihre Liste in verschiedenen Bereichen von den Kollegen bestätigen und forderten die Ortsverwaltung auf, sie als zweite IGM-Liste anzuerkennen.

Gräben zuschütten?

Die Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle aber gingen voll auf Konfrontationskurs. Sie setzten weiter auf die Karte der Peters-Gruppe. Sie erwarteten, daß die „Aktiven" unter den Ausschlußdrohungen zusammenbrechen würden und damit eine schwere Niederlage der Opposition auf der HDW eintreten werde. Aber sie täuschten sich. Die Liste fand große Unterstützung in der Belegschaft. Sie war mehrheitsfähig, und ihre Kandidaten kamen aus allen wichtigen Gewerken.

Das Verhältnis der Spitze der Aktiven zur RGO war dadurch geprägt, daß die „Aktiven" alle Angebote der RGO, gemeinsam vorzugehen, ablehnten, ja ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste sogar damit begründeten, der RGO das Wasser abgraben zu wollen. Dies war nicht nur eine Schutzbehauptung gegenüber der Ortsverwaltung, sondern beruhte bei einigen führenden „Aktiven" auf der Ablehnung der klassenkämpferischen Arbeit der RGO.

Einem Erdrutsch gleich fiel das Wahlergebnis aus. Mehr als 50 Prozent der Stimmen, 14 von 27 Mandaten erreichten die „Aktiven". In manchen Bereichen 70 Prozent bis 80 Prozent der Stimmen. Dennoch gelang es auch der RGO, im neuen Betriebsrat vertreten zu sein. Sie erreichte im Schnitt 5 Prozent und in „ihren" Bereichen bis zu 15 Prozent der Stimmen. Somit ist die Opposition jetzt mit 14 plus 1 gleich 15 Sitzen im neuen Betriebsrat vertreten.

Während aber die RGO seit 1978 eine eindeutige, klassenkämpferische Betriebsrats- und Gewerkschaftslinie verfolgt und dies auch in ihrem Programm zum Ausdruck kommt, vermieden und vermeiden es die „Aktiven Metaller" (teilweise aus Überzeugung, teilweise aus „taktischen" Erwägungen, wegen ihrer Ausschlußverfahren), eine oppositionelle gewerkschaftliche Linie zu vertreten.

Im Gegenteil: Es gibt Bestrebungen, „Gräben zuzuschütten", wo es gar nicht möglich ist, und eine gewisse Bereitschaft, sich „Sachzwängen" zu unterwerfen. Dabei kommen Beschlüsse heraus, die sich nur geringfügig von denen des alten Betriebsrates unterscheiden und den Spielraum sowohl des Betriebsrates selbst, als auch der Belegschaft einschränken, statt zu erweitern: Mit der Unterstützung der offiziellen IGM-Liste bekannte sich die Mehrheit des Betriebsrates zum 1979 abgeschlossenen „Interessenausgleich" und erklärte ihre Bereitschaft, die Einführung eines neuen Entlohnungsgrundsatzes zu „begleiten". Ja selbst die beantragte Kaffeepreiserhöhung wurde erst nach erheblichen inneren Auseinandersetzungen abgelehnt.

Diese Beispiele sollen deutlich machen, daß es nicht möglich ist, eine konsequente Betriebsratsarbeit zu machen, wenn man keine klare klassenkämpferische Gewerkschaftslinie vertritt.

Handlungen eines Betriebsrates müssen stets daran gemessen werden, ob sie zur Aufklärung und Mobilisierung der Belegschaft beitragen. Ein Betriebsrat ohne enge Verbindung zu den Vertrauensleuten und Kollegen ist gezwungen, entweder aufzugeben, oder sich letztlich auf die Sozialpartnerschaft einzulassen.

Deshalb kommt der systematischen, organisierten, klassenkämpferischen Arbeit in der Gewerkschaft vorrangige Bedeutung zu. Da reicht es nicht, Personen zu kritisieren, Einzelfragen herauszugreifen oder eine Liste aufzustellen, nur um einen Betriebsratsfürsten zu stürzen. Da wird es falsch und verhängnisvoll, wenn man nach gewonnener Wahl die Gewerkschaftsarbeit ganz aufgibt und den Rechten überläßt und nicht gegen Resignation und Austrittsgedanken von oppositionellen Metallern auftritt.

Sicher sind die Möglichkeiten, durch Funktionsverbot, persönlich in die Vertrauensleutearbeit einzugreifen, eingeschränkt. Aber es gibt dennoch genug Mittel, dies zu tun. Was hindert den Betriebsrat, systematisch mit den Vertrauensleuten zusammenzuarbeiten, sie regelmäßig gesondert zu informieren? So etwas und noch mehr ist auch für einen ausgeschlossenen oder mit Funktionsverbot belegten Betriebsrat möglich und wäre ein wichtiger Beitrag für die Änderung des sozialpartnerschaftlichen Kurses der Gewerkschaft.

Organisierung der Opposition

Für die Gewerkschaftsführer sind die Rahmenbedingungen, die die Unternehmer und die Regierung festsetzen — letztlich die Rentabilität der Betriebe und das Florieren der Wirtschaft — für sie sind diese Rahmenbedingungen die Grenzsteine ihres Handelns. Sie sind nicht bereit, vorbehaltlos die Kampfkraft der Gewerkschaften zu entfalten und auszunutzen. Diese Politik aber bringt der Arbeiterklasse nur Niederlagen. Die Gewerkschaftsführung steht ihrem Handeln nach insgesamt im Lager der Unternehmer.

Deswegen war es, um wieder auf die HDW zurückzukommen, auch notwendig, solche bestochenen Leute wie Peters und Co. zu stürzen. Aber, um die Arbeit der Mehrheit des neuen Betriebsrates auf der HDW längerfristig abzusichern, muß die weitere Arbeit unbedingt schnellstens

- planvoll
- organisiert
- und vor allem auf klassenkämpferischer Basis

durchgeführt werden. Dem langfristigen Konzept der Eigner und des Managements der HDW muß ein an den Interessen der Belegschaft orientiertes Konzept entgegengesetzt werden. Dieses Konzept muß ständig in die Belegschaft getragen und so die Bereitschaft der HDWler zum Kampf gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und die Einführung des Prämienlohnes gefördert werden.

Diese Aufkärungsarbeit und Mobilisierung der Belegschaft muß organisiert werden. Dazu reichen keineswegs „neutrale" Berichterstattung in BR-Infos. Dazu bedarf es der Organisierung der Opposition im Betriebsrat, der Vertrauensleute und der aktiven IG-Metall-Mitglieder. Regelmäßige Treffen zur Diskussion und Vereinheitlichung sind Voraussetzung, um erfolgreich den Widerstand zu leisten. Es langt bei weitem nicht, wenn eine Handvoll aktiver Betriebsräte die Fäden zieht. Ohne die Einbeziehung aller oppositionellen, aller aktiven Kollegen muß die Sache scheitern.

Es gibt keinen Mittelweg zwischen Sozialpartnerschaft und klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik. Wer für das eine ist, muß das andere bekämpfen. Und es reicht nicht aus, der organisierten, systematischen, reaktionären Politik der Gewerkschaftsführung und ihrer Helfer im Betrieb nur auf Betriebsebene entgegenzutreten. Auch wenn hier die entscheidende Schlacht um den Kurs der Gewerkschaft geschlagen wird. Will man Ortsverwaltungen erobern, Bezirksleitungen stellen und letztlich diesen Vorstand aus seinem Erbamt verjagen —, und dies ist unumgänglich, um auch im Betrieb auf Dauer eine kämpferische Arbeit zu machen — dann muß dieser Kampf auch auf örtlicher und darüberhinaus auf bundesebene organisiert werden.

Dies erweist sich bereits als notwendig, wenn mehrere Betriebe einer Firma von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind und die oberen Funktionäre wie üblich nicht bereit sind, den Kampf zu organisieren. Diese Organisierung ist natürlich in den DGB-Gewerkschaften verboten.

In Wahrheit ist die Einheitsgewerkschaft nicht vorhanden. Jeder, der nicht bereit ist, den Kurs der Sozialpartnerschaft mitzumachen und der aktiv Widerstand leistet, ist mit Ausschluß bedroht. Revolutionäre, kommunistische Kollegen werden gleich generell ausgegrenzt. Die Organisierung der klassenkämpferischen Opposition ist unumgänglich. Nur so sind wir in der Lage, eine wirkliche Einheitsgewerkschaft aus unserer Gewerkschaft zu machen und die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden der konsequenten Interessenvertretung herzustellen.

Das und nichts anderes will die RGO.

KPI — KPdSU: Beziehungen auf dem Nullpunkt

„Irrsinniger geht es nicht mehr"

Polenfrage verschärft Spaltung des revisionistischen Lagers

Die unter dem Druck Moskaus erfolgte Errichtung einer Militärdiktatur in Polen hat die Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien Ost- und Westeuropas weiter verschärft. Nachdem das ZK der KP Italiens Ende Dezember die Warschauer Militärjunta und ihre sowjetischen Auftraggeber heftig attackierte, hat sich zwischen der KPI und der Moskauer „Mutterpartei" eine Auseinandersetzung entwickelt, die in bislang ungekannter Schärfe ausgetragen wird.

Insgesamt haben die Kreml-Herren wenig Glück mit ihren „Bruderparteien". Nur einige wenige fanden sich bereit, die brutale Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung auf Moskauer Geheiß hin zu bejubeln — darunter die KP Portugals, die KP Griechenlands (Inland) und natürlich auch die DKP, die ja noch aus jedem Verbrechen des Sozialimperialismus einen „Sieg des Sozialismus" gemacht hat. Neben der KPI haben die revisionistischen Parteien in Spanien, Holland, Britannien, Japan, Schweden, Belgien, der Schweiz und in anderen Ländern die Errichtung der Militärdiktatur mehr oder weniger stark verurteilt. In dem Streit zwischen Rom und Moskau haben sich in jüngster Zeit die Regierungsparteien von Rumänien und Jugoslawien auf die Seite der KPI geschlagen, bei Kritik an einzelnen von ihr vorgebrachten Positionen.

Eine Sonderrolle nimmt die nach der KPI stärkste revisionistische Partei Westeuropas, die KPF, ein. Ihre Führer haben sozusagen eine „Arbeitsteilung" entwickelt: Während die Parteispitze um Marchais sich mit den polnischen Generälen solidarisiert, stehen die vier „kommunistischen" Minister auch in der Polen-Frage kritiklos hinter der Politik ihrer Regierung. Und diese Regierung betreibt ja bekanntlich einen scharfmacherischen Kurs nach der Art von Reagan, indem sie beispielsweise die Bestrafung Warschaus und Moskaus durch Sanktionen der EG fordert. Die KPF-Bosse scheuen den Bruch mit dem Kreml, wollen aber andererseits auch ihre endlich ergatterten Positionen im Staatsapparat nicht aufs Spiel setzen. Und Mitterands Sozialdemokraten nutzen diese Aufführung des hemmungslosen Opportunismus nun natürlich dazu aus, den Einfluß der KPF auf die werktätigen Massen zugunsten ihrer eigenen Partei noch weiter abzubauen.

In solche Schwierigkeiten haben sich die KPI-Führer erst gar nicht gebracht. Sie legen heute Wert darauf zu betonen, daß ihre Verurteilung des polnischen Militärregimes wesentlich schärfer ausgefallen sei als etwa die der westdeutschen Sozialdemokratie. Es erhebt sich nun aber die Frage, von welchen politischen Positionen aus und mit welchen Zielen die KPI-Führer die Kritik an den polnischen Generälen und den Moskauer Hintermännern entwickeln.

KPI für „pluralistisches" Polen

In der erwähnten ZK-Resolution wird festgehalten, daß die Ursachen der polnischen Krise nicht (wie es die Kreml-Herren und ihre Nachbeter behaupten) im Kampf der Solidarność, sondern in der verfehlten Wirtschaftspolitik und im Mangel an Demokratie zu suchen seien. Trotz aller Kritik an einzelnen Erscheinungsformen des polnischen Systems — von der Korruption der Funktionäre bis zum Fehlen der Meinungsfreiheit für die Massen — wird das System selbst jedoch nicht in Frage gestellt. Die italienischen Revisionisten sind sich mit ihren sowjetischen Kontrahenten immerhin darin einig, daß sie ebenso wie diese die polnische Gesellschaft als sozialistisch bezeichnen.


Militärdiktatur verschärft Krise im revisionistischen Lager. (Das Bild zeigt eine Protestdemonstration gegen das Kriegsrecht in Gdansk.)

Folglich lehnen sie auch die Perspektive einer revolutionären Umwälzung des Systems vollständig ab. Nach der Meinung der KPI-Führer soll sich die polnische Arbeiterklasse nicht das Ziel stecken, die Diktatur der neuen bürgerlichen Klasse zu zerschlagen und die Arbeitermacht wiederzuerrichten. Notwendig wäre es vielmehr, so heißt es in der ZK-Resolution, eine „demokratische und pluralistische Änderung des polnischen Sozialismus zu erreichen." Und darunter verstehen die KPI-Führer, wie sie ausdrücklich betonen, die Fortführung der unter Kania begonnenen Politik des „Ausgleichs" zwischen der Partei, der Kirche und der Solidarność. Allerdings sollen sich bei diesem von der KPI propagierten „sozialistischen Pluralismus" die Akzente gegenüber der Zeit vor dem Putsch in bemerkenswerter Weise verschieben.

Es wird nämlich an der bisherigen polnischen Politik kritisiert, daß sie die Kirche daran gehindert hätte, die Rolle zu spielen, die ihr zukommt. Auf der anderen Seite macht sich auch die KPI dafür stark — ganz im Moskauer Jargon —, die „extremistischen Elemente" innerhalb der Solidarność zu isolieren. So stellt sich also die KPI-Führung einen „wahren Sozialismus" vor: Die kapitalistischen Grundlagen blieben unangetastet; die westlich orientierten reaktionären Kräfte wie der katholische Klerus würden auf Kosten des sowjetischen Einflusses gestärkt; die Gewerkschaften hätten eine systemerhaltende Rolle zu spielen (so wie es ja die revisionistisch kontrollierten Gewerkschaften auch in Italien tun) und müßten deshalb von den „Radikalen" gesäubert werden, die stets nur „Maximalforderungen" stellen.

Absage an die Revolution

Die KPI-Bosse werden bei der Entwicklung ihrer Strategie anläßlich der Ereignisse in Polen auch noch grundsätzlich. Sie stellen fest: „Man muß also davon Kenntnis nehmen, daß auch diese Phase der Entwicklung des Sozialismus, die ihren Ausgang mit der Oktober-Revolution genommen hat, ihre Schubkraft erschöpft hat." Tatsächlich hat der „Sozialismus" Marke Breschnew seine „Schubkraft" verloren und steckt für jedermann ersichtlich in der Krise. Aber der hat eben seinen Ausgang nicht in der Oktober-Revolution, sondern gerade umgekehrt in einer Revision der Ergebnisse der Oktober-Revolution, in der Zerstörung des Sozialismus genommen.

Indem sie die heutigen Verhältnisse in Osteuropa als Folge der Oktober-Revolution hinstellen, benutzen die KPI-Führer die polnische Krise also auch dazu, die Notwendigkeit und den Nutzen der sozialistischen Revolution grundsätzlich zu bestreiten. Das ist nun an sich nichts Neues. Denn seit der frühere KPI-Chef Togliatti in den 50er Jahren seine revisionistische Theorie vom „nationalen Weg zum Sozialismus" entwickelte, hat sich die KPI zu einer reformistischen Partei entwickelt, die nicht nur prinzipiell auf dem Boden des kapitalistischen Systems steht, sondern die längst auch in den unmittelbaren Tageskämpfen der Werktätigen als verläßliche Stütze der Bourgeoisie auftritt.

Neu an der jüngsten ZK-Erklärung ist die Tatsache, daß die KPI-Führer mit der Absage an die Oktober-Revolution den Anspruch verbinden, daß heute ihr „Eurokommunismus" die für alle Länder zeitgemäßte Form des Sozialismus sei. „In der gegenwärtigen Phase ist der Fortschritt des Sozialismus in immer deutlicherer Weise den Ideen und den Errungenschaften der Demokratie und des Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern, speziell in Westeuropa anvertraut..." Und ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß der „Eurokommunismus" auch zur „demokratischen Entwicklung der Gesellschaften in den osteuropäischen Ländern" beitragen müßte.

Kumpanei mit der Sozialdemokratie

Dieser Anspruch ist für die sowjetischen Sozialimperialisten allerdings alarmierender als die markigen Worte bei der Verurteilung des polnischen Militärregimes. Zumal KPI-Chef Berlinguer in der letzten Zeit eine ungewöhnlich rege Aktivität entwickelt hat, um den neuen Führungsanspruch der „Eurokommunisten" zu unterstreichen. Allein in den letzten beiden Monaten besuchte er nacheinander Kuba, Nicaragua, Mexico, Algerien und Jugoslawien. Es liegt auf der Hand, daß Moskau in der weltweiten Werbetätigkeit Berlinguers für seinen „Dritten Weg" (das Arrangement mit dem westlichen Imperialismus nach dem Beispiel der KPI) eine ernsthafte Gefährdung der sowjetischen imperialistischen Interessen sehen muß.

Und was schließlich das Verhältnis der KPI zu den Warschauer-Pakt-Staaten betrifft, so ist augenfällig, daß die Haltung der italienischen Revisionisten in der Polen-Frage (bei einigen Schattierungen in der Wortwahl) genau den Positionen der SPD entspricht. Sicher war es auch kein Zufall, daß Berlinguer zwei Wochen vor der ZK-Tagung im November ein langes Gespräch mit Willy Brandt geführt hat. Bezeichnenderweise fehlt in der umfangreichen ZK-Erklärung zu Polen jeder Hinweis auf die verheerende Rolle, die das westliche Bankkapital bei der Zerrüttung der polnischen Wirtschaft und bei der Ausplünderung des Landes gespielt hat. Im Gegenteil, dem westlichen Imperialismus wird sogar die Pflicht auferlegt, die „erschöpfte Wirtschaft wieder aufzurichten". Was nichts anderes bedeutet als die Aufforderung, die Durchdringung der polnischen Wirtschaft durch westliches Kapital fortzusetzen.

Wie die SPD wendet sich auch die KPI gegen alle Formen der Sanktionen und des Boykotts gegenüber Polen und betont die Notwendigkeit, die Entspannung fortzusetzen. Und der Inhalt dieser Entspannungspolitik besteht ja gerade darin, den Moskauer Machtbereich ökonomisch, politisch und ideologisch zu infiltrieren. Wenn sich die KPI zum aktiven Bestandteil einer solchen Politik macht, wenn sie ihren eurorevisionistischen Pluralismus offensiv als Alternative zum „real existierenden Sozialismus" anbietet, dann zielt das natürlich auf eine weitere Zersetzung der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa, die in der Perspektive für den Sozialimperialismus gefährlich werden kann — gerade weil sie von einer angeblich kommunistischen Partei vorgetragen wird.

Die Moskauer Antwort

In dieser Gefahr liegt für Moskau der eigentliche Skandal der KPI-Revisionisten. Das konnte man nicht mehr schlucken wie früher die Angriffe wegen der Invasion in Afghanistan oder wegen des Überfalls auf die Tschechoslowakei. Also wurde mit aller Härte zurückgeschlagen. Zuerst meldete sich die „Prawda" mit einem ellenlangen Artikel zu Wort. Dann folgten — wie üblich — die Wasserträger in den anderen revisionistischen Ländern, das „Neue Deutschland" übrigens mit der Feststellung: „Irrsinniger geht es nicht mehr". Die Moskauer Polemik zu referieren, erübrigt sich. Denn im Gegensatz zu früheren Auseinandersetzungen mit den „Eurokommunisten" wird jetzt überhaupt nicht mehr der Versuch einer Widerlegung von Argumenten der Gegenseite gemacht. Auch die früher so beliebten Taschenspielertricks, das Jonglieren mit Klassikerzitaten zum „Beweis" der eigenen „revolutionären" Linie gibt es nun nicht mehr.

Die sowjetische Polemik erschöpft sich faktisch in einem einzigen „Gedankengang": Jeder Angriff auf die Sowjetunion ist dazu angetan, die „hauptsächliche und wichtigste Kraft" des Friedens zu schwächen, dient also dem Krieg und dem Imperialismus und ist damit gegen die Arbeiter aller Länder und die Völker der Welt gerichtet. Einige neue Elemente aber lassen sich auch in der sowjetischen Polemik finden. Zum einen wird der italienischen „Bruderpartei" nun direkt vorgeworfen, sie sei ins Lager der imperialistischen Kriegstreiber übergegangen. Zum anderen werden KPI-Führer wie Berlinguer, Napolitano und Ingrao namentlich angegriffen.

Und im Zusammenhang damit wird drittens an die Parteibasis der KPI unverhohlen der Appell gerichtet, die Führung davonzujagen. Hier haben die ungenannt gebliebenen Autoren des „Prawda"-Artikels (der in der italienischen Parteizeitung „Unità" nachgedruckt wurde) sogar einiges Geschick entwickelt. Sie schildern nämlich in düsteren Farben die ja wahrhaft drückenden Sorgen der italienischen Werktätigen, wie Arbeitslosigkeit, Inflation usw. und lassen dabei durchblicken, daß die KPI-Führer nicht das geringste unternehmen, um diese Probleme zu lösen (was ja vollkommen den Tatsachen entspricht). Und dann heißt es: „Bei der Lösung dieser Probleme ist die Hand eines Freundes — der Sowjetunion, der KPdSU, der kommunistischen Weltbewegung — ihre zuverlässigste Stütze".

So wie die KPI-Bosse im Gefolge der westlichen Entspannungs-Strategen den Völkern Osteuropas ihr revisionistisches „Pluralismus"-Modell als Perspektive andienen wollen, versuchen die Moskauer Sozialimperialisten im Gegenzug, die Unzufriedenheit der KPI-Mitglieder mit Berlinguers arbeiterfeindlicher Politik für ihre Zwecke auszunutzen — indem sie sich der KPI-Basis als verlässliche Stütze anbiedern. Das zielt natürlich auf die Abspaltung eines prosowjetischen Flügels von der KPI. Das gleiche haben die Kreml-Führer vor Jahren schon in Spanien versucht, als sie Carrillos eurorevisionistische Partei spalten wollten — allerdings ohne Erfolg.


KPI-Chef Berlinguer

Reagan erhöht Militärhilfe für El Salvador

Einmarsch amerikanischer Truppen angekündigt

Faschistische Junta führt Ausrottungskrieg gegen das Volk

WASHINGTON/SAN SALVADOR. — Die Reagan-Regierung droht unverhohlen mit einer militärischen Intervention gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador. Außenminister Haig kündigte letzte Woche vor dem Kongreß in Washington an, man werde „alles Notwendige tun", um einen Sieg der Befreiungsbewegung zu verhindern. Auf die Frage von Journalisten, ob damit auch ein Einmarsch amerikanischer Truppenverbände in das mittelamerikanische Land gemeint sei, bestätigte Larry Speaks, der Sprecher des Weißen Hauses: „Ja, so ist es".

Im Kongreß, dem US-Parlament, wurde über die weitere Militär- und Finanzhilfe für die faschistische Militärjunta von El Salvador debattiert. Reagan hatte angekündigt, daß er diese Hilfe von gegenwärtig 135 Millionen Dollar auf 315 Millionen Dollar für das nächste Haushaltsjahr aufstocken will. Nun hat der Kongreß im vergangenen Jahr unter dem Druck der massiven Proteste gegen den Terror der Junta von El Salvador ein Gesetz beschlossen, das jede weitere Hilfe von einer „Unbedenklichkeitserklärung" des Präsidenten abhängig macht.


Terroropfer der faschistischen Junta.

Das bedeutet: Reagan war verpflichtet, bei seinem Antrag auf Erhöhung der Militärhilfe darzulegen, daß es hinsichtlich der Menschenrechte in El Salvador keine Bedenken gebe und daß die Junta Fortschritte bei der Verwirklichung sozialer Reformen vorzuweisen hätte. Und diese Erklärung gab der Präsident tatsächlich ab. Er bescheinigte der faschistischen Junta „aufrichtige Anstrengungen bei der Achtung der Menschenrechte". Diese ungeheuerliche Freisprechung des blutigen Mordregimes löste in den USA eine Welle der Empörung aus.

Wurde sie doch genau zu dem Zeitpunkt abgegeben, als auf der einen Seite Reagan sein widerwärtiges Menschenrechts-Spektakel mit Polen veranstaltete und auf der anderen Seite die Zeitungen in den USA voll waren von Berichten über neue grausame Massaker der von Reagan ausgehaltenen Junta von El Salvador. Haig versuchte zwar, diese Berichte als „Ergebnis weltweiter linker Manipulation" zu diffamieren, aber die erdrückende Last der Fakten entlarvte ihn wieder einmal als gewissenlosen Lügner.

Im vergangenen Dezember hatten Einheiten der Junta die „Operation Hammer und Amboß" gestartet, mit dem Ziel, die Kräfte der Befreiungsbewegung FMLN in der Provinz Morazán zu zerschlagen. Die Guerilleros hatten sich jedoch zusammen mit großen Teilen der Zivilbevölkerung vor den anrückenden Truppen zurückgezogen. Einzig die in diesem Gebiet lebenden Mitglieder der evangelischen Gemeinde von El Salvador blieben zurück, weil sie sich im Bürgerkrieg als neutral betrachten.

Was dann geschah, schilderte ein überlebender Augenzeuge später so: „Das Heer trieb die Leute aus ihren Häusern und stellte sie in Reihen auf. Die Frauen wurden abseits in die Hügel geschleppt, dort vergewaltigt und dann erschossen. Die Kinder wurden erwürgt, erschossen oder gar bei lebendigem Leibe verbrannt. Wer sich weigerte, wurde samt seiner Behausung verbrannt." Über tausend Menschen wurden auf diese Weise von den Soldaten des Regimes bestialisch ermordet. Noch einen Monat nach dem Massaker bot sich einer Korrespondentin der „Washington Post" in dem Ort Mozote dieses Bild: „Die Häuser waren ausgeraubt und geplündert. Der überwältigende erste Eindruck war der Gestank verwesender Leichen. Im Innern der zerstörten Kirche und der kleinen Sakristei lagen zahllose Knochen und Schädel zwischen den Trümmern."

Der Staatssekretär in Haigs Außenministerium, Thomas B. Enders, gab übrigens für dieses furchtbare Blutbad den salvadorianischen Freiheitskämpfern die Schuld. Warum? Weil sie es versäumt hätten, die Zivilisten rechtzeitig „aus der Schußlinie" zu bringen. Man mag es kaum glauben, aber so ist es tatsächlich gesagt worden. Und ein solcher Zynismus spricht ja wahrhaft Bände über den Geist der Reagan-Leute. Der gleiche Enders hat kürzlich auch getönt: „In El Salvador ist der Entscheidungskampf für Zentralamerika im Gang, denn wenn nach Nicaragua auch El Salvador von einer gewalttätige Minderheit erobert wird, wer in Zentralamerika könnte dann noch ohne Furcht leben?"

Ja, was wäre, wenn das Volk — die „gewalttätige Minderheit" — nun auch in El Salvador die blutigen US-Marionetten verjagen würde? Dann könnten die Militärdiktatoren in den Nachbarländern wie Honduras oder Guatemala allerdings nicht ohne Furcht leben. Und nicht nur die. Dann wären auch den amerikanischen Imperialisten in einer Region, die sie seit jeher als ihren Hinterhof betrachtet haben, die Klauen gestutzt. Enders perverse Sprüche machen deutlich, daß die Reagan-Leute mit allen Mitteln ein zweites Nicaragua verhindern wollen — notfalls eben mit einer militärischen Intervention.

Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die US-Regierung auch heute schon unmittelbar am Ausrottungskrieg gegen das Volk von El Salvador beteiligt ist. An dem Massaker in Morazán beispielsweise nahm auch die „Brigata Atlacatl" teil, eine mobile Sondereinheit der salvadorianischen Armee, die erst im vergangenen Jahr von US-Offizieren gegründet und ausgebildet wurde. Heute schon machen die US-„Berater" 12 Prozent des salvadorianischen Offizierskorps aus, sie bilden das eigentliche Kommando der faschistischen Mordtruppen. Carlos Gómez Montano, ein aus der Junta-Armee desertierter Soldat, hat gegenüber der „New York Times" erklärt, daß sich die amerikanischen „Berater" auch an Folterungen beteiligen.

Sämtliche Offiziere der faschistischen Armee sind von US-Ausbildern gedrillt worden, und gegenwärtig läuft ein Programm, nach dem nun auch ein großer Teil der Mannschaften in den US-Basen Fort Bragg und Fort Benning ausgebildet wird. Während Reagan von den „aufrichtigen Anstrengungen bei der Achtung der Menschenrechte" schwafelt, zeigen die Junta-Soldaten Woche für Woche, was sie in den Ausbildungscamps der US-Armee gelernt haben. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Mitte Januar wurde das Dorf Jocoaitique in der Provinz Morazán mit Fliegerbomben und Artilleriefeuer unter Beschuß genommen. Das Ergebnis: über 100 Tote. Am vorletzten Wochenende stürmten 200 uniformierte Killer das Arbeiterviertel San Antonio Arbad in der Hauptstadt San Salvador. Etwa 30 Männer und Frauen wurden aus ihren Häusern gezerrt und erschossen.

Die Junta feierte dieses Blutbad als „Erfolg und Resultat der Ausbildung und Professionalität" ihrer Soldaten. In Sachen Zynismus stehen die Schlächter von Salvador ihren Auftraggebern in Washington in nichts nach. Und Reagan belohnte seine Zöglinge, indem er — noch bevor im Kongreß über die weitere Militärhilfe entschieden war — aus einem von ihm allein kontrollierten Sonderfonds 55 Millionen Dollar für den Kauf weiterer Mordwaffen (natürlich amerikanischer) zur Verfügung stellte.

Trotz aller Militärhilfe aus Washington ist jedoch die Lage für die faschistische Junta schlechter als je zuvor. Die Vernichtungsfeldzüge gegen die Guerilla sind gescheitert. Die FMLN ist in mehreren Regionen zur Offensive übergegangen. Inzwischen werden die Stellungen der Junta auch in den größeren Städten — wie beispielsweise letzte Woche in Usulutan — angegriffen. Ein besonders wichtiger militärischer Sieg gelang den Partisanen vor wenigen Wochen. Sie konnten in den Luftstützpunkten Ilopango am Stadtrand von San Salvador eindringen und dort mit 50 Sprengladungen 20 Militärflugzeuge und acht Hubschrauber zerstören.

Damit ist ein großer Teil der Junta-Luftwaffe ausgeschaltet. Und das ist für den Befreiungskampf des Volkes aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung. Zum einen hat die Junta ihre Offensive in der letzten Zeit immer durch Flächenbombardements vorbereitet — was nun zumindest so lange nicht mehr möglich ist, bis Reagan Ersatz für die zerstörten Maschinen geschaffen hat. Zum anderen sind auch die Truppentransporte zunehmend mit Hubschraubern erfolgt. Das war für die Junta notwendig geworden, weil sie die Kontrolle über die meisten Landwege längst verloren hat.


Reagan mit Junta-Chef Duarte.

Meldungen

Moskau fordert härteren Kurs in Polen

Angesichts des anhaltenden Widerstandes des polnischen Volkes gegen die Militärdiktatur verstärkt die Moskauer Parteipresse ihre Forderungen nach einem „härteren Durchgreifen" des Regimes und nach einem dauerhaften Verbot der Solidarność. Zynischweise wird das in der „Prawda" als Wunsch des polnischen Volkes selbst ausgegeben. So heißt es dort: „Die Bevölkerung erwartet schärfere Sanktionen gegen diejenigen, die noch feindliche Tätigkeit ausüben...".

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die sowjetische Propaganda immer stärker das polnische Politbüro-Mitglied Olszowski, einen berüchtigten Scharfmacher, herausstellt. Olszowski hatte erst kürzlich erklärt: „Es steht ein entscheidender Kampf bevor, um die Sache zu Ende zu führen." Ein deutliches Eingeständnis, daß es dem Regime darum geht, die von der Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften vollständig zu liquidieren.

Erst am vorletzten Wochenende hatten die Militärs und ihre sowjetischen Hintermänner erfahren müssen, daß der Widerstand des Volkes keineswegs erstickt ist. In Gdansk kam es zu Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei, bei denen nach Angaben des Regimes sechs Demonstranten und acht Polizisten verletzt und 205 Demonstranten verhaftet wurden. Der unmittelbare Anlaß für den Protest waren die drastischen Preiserhöhungen, die am 1. Februar in Kraft getreten sind. Vor allem Grundnahrungsmittel verteuern sich dadurch bis zu 400 Prozent.

Preiserhöhungen auch in der CSSR

Eine neue Teuerungswelle gibt es in der Tschechoslowakei. Zum 30. Januar wurden die Preise für Nahrungs- und Genußmittel um bis zu 39 Prozent angehoben. Fleisch- und Fischprodukte sind durchschnittlich um 27 Prozent teurer geworden; Zigaretten kosten 30 Prozent, andere Tabake 39 Prozent mehr.

Diese Preiserhöhungen sind nicht nur ein neues Beispiel dafür, wie auch in den Ländern Osteuropas die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abgewälzt werden. Sie werfen auch ein bezeichnendes Licht auf die revisionistische Propaganda, nach der ja die Krisenerscheinungen in Polen eine Folge des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft sein sollen.

Druck auf türkische Junta wächst

Nach dem Europaparlament hat auch die parlamentarische Versammlung des Europarates die türkische Militärjunta in einer Resolution scharf verurteilt und unter anderem die unverzügliche Wiederherstellung der Gewerkschafts- und Pressefreiheit gefordert. Der von Demokraten und Antifaschisten in allen Ländern Westeuropas immer wieder geforderte Ausschluß des Regimes aus dem Europarat wurde jedoch nicht beschlossen.

Unterdessen zeigt sich, daß einzelne Mitgliedsstaaten des Europarats bereit sind, über eine bloße Verurteilung der Junta hinauszugehen, um Druck auf das faschistische Regime auszuüben. So erklärte die niederländische Regierung letzte Woche, sie werde jegliche militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Türkei bis auf weiteres einstellen. Vorangegangen war diesem Schritt eine gemeinsame Erklärung aller drei Regierungsparteien, in der es unter anderem hieß, es sei völlig inakzeptabel, daß das Militärregime der Türkei als Mitglied der NATO und des Europarates die Bürger- und Gewerkschaftsrechte mit Füßen tritt, besonders jetzt, da Westeuropa sich gegen den Militärrat in Polen wendet.

Die Militärhilfe für die türkische Junta hat auch die norwegische Regierung eingestellt. Die skandinavischen Mitgliedsländer des Europarates wollen überdies im Frühjahr eine Beschwerde gegen die Türkei bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg einlegen. Dieses Verfahren war von den gleichen Ländern auch schon gegen das frühere griechische Militärregime eingeleitet worden, das dann allerdings 1969 freiwillig aus dem Europarat ausschied.

Offenbar nervös geworden durch die zunehmenden Proteste gegen die Junta, hat sich jetzt auch NATO-Generalsekretär Luns geäußert. Man könne nicht Polen und die Türkei vergleichen, sagte er. Denn die Warschauer Generäle seien entschlossen, den Geist der Demokratie auszurotten, die in Ankara aber seien entschlossen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich dieser Geist entfalten könne. Genau die gleichen Sprüche waren in der letzten Zeit ja auch aus Bonn zu hören. Während einige europäische Regierungen nun endlich zu wirklichen Maßnahmen gegen die faschistische Junta übergehen, setzt die Schmidt-Regierung ihre Unterstützung für das Regime ungemindert fort.

„Gotteslästerung durch die Hintertür“

Kabarettisten wegen Maria- und Josef-Sketch verurteilt

Als eine „Wiederbelebung des Strafbestandes der Gotteslästerung durch die Hintertür“ bezeichnete Ulrich Klug, Vorsitzender der Humanistischen Union, ein Gerichtsurteil, das jüngst in Köln gefällt wurde. Angeklagt waren die Berliner Kabarettisten Die drei Tornados und der WDR-Redakteur Ulrich Lux. Und es ging dabei um einen Sketch, mit dem die Tornados im Dezember 1980 die Besucher der letzten live ausgestrahlten WDR-Sendung „Radiothek“ erfreut hatten.



Tornados Thews und Rating im Kölner Amtsgericht.

Die Geschichte war ganz simpel: Als Maria und Josef hatten die beiden Tornados Arnulf Rating und Günter Thews die Geschichte von Marias unbefleckter Empfängnis dargestellt, allerdings so, daß Josef darauf wie ein normaler Mensch reagierte. Zur Last gelegt wurde ihnen nun vor allem die folgende Passage:

Mari: „Ich hab' meine Tage nicht gekriegt.“ — Josef: „Was? Wer war das... Wie heißt der Typ? Dem polier' ich die Fresse!“ — Maria: „Nein, Josef, das war alles ganz anders. Der Heilige Geist ist mir erschienen.“ — Josef: „Der Heilige Geist! Das muß ja ein schöner Heiliger Geist sein, der meine Verlobte hinter meinem Rücken von hinten bumst.“

Über diesen Sketch hatte sich nach der Sendung zuerst die Hausfrau Elisabeth Dust aus Soest empört. Durch einen Leserbrief, den sie an die „Westfalenpost“ schrieb, wurde der Klerus auf den „Skandal“ aufmerksam. Er sorgte dafür, daß die Empörung auch ‚organisierten Charakter bekam und sammelte 2000 Unterschriften für eine Petition an den nordrhein-westfälischen Landtag. Empörungswillige Gottesdienstbesucher konnten sogar — wie in der Paderborner Kirchenzeitung angekündigt wurde — „im Pfarrsaal per Kassette Ausschnitte aus der ‚Radiothek'-Sendung hören.“

So wurde dann schließlich das Verfahren in Köln in Gang gebracht. Die Tornados stellten bei der Verhandlung fest: „Die durch das Buch ‚Die Bibel' bekannten Personen Maria und Josef sind bereits länger verstorben und können daher vor dem Amtsgericht Köln nicht als Zeugen erscheinen. Von ihnen selbst verfaßte schriftliche Aussagen, die ersatzweise beigebracht werden könnten, sind nicht bekannt... Inwieweit die dramatische Darstellung des zu würdigenden Gesprächs zwischen Maria und Josef durch die Drei Tornados so entstellend ist, daß daraus eine Beschimpfung des religiösen Bekenntnisses zu diesen Personen abgeleitet werden kann, ließe sich letztendlich aber nur durch persönlichen Augenschein und Befragung von Maria und Josef selbst vor Gericht entscheiden. Als gerichtliche Instanz, die die Möglichkeit hat, alle Betroffenen sowie die erforderlichen Zeugen zur Klärung der Vorwürfe zu hören, verweist der Antragsteller daher auf das Jüngste Gericht, das im Falle einer Verurteilung auch zahlreiche Sanktionen (wie Fegefeuer und ewige Verdammnis) kennt, die Verfehlung ordnungsgemäß zu bestrafen.“

Aber den Tornados half weder ihre messerscharfe Logik, noch ihre Bereitschaft, sich dem Jüngsten Gericht zu stellen. Es nutzte ihnen auch nichts, daß sie mit Uta Ranke-Heinemann eine katholische Theologie-Professorin als Gutachterin aufbieten konnten. Über deren Ausführungen, daß die Vorstellung einer biologischen Jungfräulichkeit Marias auch in der katholischen Theologie umstritten“ sei, ging Richter Neu einfach hinweg. Für ihn stand fest, daß der Marienkult für den durchschnittlichen Christen zentraler Bestandteil der katholischen Lehre sei. Und über diesen absurden Kult darf man sich eben nicht ungestraft lustig machen. Wegen „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“, wurden alle drei Tornados zu einer Geldstrafe von je 600 Mark verurteilt; Redakteur Lux muß die von ihm verantwortete Gotteslästerung sogar mit 2400 Mark sühnen.

****

Ronnie und der Ripper



Einen Achtungserfolg konnte Ronald Reagan kürzlich in London erzielen. Dort wählen die Besucher von Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett jedes Jahr die meistgehaßten und meistgefürchteten Männer der Welt. Reagan schaffte auf Anhieb den zweiten Platz und deklassierte damit sogar den Yorkshire-Ripper, der es nur zu Nummer drei brachte.

Und wenn Ronnie sich Mühe gibt, kann er sich auch noch auf den ersten Platz vorarbeiten. Den hält bis jetzt noch Adolf Hitler.

Lob für Carstens

Der Wanderer gilt nichts im eigenen Land. Diese bittere Erfahrung mußte Karl Carstens machen, als er durch die Bundesrepublik tourte, um Volksverbundenheit zu demonstrieren. Selbst bürgerliche Zeitungen, sofern sie nicht auf harten CDU-Kurs eingeschworen waren, begleiteten seinen Marsch eher mit versteckter Häme als mit Hochachtung.

Aber jetzt kam endlich die ganz große Würdigung des unermüdlichen Wanderers. Und zwar aus China. Unter dem Titel „Westdeutscher Präsident legt Langen Marsch zu Fuß zurück“ brachte die Pekinger „Volkszeitung“ einen langen Artikel voller Bewunderung über den „Langstrecken-Staffettenlauf“ des Karl Carstens. Der Präsident sei „auf Schritt und Tritt von 20000 Menschen begleitet“ worden. Eine solche Mammutveranstaltung, schwärmt die „Volkszeitung“, habe es auf der ganzen Welt noch nicht gegeben.

****

„Kein Automat“

Der Grafiker Klaus Staeck brachte jetzt mit „Walther Leisler Kiep“ unterzeichnete Schreiben in Umlauf, in denen es heißt: „Entgegen allen anderslautenden Gerüchten versichere ich an Geldes statt, daß ich kein Automat bin. Lediglich meine Briefe wurden von einem Goldfüllfederhalter-Automat unterschrieben. Ich lehne deshalb jede Verantwortung für deren Inhalt ab und distanziere mich vorsorglich. Da meine Briefe nicht von mir sind, bin ich auch nicht zu fassen und stehe nach wie vor zur Übernahme jedes verantwortungsvollen Amtes bereit.“



Galopper der Nation

Will er? Will er nicht? Walter Scheel tut gegenwärtig alles, um die Gemeinde seiner Fans in Verwirrung zu stürzen. Mal läßt er durchblicken, daß er gerne die Nachfolge des Wanderers K. Carstens als Vorsitzender der BRD antreten würde. Mal dementiert er solche Pläne.

Man kann aber sicher davon ausgehen, daß dieser rüstige Frührentner — sollte ihn tatsächlich ein „Ruf“ ereilen — für das höchste Amt in diesem Staat zur Verfügung stehen wird. Schließlich nimmt er ja auch jetzt schon alles an lukrativen Jobs mit, was er nur immer kriegen kann. Wundern sollte sich darüber niemand. Denn Walter Scheel wurde mit einer Rente von einer lumpigen halben Million Mark jährlich in den Ruhestand geschickt.

Nachdem der Alt-Präsident im vergangenen Jahr für die Cognac-Firma Remy Martin erfolgreich als „Feinschmecker des Jahres“ tätig war, gibt es nun einen neuen Höhepunkt seiner Karriere zu melden. Er ist zum Vorsitzenden des Direktoriums für Vollblutzucht und -Rennen gewählt worden. Doch nicht Chef der BRD also, aber immerhin schon der erste Mann bei den Galoppern. Vom Rennsport selbst versteht der neue Boss nach eigenem Bekunden („Ich bin interessierter Laie“) zwar nicht viel. Das hindert ihn jedoch nicht daran, nunmehr Pferderennen als einen „Massensport“ zu rühmen, der angeblich mehr Leute auf die Beine bringen würde als der Fußball.

Daß die Galopper sich den Ex-Präsidenten zum neuen Vorsitzenden gewählt haben, nimmt nicht weiter Wunder. Denn ihr Verband gilt unter Eingeweihten schon lange als „Sumpf“. Da gab es Schiebungen bei den Rennen, manipulierte Wettabrechnungen und anderes mehr. Und da macht sich ein richtiger Altbundespräsident an der Spitze natürlich gut für das Image. Was Walter Scheel betrifft, so interessiert ihn an seinem Amt selbstverständlich nicht das Geld, sondern die Tatsache, daß er hier zum Wohle der Allgemeinheit auf einen „bedeutenden Teil der Freizeitgestaltung“ Einfluß nehmen kann. Die 100000 Mark, die ihm der Verband jetzt jährlich auszahlen wird, nimmt er nur so nebenbei mit.

Eine kleine zusätzliche Verdienstquelle aber hat sich Walter Scheel denn doch noch aufgetan. Der neue Galopper-Präsident läßt nämlich jetzt bei Rennen auch ein eigenes Pferdchen laufen, einen zweijährigen Hengst namens Antipode. Jetzt gibt es also eine echte Alternative für die Freizeitgestaltung: Rein ins nächste Wettbüro und 100 Mark auf Antipode setzen! Das wäre dann wohl Massensport ganz im Sinne unseres früheren und vielleicht auch künftigen Bundespräsidenten.

****

„Schreiende Meute“

Im vergangenen November wurde im pfälzischen Rockenhausen trotz massiver Proteste eine öffentliche Vereidigung von Bundeswehr-Rekruten in einem Betrieb durchgeführt. Nicht nur diese Tatsache selbst löste damals breite Empörung aus, sondern auch die Rede, die bei diesem Anlaß von Oberst Loch gehalten wurde. Der Kommandeur der Heimatschutzbrigade 54 hatte unter anderem Friedensdemonstranten in übelster Weise diffamiert, beispielsweise als „schreiende Meute von Gewaltdemonstranten“.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß die Hetze nicht auf dem Mist des Kommandeurs gewachsen ist. Loch hat in seiner Rede vielmehr einen Artikel aus der Zeitschrift „Die Bundeswehr“, dem Organ des Bundeswehrverbandes, wiedergegeben. Verfasser des Hetzartikels ist der Brigadegeneral Jürgen Schreiber. Und dieser Herr übt ausgerechnet die Funktion eines stellvertretenden Kommandeurs der Hamburger Führungsakademie aus, der wichtigsten Ausbildungsstätte der Bundeswehr.



Sonntag, 14. Februar,
20.15 Uhr, WDR III
Aus der Geschichte der Arbeit. Neue Sendereihe, in der die Arbeitsbedingungen der Werktätigen und ihre Kämpfe in den verschiedenen geschichtlichen Epochen dargestellt werden. In dieser Folge geht es um die Sklavenarbeit im Rom der Kaiserzeit.

***

Sonntag, 14. Februar,
22.00 Uhr, ZDF
Perikles. Das Stück von William Shakespeare wird in einer Inszenierung von Augusto Fernandes aus dem Hamburger Schauspielhaus gezeigt. Mit Matthias Fuchs, Karl-Heinz Stroux und Elisabeth Seiler.

***

Montag, 15. Februar,
22.00 Uhr, WDR
Leutersbronner Geschichten. Als „Fernsehspiel des Monats“ wird dieser kürzlich im ZDF gesendete Film von Wolfgang Mühlbauer wiederholt. Er schildert mit beachtlichem Sinn für die historischen Tatsachen die Auseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung vor der Machtergreifung des Faschismus. Mit Matthias Ponnier, Rita Leska und Jan Deutsch.

***

Mittwoch, 17. Februar,
21.30 Uhr, HR III
Gegen die Aufrüstung, die Nachrüstung heißt. Gespräch mit dem Friedensforscher Alfred Mechtersheimer.

***

Donnerstag, 18. Februar,
23.00 Uhr, ARD
Phantasten. Zweiteiliger Fernsehfilm von Dieter Wellershof und Peter Beauvais über einen Baulöwen, der Kommunalpolitiker besticht, um an das große Geld zu kommen. Mit Manfred Krug.

***

Donnerstag, 18. Februar,
22.25 Uhr, WDR III
Coca contra Companeiros. Roshan Dhunjibhoy ist den verbrecherischen Praktiken des Coca-Cola-Konzerns nachgegangen, der in Guatemala Streikführer ermorden ließ.

***

Donnerstag, 18. Februar,
22.05 Uhr, ZDF
Erinnerung an die Freiheit. Ein „Filmgedicht“ der kolumbianischen Filmemacher Martha Rodriguez und Jorge Silva über die Indios in ihrem Heimatland.

***

Freitag, 19. Februar,
22.20 Uhr, ZDF
Nacht der Lieder. Fast vier Stunden lang wird diese Aufzeichnung eines Liedermacher-Festivals in Dortmund gesendet. Mitwirkende: Bettina Wegener, Angelo Branduardi, Georg Danzer, Georges Moustaki, Konstantin Wecker, Chris de Burgh und Ludwig Hirsch.

Was zählt der Wille der arbeitenden Menschen?

Was ist sozialistische Demokratie?



Viele Menschen, die gerade in der heutigen Zeit der Gesellschaft dem politischen System in der Bundesrepublik mit wachsender Kritik begegnen, haben dennoch ihre Vorbehalte gegen einen sozialistischen Staat. Und zwar nicht nur wegen der bekannten Zustände in den osteuropäischen scheinsozialistischen Staaten, sondern überhaupt aufgrund dessen, was in den letzten Jahrzehnten über den Sozialismus verbreitet wurde.

Hier bei uns, so ist eine verbreitete Ansicht, ist zwar allerhand faul, aber man kann doch wenigstens seine Meinung sagen, kann zur Wahl gehen, zwischen verschiedenen Parteien auswählen. Das ist doch, wenn auch nicht besonders, so doch immerhin demokratisch, ertragbar, man kann Einfluß nehmen.

Startbahn West — ein Lehrstück

Um diese Meinung zu widerlegen, ließen sich ohne weiteres eine große Anzahl von Ereignissen aufzählen. Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache, und das ist eigentlich vielen auch bekannt. Das jüngste Beispiel und auch eines der deutlichsten dafür, wie „Bürgerwille" in dieser Demokratie mißachtet wird, heißt Startbahn West.

Denn ohne Zweifel ist es doch so, daß die übergroße Mehrheit der direkt betroffenen Bevölkerung, über alle Meinungsverschiedenheitenhinweg, gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens ist und auch ein großer Teil der gesamten hessischen Bevölkerung.

Aber die Reaktion von Regierung, Parteien, Behörden und Medien ist eindeutig: Es wird auf offene Konfrontation gesteuert. Die Polizei und Sondereinheiten antworten mit Knüppel und Gas. Eine Propagandakampagne wird organisiert, in der die aktiven Gegner der neuen Startbahn auf alle Art beleidigt werden. Sie sind dumm, unfähig zur Beruteilung der Sachlage, verführt, fortschrittsfeindlich, arbeitsplatzzerstörend, verlogen oder ganz einfach aufsässig. „Ihr habt uns gewählt, was wollt ihr noch?" so läßt sich die Haltung dieser „demokratischen" Politiker zusammenfassen.

Hier wird in sehr deutlicher Form jene Auffassung von sogenannter Demokratie benutzt, wie sie stets in der Propaganda der Bourgeoisie auftaucht: Man kann Probleme nicht der Straße, dem Plebs überlassen, nicht den Betroffenen, da müssen Fachleute — in aller Ruhe — entscheiden, es gibt ja Zuständigkeiten.

Und das heißt dann: In aller Ruhe soll jene Maschinerie ablaufen, die das Kernstück der parlamentarischen Demokratie ist: die Arbeit der Ausschüsse unter Ausschluß der Öffentlichkeit, das Wirken der Eingaben, der persönlichen Beziehungen, der Unternehmerverbände, der Druck verschiedener Interessengruppen usw. usf. kurz all das, was man gemeinhin Bürokratie zu nennen pflegt.

Dabei kämpft man von staatlicher Seite vor allem gegen die Forderung nach einem Volksentscheid, nach Volksabstimmung. Gegen alles, was in die Richtung geht, den sogenannten „Souverän" (Machthaber — nach der Verfassung das Volk) mit der Entscheidung zu betrauen. Wobei man sich fragen möchte, warum eigentlich. Schließlich gibt es genügend Staaten, in denen die Macht dem Kapital gehört, in denen es Volksabstimmungen gibt. Und die sind durch verschiedenste Mittel für die Mächtigen, für die Reichen beeinflußbar, sind durchaus mit ihrer parlamentarischen Herrschaftsform zu vereinbaren. Aber natürlich sind Volksabstimmungen für die Bourgeoisie mit besonderen Risiken verbunden. So etwas zeigte ja — für die Kapitalisten mit Schrecken — die Volksabstimmung in Österreich über das dortige Atomkraftwerk Zwentendorf, wo trotz massiver Beeinflussung die Mehrheit dagegen stimmte. Und auch gescheiterte Volksabstimmungen, wie in der Mitte der zwanziger Jahre in der Weimarer Republik jene über die Fürstenenteignung, können die Landschaft einigermaßen verändern. Der Einfluß der KPD in den Reihen der Arbeiter jedenfalls wuchs damals durch diese Kampagne sehr stark an. Mit einem Wort: Es ist zwar beileibe nichts Systemsprengendes, so eine Volksabstimmung, aber sie trägt offensichtlich unter bestimmten Umständen — nämlich eines bereits vorhandenen großen politischen Interesses breiter Teile der Bevölkerung — erheblich mehr Risikofaktoren für die Bourgeoisie mit sich als das übliche, parlamentarische Vorgehen, oder besser: vom Parlament abgeschirmte Vorgehen.



Protest gegen Startbahn West in Wiesbaden.

Denn in diesem „Raum" sind ja auch, gerade in der Bundesrepublik, alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um neue Entwicklungen stoppen zu können, Bewegungen abzuwürgen, ersticken oder leerlaufen lassen zu können.

Nicht nur die berüchtigte Fünf-Prozent-Klausel, sondern auch das Wirken der Bürokratie sorgt dafür, die im Interesse des Finanzkapitals wesentlichen Entwürfe und Planungen bis zur Gesetzesreife durchzuziehen. Ohne daß die Abgeordneten, selbst wenn sie es wollten, wenigstens Einsicht in diese Arbeit nehmen dürften, bevor sie abgeschlossen ist. Das alles ist im Zusammenhang mit dem Parlament gesetzlich geregelt.

Das Gegenstück — die Räte

Jeder, der sich mit solchen Ereignissen wie dem Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens näher befaßt hat oder sich gar aktiv daran beteiligt, dürfte der Ansicht folgen können, daß man, will man eine echte Demokratie haben, eine grundsätzliche Änderung herbeiführen muß. Oder: Kann man sich ernsthaft vorstellen, daß derselbe Apparat, der heute vollständig für die Interessen der Flughafen AG arbeitet, morgen im Sinne der Bevölkerung arbeiten wird? Daß die Richter, die — angeblich im Namen des Volkes — ein Urteil gegen das Volk fällen, aufgrund irgendwelcher Veränderungen plötzlich auch im Interesse des Volkes urteilen werden. Daß man also sozusagen nur einen neuen Landtag in Hessen wählen müßte und schon wäre alles im Lot? Und das auch noch ausgerechnet mit dem deutschen Beamtenapparat, der zu den allerreaktionärsten der Welt gehört? Mit einer Bürokratie, die,nur durch die Generationenfolge verändert,unter allen Regierungsformen dem Wort der Kapitalisten treu war und ist?

„Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar nur durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses nur, daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden." (1)

So sagte es **Lenin**, als er kurz vor der Oktoberrevolution über „Staat und Revolution" schrieb. Dabei stützte er sich auf die Untersuchungen, die Karl Marx über den Staat anhand der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 machte. Denn die marxistische Staatstheorie ist ja nicht am grünen Tisch ausgearbeitet worden, sondern anhand der wirklich gemachten Erfahrungen in den Revolutionen Europas der Jahre 1848 und 1871. Und eben die Erfahrungen, die in der Pariser Kommune gemacht wurden, zeigten in aller Deutlichkeit zum ersten Mal, daß es unmöglich ist, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die anderen an der sozialen Revolution interessierten Klassen und Schichten des Volkes den alten bürgerlichen Staatsapparat einfach übernehmen und in ihrem, dem bisherigen Wirken dieses Apparats völlig entgegengesetztem Sinne benutzen. In den Worten von **Karl Marx**:

„Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihren eigenen Zweck in Bewegung setzen. Das politische Werkzeug ihrer Versklavung kann nicht als politisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen." (2)

Und so ist es auch Tatsache, daß es die Pariser Kommune war, die in der Wirklichkeit die Formen eines wahrhaft demokratischen Staates für die Arbeiter und die Werktätigen schuf. Sie schuf das Vorbild der Rätedemokratie. Ein ebenso demokratischer wie mit der sozialen Revolution verbundener Typ der Organisierung der Macht.

In einem solchen Staat wäre auch eine solche Entwicklung wie sie jetzt in Hessen zu verzeichnen ist, von vornherein undenkbar. Nicht nur deswegen, weil natürlich in einem sozialistischen Saat keine Profitinteressen vorhanden sind, die gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchgesetzt werden müssen. Sondern auch aufgrund der wahrhaft demokratischen, revolutionären Organisierung der Gesellschaft.

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; sie kretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von den Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit (...) Wie alle übrigen öffentlichen Diener sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein."(3)

Mit dieser Darstellung des Funktionierens der Pariser Kommune wird auch, im Kern, die Organisationsform eines sozialistischen Staates umrissen. Sicher: die genauen Formen der politischen Organisierung im Sozialismus sind Ergebnisse der Verhältnisse in jedem betreffenden Land, seines Entwicklungsgrads, seiner politischen Geschichte, traditioneller Formen der dortigen Arbeiterbewegung und der konkreten Vorgeschichte der Revolution. Aber der Kern, das Wesen der Sache sind darin enthalten: so wie es die Sowjets in der Oktoberrevolution waren und die Arbeiter- und Soldatenräte in der deutschen Revolution von 1919.

Programm der KPD

So ist es auch im **Programm der KPD** festgehalten. Nachdem dort klargelegt wird, daß es darauf ankommt, die bewaffnete Macht der Monopolbourgeoisie zu zerschlagen und durch das bewaffnete Volk zu ersetzen, wird zur Orientierung der Staatsmacht gesagt:

„Neben dem Militär bedient sich die Bourgeoisie des Parlaments, der Regierung, der Justiz und ihrer Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Das Proletariat kann diese Einrichtungen nicht übernehmen. Es muß sie wie den bürgerlichen Staatsapparat insgesamt zerschlagen und an ihre Stelle die sich im Laufe der Revolution herausbildenden Organe der proletarischen Staatsmacht, die Räte setzen." (4)

Die Räte als arbeitende Körperschaften, die also nicht nur diskutieren sondern gefaßte Beschlüsse auch verwirklichen müssen, ihre Mitglieder als dem Wähler verantwortlich und von diesem jederzeit abwählbar und alle Verwaltungsdienste, die noch nötig sind als Arbeit von Angestellten dieser Räte, alle Ämter kontrolliert — das ist der revolutionäre Demokratismus, der, zusammen mit den sozialen Umwälzungen, mit den wirtschaftlichen Maßnahmen, die Macht des Kapitals bricht und die Macht des bewaffneten Proletariats sichert.

Da gibt es keine geheimen Körperschaften mehr, keine anonymenVorgänge, die nicht nur der Kontrolle, sondern sogar schon der Kenntnis der Öffentlichkeit entzogen sind. Keine selbstherrlichen Bürokraten mehr, die ihre Macht gegen die Werktätigen ausspielen.

Und es ist nicht unbedingt nebensächlich, wenn Karl Marx beispielsweise ausdrücklich unterstreicht, daß die Kommune von Paris auch die uralte und nie gehaltene Versprechung der Bourgeoisie, eine „wohlfeile", also billige Regierung zu schaffen,verwirklicht hat — vor allem durch die Abschaffung des stehenden Heeres und durch die Abschaffung der Beamten und der hohen Gehälter. Denn obwohl die Bourgeoisie in ihrer Propaganda gegen den wahren Sozialismus stets dessen angeblich wuchernde Bürokratie angreift, ist es im Gegenteil eine Tatsache, daß der Verwaltungsapparat im Sozialismus wesentlich kleiner ist, als der bürokratische Apparat des Kapitals.

So, wie es sich anhand solcher Beispiele wie die Ereignisse um den Frankfurter Flughafenausbau gezeigt hat, daß diese Bundesrepublik ein demokratischer Staat nur für die herrschende Klasse, für das Finanzkapital ist, so zeigt es sich bei genauerer Betrachtung, daß der sozialistische Staat, die sozialistische Räterepublik die Demokratie für die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk bedeutet.

Und in einem sozialistischen Rätedeutschland wird die Kommunistische Partei an der Spitze der Arbeiterklasse stehen, wenn es darum geht, die Arbeitermacht zu festigen, wenn es darum geht, jene Gesellschaft zu erbauen, die Marx und Engels, Lenin und Stalin meinten, wenn sie von Sozialismus sprachen. Die nichts, aber auch überhaupt nichts mit jenem neuen Kapitalismus zu tun hat, der sich heute in Osteuropa unter der Phrase des „realen Sozialismus" verbirgt.

Anmerkungen

1) W.I. Lenin: Staat und Revolution, Peking 1971, Seite 51
2) Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, Peking 1972, Seite 253
3) Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, Peking 1972, Seite 72 - 74
4) Programm der KPD, 3. Auflage, Dortmund 1981, Seite 118

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 6, 12 Şubat 1982 | Yıl: 16 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Hamburg ve Münih'te yabancı düşmanlığı lanetlendi

Yabancı düşmanlığına karşı ortaklaşa mücadele!

MÜNİH. — Son dönemlerde giderek daha da yoğunlaşan yabancı düşmanlığına karşı bir çok yerli ve yabancı örgüt harekete geçerek, yabancılara yönelik olan, gerek Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin aldığı kararları, gerekse de çeşitli faşist çetelerin ve profesörlerin saldırılarını protesto etti. Yerli ve yabancıların mücadelede birlikte atacakları her adım yabancı düşmanlığına karşı da indirilen bir darbe olacaktır. İşte bu yönde ocak ayının sonunda Hamburg'ta ve geçen hafta da Münih'te düzenlenen yürüyüşler yabancı düşmanlığına karşı gerekli olan birer eylemdiler.

Artan işsizlik ve derinleşen buhrana paralel olarak Batı Alman hakim sınıfları işsiz sayısının artmasının sorumluları olarak yabancıları göstermeye bile yeltendi ve bu yönde biz yabancı işçi ve emekçilere karşı yoğun bir düşmanlık kampanyası başlattılar.

Yabancı düşmanlığını eyalet yönetimlerinin ve Bonn'daki partilerin bazıları sinsice, ılımlı bir temelde yaparken, eyaletlerin bazıları ise açıkca, en katılığı ile yapmaktalar. Ama onların hepsini birleştiren ortak bir nokta var: Bu da Almanya'daki işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan yabancıların üzerine buhranın yükünü yıkmak, yerli ve yabancı işçilerin mücadele birliğini bölmek ve düzenin saldırılarına karşı onların ortak mücadelelerini engellemek. İşte onlar bu yönde ardı arkası kesilmez bir şekilde yabancılara karşı yeni insanlık dışı kararlar almaktalar.

Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin yabancılara karşı aldıkları kararlarla bir taraftan biz yabancıların var olan kısmi demokratik hakları ortadan kaldırılmaya çalışılırken, öte yandan ise faşist örgüt, çete ve grupların şimdiye kadar olandan daha da yoğun bir şekilde yabancılara saldırmaları yönünde ellerine bir yasal imkan verilmektedir. Ayrıca şunu da akıldan çıkarmamak gerekir ki; bugün yoğun bir şekilde sürdürülen yabancı düşmanlığı ile faşizm için kitle tabanı oluşturulmak istenmektedir.

Biz, yabancıların tümüne yöneltilen bu saldırılara karşı sessiz kalır, Alman ve diğer yabancılarla birlikte ortaklaşa eylemler örgütlemez, gerek Bonn Hükümeti'nin gerekse de eyaletlerin yabancı düşmanı kararlarını geri püskürtmek için harekete geçmezsek, Alman hakim sınıfları ve onların Bonn'daki sözcüleri bize karşı saldırılarında bir adım daha ileri atmaya yelteneceklerdir.

Bunun için bu saldırıları geri püskürtmeliyiz. İşte bu yönde Hamburg ve Münih'te düzenlenen eylemler oldukça belirli bir olumluluk içermektedir. Geçen hafta da gazetemizde yayınladığımız gibi, Hamburg'taki yürüyüşe, 70'e yakın yerli ve yabancı örgütün katıldığı, "Gemeinsam gegen Unterdrückung und Diskriminierung der Ausländer" adlı komite çağrı yapmıştı. Bu komitenin düzenlediği yürüyüşe 3000'i aşkın yerli ve yabancı emekçi katılarak, Hamburg Senatosu'nun yabancılara ve iltica hakkına karşı aldığı kararların geri alınmasını talep ettiler.



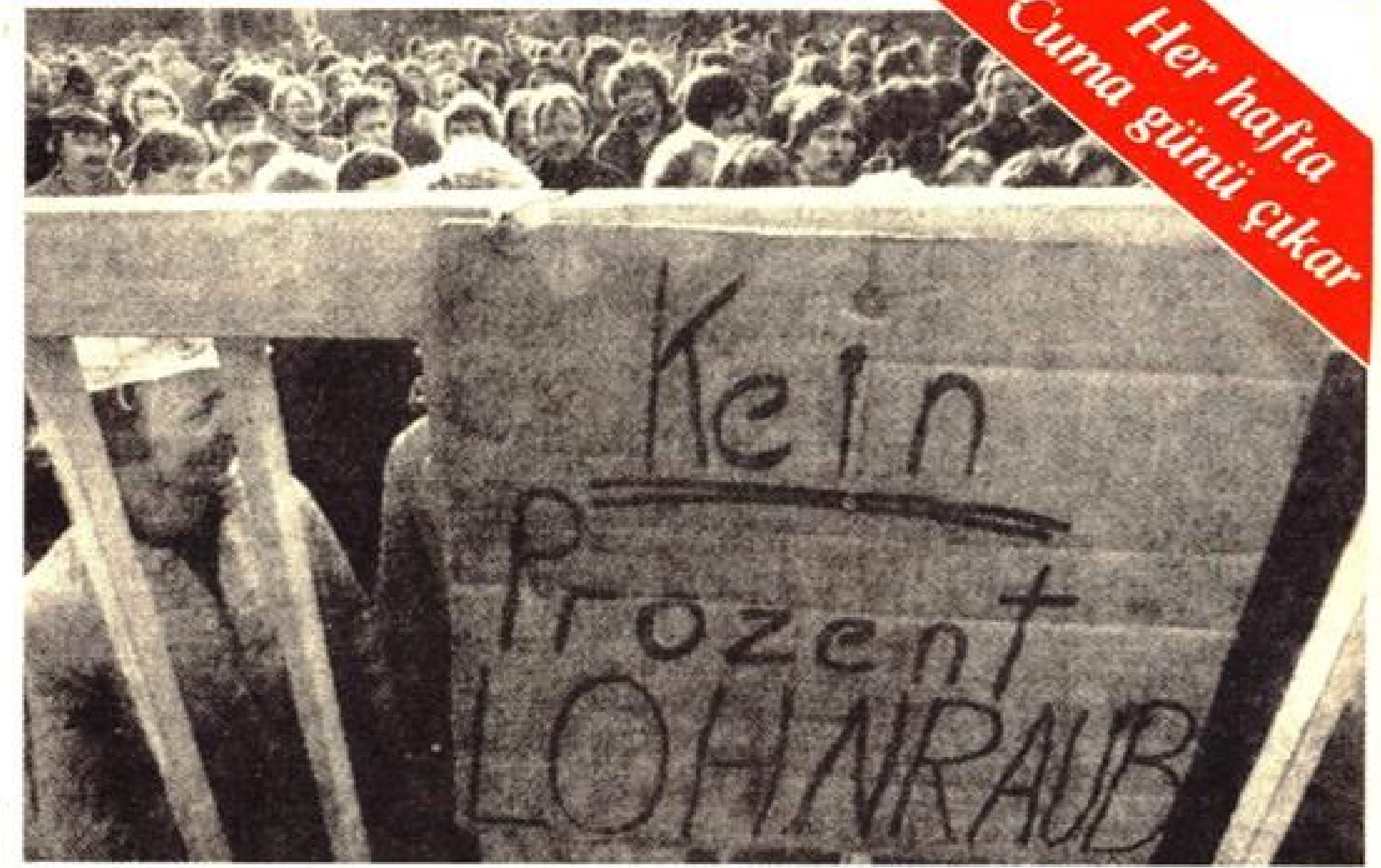
6 Şubat'ta Münih'te düzenlenen bir yürüyüşte yabancı düşmanlığı lanetlendi.

Hamburg'un yanı sıra 6 Şubat cumartesi günü de Münih'te kurulan, "Initiativkreis gegen Ausländererlasse" adlı komite, "yabancılar ikinci sınıf insan mı?" şiarı altında, yabancılara karşı alınan kararları protesto etmek amacıyla bir yürüyüşe çağrı yaptı. Bu yürüyüşe 2000'i aşkın yerli ve yabancı emekçi katılarak yabancılar için sınırsız oturma ve çalışma izninin verilmesini, yabancı ailelerin birliğini bölen her kararın geri alınmasını, ırkçı ve şövenist propaganda yapan tüm örgütlerin kapatılması talep etti.

Yabancı düşmanlığını kışkırtan koroda son dönemde Federal Çalışma Dairesi Başkanı Stingl ve Sperner gibi bazı sendika patronları yer alarak Batı Alman işçi sınıfını artan işsizliğin ve buhranın kaynaklarını görmelerinden uzak tutmak, gerçek düşmanına karşı mücadelesinin gelişmesini önlemek için dikkatlerini yabancı düşmanlığına çekmeye çalışıyorlar.

Bu gerçekler dolayısıyla Münih ve Hamburg'ta olduğu gibi bütün bölgelerde yabancı düşmanlığına karşı Almanlarla birlikte ortaklaşa mücadeleci eylemler örgütlemeliyiz. Yabancı düşmanlığına karşı mücadele; önümüzdeki dönemde gerek sendikalar gerese de anti-faşist mücadele için en önemli noktalardan birini oluşturmaktadır. Öyleyse gerek faşistlerin ırkçı ve şövenist propagandasının, gerekse de hükümet, tüm politikacı ve partilerin yabancılara karşı olan her türlü gerici tedbir ve entrikalarının boşa çıkarılması için haydi göreve!

(„Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit")



O/K işçilerinin direnişi sürüyor. **Orenstein ve Koppel patronları akort çalışan işçilerin ücretlerini düşürmek istediğinden dolayı, işçiler geçen hafta içerisinde patronu geri adım atmaya zorlamak için ayrı ayrı günlerde bir kaç saat ve bir gün süren direnişlere geçtiler. Patronlar, işçilerin akort çıkaramadığı gerekçesini ileri sürerek onların akort ücretlerini yüzde 20 düşürmek istiyorlar ki, bu da akort çalışan işçi arkadaşların saat başına 2 ile 3 DM arasında daha az ücret almaları demektir. Patronların bu saldırılarını boşa çıkarmak için Batı Berlin ve Hagen'deki Orenstein-Koppel işletmelerinde de çalışan işçiler çeşitli protesto eylemleri düzenlediler.**

DDR'de atom silahlarından arındırılmış bir Avrupa için

Barış çağrısı yayınlandı

DOĞU BERLİN. — Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) bir Halk İnsiyatifi, "barışı silahsız olarak sağlama adlı Berlin çağrısı"nı yayınladı. Bu çağrıyı 25 Ocak'tan bu yana 200'ü aşkın Doğu Alman vatandaşı imzalamış durumda. Çağrı bildirisini ilk imzalayanlar arasında şu an oda hapisinde bulunan bilim adamı Robert Havemann ve gençlik kesiminde çalışan bir çok papaz yer almaktadır.

Geçen hafta pazar günü yapılan dini ayinlerde de bir çok papazın resmi olarak bu çağrıyı destekledikleri açıklandı. Bu Halk İnsiyatifi'nin çağrı bildirisinde, aynı zamanda aralarında Havemann ve bir çok DDR vatandaşının yer aldığı grubun geçen yıl Brejneve açık mektupta yönelttikleri taleplerin bazıları da yer almaktadır.

Çağrı bildirisinde atom silahlarından arındırılmış bir Avrupa görüşü de savunulmakta ve iki Alman devletinden, Almanya topraklarında bulunan tüm atom silahlarının arındırılması amacı ile görüşme yapmaları talep edilmektedir. Ayrıca bunun dışında ikinci dünya savaşında galip gelen devletlerin de, iki Alman devleti ile barış anlaşmaları yapmaları ve işgal kuvvetlerini Almanya topraklarından geri çekmeleri talep edilmektedir.

Çağrı bildirisinde aynı zamanda, DDR'deki askerileştirmeye karşı düşüncelerde yer almakta ve okullarda milli savunma derslerinin kaldırılarak yerine barış üzerine derslerin verilmesi ve askere gitmeye itiraz etme hakkının tanınması talep edilmektedir.

Bu Halk İnsiyatifi DDR makamlarından "Berlin Çağrısı"nın resmi olarak basılabilmesi doğrultusunda izin alabilmek için müraacatta bulunmak istiyor.

(„Friedensappell in der DDR")

İki milyon işsiz

Federal Çalışma Dairesi tarafından açıklanan işsiz sayısı rakamı, 1955 yılının ocak ayından bu yana olan en yüksek oranı ifade etmektedir. Geçen yılın ocak ayından bu yana işsiz sayısında yüzde 49 bir artış kaydedildi.

Ayrıca kısa devre çalışan işçilerin sayısı da artarak 538 675 oldu. Aynı zamanda işçiye ihtiyaç duyulan işyerlerinin sayısında da geçen yılın ocak ayına göre bir gerileme söz konusudur. Böylece bu durumda her 16 işsiz başına bir işyeri düşmektedir.

İşsizler arasında en yüksek rakamı da gençler oluşturmaktadır. Gençler arasında geçen yılın ocak ayına göre yüzde 61 artış kaydedildi. Öte yandan aynı süre zarfında yabancı işsizlerin sayısında da yüzde 61,4 bir artış kaydedildi.

Artan işsizliğe karşı etkili önlemler alınmalıdır. Ancak işsizliğe karşı hazırlanacak programları işçi ve emekçiler değil, kapitalistler finanse etmelidir!

(„Sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit")

Ücretlerin talan edilmesine ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı

Belçika'da genel greve gidildi

BRÜKSEL. — Bu hafta başında Sosyalist Sendikalar Birliği'nin (FGTB) çağrı yaptığı bir günlük genel greve yaklaşık olarak 1,2 milyona yakın emekçi katıldı. Bu genel grevle, geçen hafta Belçika Parlamentosu'nun çıkardığı gerici ve işçilere karşı olan özel kanunlar hedeflenmekteydi.

Bu yeni çıkarılan kanunlarla şimdiye kadar Belçika'da geçerli olan, ücretlerin hayat pahalılığına göre doğrudan denkleştirilmesi öngören sistemin kaldırılması amaçlanmaktadır. Bu yılki ücret artışları yüzde 3 civarında enflasyon ortalamasının altında tutulmak isteniyor. Bu kanunun haricinde, Belçika Parlamentosu ayrıca işsizlik parasının ve çeşitli sosyal hakların yoğun bir şekilde kısıtlanmasını da planlamaktadır.

Genel grev çağrısına Belçika'nın Kuzey'inde çalışan işçi ve emekçilerin ezici çoğunluğu katılırken, güneyde ise bütün işletmelerde çalışan işçi ve emekçiler katıldı. Bu genel greve ayrıca merkezi alanda katılmayı reddeden Hiristiyan Sendikası'nın bölgesel yönetimleri de katıldı.

Belçika Parlamentosu'nun işçi v emekçilere yönelik saldırılarını protesto etmek için sendikanın yaptığı genel grev çağrısına sadece sanayi işletmelerinde çalışan emekçiler değil, aynı zamanda tüm tren ve otobüs işletmelerinde çalışanlar da uyarak işi bıraktılar. Ülkenin başkenti Brüksel'de sadece metro çalışmaktaydı. Genel grev çağrısına ayrıca banka ve mağazalarda çalışan emekçiler de uyarak işe gitmediler.

(„24stündiger Generalstreik in Belgien")



Brüksel'de genel grevin yapıldığı esnada ileri sürülen talepleri desteklemek için bir de kitlesel yürüyüş düzenlendi.

Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi yapıldı



30/31 Ocak'ta Gericiliğe, faşizme ve Savaşa karşı Volksfront Frankfurt Haus der Jugend'da 2. Merkez Kongresi'ni yaptı. Bu Kongreye Batı Almanya Batı Berlin çapında 185 delege ve 30'u aşkın misafir katıldı. Kongrede sürdürülen olumlu tartışmalardan sonra gelecek faaliyetin ağırlık noktaları belirlendi.

Şimdi Volksfront bu Kongresi'nden sonra mücadelede bir adım daha ileri atmış oldu. Çünkü bu Kongre Volksfront'un niçin gerekli olduğuna daha açıklık kazandırdı ve siyasi hattı netleştirdi.

Kongre, Volksfront'un gerek faaliyetinin genişlemesi, gerekse de yeni üye kazanımında, başarılar elde ettiğini ortaya koydu.

Kongre'de sürdürülen tartışmaların ağırlık noktalarında; Volksfront'un gerekliliği ve görevlerinin neler olduğu, faaliyetinin ağırlığını hangi sorunların oluşturduğu yer almaktaydı.

Bu noktalar üzerine olan tüm çelişkiler ve aydınlığa kavuşmamış sorular Kongrede ortaya kondu ve ayrıntılı olarak tartışıldı ve bugün Volksfront'un yüklendiği görevler açısından onun yerini alabilecek örgütlü bir alternatifin olmadığı vurgulandı. Bugün çeşitli bölgelerde oluşan geçici ve yöresel eylem birliklerine kitle katılımı fazla olmasına rağmen, bu eylem birliklerinin bir Volksfront'un niteliği ile özdeşleştirilmeyeceğine değinildi ve bu nedenle de Volksfront'un faaliyetinin ağırlık noktalarını şimdi tüm mevcut komite, insiyatif parti vs. ile ittifaklar oluşturma olarak belirlersek, böylece örgütlü bir Volksfront anlayışı propagandasının yapılmasını ve bu doğrultuda Volksfront'ta çalışmak isteyen emekçilerin örgütlenmesini bir ileri tarihe atmış oluruz denildi.

Kongre'de sürdürülen tartışmaların esas noktalarını, Kongre'ye verilen çeşitli önerilerin yanı sıra eski merkez yönetim kurulu tarafından hazırlanan karar tasarıları ve eski Başkan Eike Hemmer'in okuduğu faaliyet raporu oluşturmaktaydı. Eike Hemmer Volksfront'un son kongreden bu yana olan faaliyet raporunda net ve ikna edici bir temelde şimdiye kadar sürdürülen faaliyetin bir bilançosunu yaptı, Volksfront'un niçin kurulduğunun önemine değidi, şimdiye kadar sürdürülen faaliyetin hata ve zaaflarını ortaya koydu ve bunlardan çıkarak gelecek çalışmalar için ayrıntılı bir perspektif verdi. Eski Merkez Yönetim Kurulu, başkanın okuduğu faaliyet raporu Kongre'de oybirliği ile kabul edildi.

Kongre'nin birinci günü akşamı Hitler faşizminin iktidara gelişinin 49. yılı olan 30 Ocak ile ilgili, Kongre'nin yapıldığı aynı yerde büyük bir gece düzenlendi. Gecenin programı kültürel açıdan oldukça zengindi. Rheinland Eyaleti'nden gelen "Zeitzünder", Frankfurtlu "Hobelbühne" ve Freiburg Kültür Grubu sergiledikleri çeşitli gösterilerle Batı Almanya topraklarında atom silahlarının arındırılmasını, Batı Almanya'nın tarafsızlaştırılmasına, polisin yoğun bir şekilde teçhizatlandırılmasına, sosyal hakların kısıtlanmasına, Batı Alman hakim sınıflarının büyük Alman imparatorluğunu yeniden canlandırma girişimlerine işaret ettiler.



Volksfront Frankfurt Haus der Jugend'da yapılan 2. Merkezi Kongresi'ne yaklaşık olarak 200'e yakın delege katılmıştı.

Kültürel gösterilerin ardından Harry Dubinsky yaptığı konuşmasında Hitler faşizminin iktidara gelişinin 49. yıldönümü olan 30 Ocak gününün anlamına değindi, bu günde o denemle benzerlikler içeren çeşitli siyasi eğilimlerin giderek yoğunlaştığına, Alman hakim sınıflarının yeni 1933'leri kurma girişimlerine işaret etti ve anti-faşistlerin üzerine düşen görevleri ele aldı. 30 Ocak akşamı yapılan gece kitlenin büyük beğenisini kazandı ve çoşkulu bir şekilde sona erdi.

Kongre'nin ikinci gününde geriye kalan öneriler ve Merkez Yönetim Kurulu'nun hazırlıkdığı karar tasarıları tartışıldı ve ardından oy çoğunluğu ile kabul edildi. Önerilerin ardından Kongre yeni başkanın, yönetim ve Hakem Kurulu'nun seçimine geçti. Volksfront'un yeni Başkanlığına Hitler faşizmi döneminden anti-faşist mücadelenin safında yer alan, yılmadan ve yorulmadan mücadelesini sürdüren ve anti-faşis mücadelede geniş tecrübe sahibi olan Harry Dubinsky seçildi.

Yeni Başkan, Yönetim ve Hakem Kurulu'nun seçiminden sonra Volksfront'un 2. Merkez Kongresi çoşkulu bir şekilde kapandı.

Kongrede okunan faaliyet raporundan gelecek sayıda bazı bölümlerden aktarmalar yapacağız.

(„2. Bundeskongress der Volksfront")

Harry Dubinsky:

"Biz geleneksel bir dernek değiliz!"

Volksfront'un yeni Başkanı Harry Dubinsky 30 Ocak akşamı Frankfurt Haus der Jugend'da düzenlenen gecede yaptığı konuşmada, Volksfront'un Nazi diktatörlüğünün kurbanlarının mirasını devam ettiren bir örgüt olduğunu ve Nazi faşistlerine karşı şanlı bir mücadele sürdüren ve savaştan sonra hayatta kalanların, faşizm kökünden kurutuluncaya kadar sessiz kalmayacakları yeminini yerine getirdiğini vurduladı.

30 Ocak 1982 akşamı Volksfront'un Frankfurt Haus der Jugend'ta düzenlediği gecede konuşan Harry Dubinsky; bugünün konumuna ve 30 Ocak'ta Hitler faşizminin iktidarı nasıl ele geçirdiklerine değindi ve o zamanki ADGB'nin (Alman Genel Sendikalar Birliği) SPD'nin oynadığı rolü, Hitler faşizminin iktidarı ele geçirmesine karşı anti-faşist Halk Cephesi'nin kurulmasında takındıkları tavırları teşhir etti. Bugünkü gelişmelerle bundan 39 yıl önce olan gelişmelerin biriyle bir benzerlik içerdiğini ve devlette giderek artan faşistleştirme eğilimlerini ele aldı.

Harry Dubinsky konuşmasını şu sözlerle bitirdi:

"Aslında burada, sizleri o zaman (Hitler faşizmi döneminde) şehit düşenler için saygı duruşuna çağırmak istiyordum. Ama ben şu düşüncedeyim ki, eğer yeni 1933'lerin kurulmaması için mücadeleyi daha da yoğun sürdürmek ve tüm gücümüzü bu yönde seferber etme görevini yüklenirsek, biz Hitler faşizmi döneminde şehit düşen anti-faşislerin anılarını ancak ve ancak o zaman yaşatmış oluruz. Biz, Volksfront parti sınırlarını aşan, anti-faşist demokratik bir örgütüz. Bizim kapımız gerçekten anti-faşist mücadelede yer almak isteyen herkes için açıktır.

Biz ılımlı bir dernek değil, tarihten öğrenen ve hedefi gelecek olan mücadeleci bir örgütüz. Biz geçmişteki eylemleri ile övünen bir geleneksel dernek olmak istemiyoruz. Şimdi gerekli olan, dinlerinden, dünya görüşlerinden ve üyesi bulundukları partilerden bağımsız olarak Federal Almanya Cumhuriyeti'nin iç ve dış politikasında ortaya çıkan gerici eğilimlere karşı çıkmaktır.

Ben Kongremizin bu mücadeleyi daha iyi ve daha yoğun sürdürmek için belirli bir katkısının olacağına inanıyorum.

Ben, 1982 yılının, 30 Ocak 1983'e kadar bir mücadele yılı olmasını sağlamak için öneride bulunmak istiyorum. Şayet bir yıl sonra birbirimizi tekrar görecek olursak, o zaman Volksfront'un varlığının devam ettiğini, çalışmaları sürdürdüğünü ve ilerlediğini söyleyebilmeliyiz. Kongremiz bu yönde büyük bir katkıda bulunacaktır. Ve Volksfront'umuz, üyelerinin mücadeleci oldukları gibi kendiside öyledir. Volksfront'un halkın geniş bir cephesi olmasını sağlayalım. Bunu başarmak bize bağlıdır!"

(„ Wir sind kein Traditionsverein")

Faşist VSBD örgütü yasaklandı

BONN. — Federal İçişleri Bakanı Baum Eyalet İçişleri Bakanları ile de görüş alış-verişinde bulunduktan sonra 27 Ocak'ta Almanya Halk Sosyalist Hareketi (VSBD) adlı faşist çeteyi yasakladı.

İçişleri Bakanının aldığı bu karar geç olmasına rağmen, Gerekli olan bir karardır. İçişleri Bakanı Baum'u bu kararı almaya zorlayan esas etken, anti-faşistlerin uzun zamandan beri faşist örgütlerin yasaklanması için sürdürdükleri mücadeledir. Bu örgütün yasaklanması Almanya'daki anti-faşist hareketin bir başarısıdır.

İçişleri Bakanı Baum yasaklama kararını basına açıklarken, "VSBD'nin anayasaya aykırı faaliyette bulunduğunu ve bu örgütün hedefinin esak itibarıyla NSDAP'nın (Hitler'in partisi) hedefiyle aynı olduğunu ve Almanya'da yeniden Nasyonal Sosyalizmi kurmayı amaçladığını" belirtti.

Ancak İçişleri Bakanı Baum bir taraftan bunları söylerken, ötü yanda, "sol" örgüt diye adlandırılan kuruluşlara en küçük bir olayda hemen "terörist" örgüt kurma" ya da bir "cinayet şebekesi" oldukları damgasını vurmaya çalışırken, burada VSBD'nin yasaklanma kararının açıklanmasında bu yönde en küçük bir adım dahi atmadı.

İçişleri Bakanının böyle davranması, onların hahgi metodla faşist örgütleri yasakladıklarının en açık göstergesidir. Bu nedenle tüm faşist örgüt ve çetelerin yasaklanması için anti-faşistler mücadeleyi örgütlemeli ve yasak önlemlerinin alınması yönünde mücadeleleri ile devlet yetkililerini zorlamalıdırlar.

(„VSBD ist verboten!")

KPD'nin Doğu Almanya'daki tutuklu yoldaşlarla ve Polonya işçi sınıfı ile ilgili düzenlediği dayanışma toplantılarına katılalım!

Dortmund:
12. 2. 1982'de, saat 20'de Gaststätte Haus Göbbeln, Schützenstr.-Feldherrnstr.'de.

Bu toplantıda KPD Başkanı Ernst Aust konuşuyor.

Düsseldorf: 12. 2. 1982'de, saat 19.00'da Haus Dietrich, Balkan Restaurant Donau, Worringer Platz'ta.

Konuşmacı: "Kızıl Şafak" muhabiri Helmut Weiss.

Alman-Arnavutluk Dostluk Derneği (DAFG e.V.)

Arnavutluk'a çeşitli tarihlerde geziler düzenlenmiştir

Alman-Arnavutluk Dostluk Derneği şimdiye kadar olduğu gibi, bu yılda ilkbahar, yaz, sonbahar ve kışın olmak üzere çeşitli tarihlerde Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'ne geziler düzenlemiştir.

Bu geziler genelinde ikişer hafta sürmektedir. Bütün yıl boyunca çeşitli tarihlerde yapılacak olan geziler şu isimler altında düzenlenmiştir: "Toplum ve Eğitim", "Arnavutluk'ta Kadın", Arnavutluk'ta "Toplumsal yaşam", "Bugün Arnavutluk", "Arnavutluk halkının ulusal, anti-faşist kurtuluş mücadelesi", "Kültür ve Kültür tarihi", "Arnavutluk'ta Öğrenim", "Plajda izin" vs. Aşağıdaki program dahilinde çeşitli şehirlere yapılacak olan gezilerin programlarında sanayi, tarım işletmelerine, kültürel kuruluşlara, müzelere ziyaretler vs. yer almaktadır.

Temmuz ve Eylül ayları arasında düzenlenen gezilerin tarihleri şöyledir:

7. 7-21. 7. 1982 ve 1. 9-15. 9 1982 tarihleri arasında geziye katılan grupların programında; Vlora, Gjirokastra, Saranda, Ksamil-Butrint, Durres, Tiran, Kavaja kentleri gezileri yer almakta.
21. 7-4. 8. 1982 ve 18. 8-1. 9. 1982 tarihleri arasında geziye katılacak grupların programında ise Arnavutluk Alp dağlarından geçen üç günlük geziler, İşkodra'ya, Tiran'a, Kruja'ya, Durres'e ve ilk olarakta Berat-Fieri-Vlora'ya iki günlük geziler yer almaktadır.
4. 8-18. 8 1982 tarihinde gidecek olan grupların programında ise Progradec-Korça'ya üç günlük gezi, Gjirokastra'ya, Saranda'ya, Ksamil-Butrint'e geziler yer almaktadır. Geriye dönüş Vlora-Fieri üzerinden Tiran'a.

Aynı tarihlerde gezi programına katılmadan sadece Durres plajında iki haftalık izin yapılması da mümkün. Bu iki haftalık izinin tutarı tüm masraflar dahil 1030 DM'tır.

Yukarıda belirttiğimiz tarihlerdeki tüm gezi tutarı aynıdır; yani tüm masraflar dahil 1185 DM'-dır.

Açıklanan tarihlerdeki tüm gezi programlarına ayrıca Durres plajında yapılacak iki haftalık izinin daha eklenerek uzatılması mümkün. Üst tarafta tarihlerini açıkladığımız gezi programlarına ayrıca iki hafta Durres plajında yapılacak izinde eklenerek uzatılacak olursa, o zaman plajdaki izin için masrafların tümü sadece 695 DM'tır. Yani 2 haftalık Arnavutluk'un çeşitli şehirlerinde gezi ve 2 haftalık Durres plajındaki izinde dahil toplam 4 haftalık gezi tutarı 1880 DM'tır.

Aileler için programda indirim var. 2 yaşından küçük çocuklar, ucakta oturma yeri hakkı olmaksızın, yani kucakta taşımak şartıyla ücretsiz olarak beraber götürülebilir. Çocuğun yiyecek parası kalınacak otelde ödenir. Şayet çocuğun orada ayrı bir yatakta yatması isteniliyorsa, bununda önceden bildirilmesi gereklidir ve bunun içinde masraflar orada kaldığı otelde ödenir. Ebeveynlerden sadece biri katıldığı zaman gezi programı hariç, iki hafta plajda yapılacak izin tutarı; 2 ile 6 yaşı arasındaki çocuklar için 450 DM'tır, 6 ile 12 yaş arasındaki çocuklar için ise 550 DM'tır. Karı-koca aynı tarihlerde geziye katıldıkları takdirde ikinci çocuk için gezi ücretsizdir. Şayet çocuklarda gezilere birlikte götürülmek isteniyorsa, o zaman ayrıca 75 DM daha ödenmesi gerekmektedir.

Yukarıda açıklanan gezi tutarı sadece 31 Mart 1982'ye kadar aşağıdaki adrese başvurularak kayıt yapıldığı sürece geçerli. 31 Mart'tan sonra yapılacak kayıtlar için kişi ve hafta başına 50 DM daha ödenmesi gerekmektedir.

Alman-Arnavutluk Dostluk Derneği yukarıdaki tarihlerin dışında metal ve çelik işçilerine de plajda yapılacak bir kaç günlük izinin haricinde ayrıca Arnavutluk çelik ve metal sanayisini yakından tanımak için de iki ayrı gezi düzenlemiştir.
Gezi tarileri şöyle: Çelik gezi grubu için 21. 7-4. 8. 1982 arasında (uçuş Köln üzerinden)
Metal gezi grubu için ise 31. 8-21. 9. 1982 arasında (uçuş Düsseldorf üzerinden) Bu üç haftalık süre zarfında yapılacak gezinin tutarı tüm masraflar dahil sadece 1360 DM'tır.

Tüm geziler üzerine ayrıntılı bilgi ve kayıt için şu adrese başvurun:

DAFG (Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V.)
Sekretariat-Postfach 19-7622
2000 Hamburg 19 Tel: 040/ 8502736

Not: Daha önce gazetemizin Almanca bölümünde yayınlanan yüksek izin masrafları, çocuklar için hariç, geçerli değildir.

(„Sommerreisen nach Albanien")

Yaklaşan sendika temsilcileri seçimleri ve görevlerimiz

2. BÖLÜM

Yazımızın birinci bölümünde sendika temsilcilerinin nasıl ve kimler tarafından seçildiğini ve sendikal açıdan görevlerinin neler olduğuna değinmiştik. Şimdi bu bölümünde ise yaklaşmakta olan sendika temsilcileri seçimlerindeki görevlerimiz ve sendika temsilcileri seçiminin, içinde bulunduğumuz koşullar altında önemine değineceğiz.

Önümüzdeki, ilkbahar aylarında bir çok işkolunda yapılacak olan sendika temsilcileri seçimlerinin, ilerici, devrimci, sendika patronlarının ihanetine karşı mücadele eden tüm işçi arkadaşlar için küçümsenemez bir önemi vardır. Hele hele sendikal temsilcileri sendikal örgütlenmede, sendikal demokrasinin hayata uygulanması ve işçi sınıfının çıkarlarının kararlı bir şekilde savunulması açısından da sendika tabanında en önemli yere sahiptirler.

Ekonomik buhranın giderek derinleştiği, işyerlerinin ardı arkası kesilmez bir şekilde kapatıldığı, işyerleri rasyonalleştirilerek yüzlerce işçisinin sokağa atıldığı, ücretlerin düşürülmesi ya da tamamen dondurulması gerektiği çığlıklarının atıldığı, sosyal haklarda kısıtlamalara gidildiği şu dönemde, sendikal mücadelede işçi sınıfı ile doğrudan bağları olan sendika temsilcilerinin önemi daha da artmaktadır. Çünkü sendika temsilçiliklerine seçilen bir işçi arkadaşın bu mevzide, bir sosyal ortaklık siyeseti mi, yoksa işçi sınıfının çıkarlarının en kararlı bir şekilde savunulması için sınıf mücadeleci bir çizgi mi izliyor açısından tayin edici önemi vardır.

Sendika temsilcileri artan savaş tehlikesi ve faşist eğilimlere karşı da işyerlerinde takınılması gereken tavır açısından küçümsenemez bir role sahiptirler. Örneğin bu konuda geçen yılın ekim ayında Bonn'da yapılan barış yürüyüşüne DGB sendika patronlarının sendika adına bu yürüyüşe katılmayı yasaklamalarına rağmen, işyerlerinde bir çok sendika temsilcileri kurulları, katılma kararı alarak yürüyüşte yer aldılar. Kısaca belirtecek olursak, sendika temsilcilerinin barış mücadelesinde barış hareketi ile işçi sınıfının bağının kurulması ve işçi sınıfının da barış mücadelesine aktiv olarak katılması açısından önmeli bir yeri vardır.

Sendika temsilcilerinin su götürmez bir şekilde artan yabancı düşmanlığına karşı da işyerlerinde yabancı ve yerli işçilerin birliğini sağlamak, işçi sınıfının mücadele birliğini bölmeyi amaçlayan her türlü girişimi geri püskürtmek, işyerlerinden yabancı düşmanlığına karşı çeşitli mücadele tedbirlerine başvurmak ve sendikaları yabancı düşmanlığına karşı eylemler örgütlemeye teşvik etme açısından oynayacakları roller hiç bir şekilde küçümsenmemelidir.

Sendika temsilcileri, sendikaların kuşatılması açısından kilit role sahiptirler. Çünkü biz yeni sendikaların kurulmasını değil, mevcut sendikaların kuşatılması ve onları işçi sınıfının gerçek mücadele aracı haline getirmek istiyoruz. Ama bu hedefe ulaşabilmek için bugün sendika yönetimlerini ellerinde bulunduran ve patronlarla uzlaşmacı bir çizgi izleyen sendika patronlarını bu mevzilerinden kovup onların yerine sınıf mücadeleci arkadaşların geçmesini istiyoruz. İşte bunu gerçekleştirebilmek içinde geniş işçi yığınları ve sendika üyelerini kazanmalıyız. Bunu gerçekleştirmek için de sendikal cihazın en alt kurumu olan sendika temsilcileri tartışma götürmek bir şekilde kilit rolü oynamaktadırlar. Sendikaları ele geçirmek, sınıfın gerçek bir mücadele aracı yapmak demek, sendika tabanında, işyerlerinde siyasi etkimizi genişletmek demektir. İşte bugün RGO'nun (Devrimci Sendika Muhalefeti) sendikaları ele geçirebilmesi, onun işçiler ve sendika tabanında yaratacağı etkiye bağlıdır. Bu anlamda doğrudan sendika üyeleri tarafından seçilen sendika temsilcileri, sınıfın işyerlerinde iradesini dile getirmekte ve bu anlamda da sendika üyelerinin bilincine ve hareketlerine etki yapabilmekteler. Sendika temsilcileri, sendika yönetimi ile işyerlerindeki üyeler arasında ilişkiyi kuran güçlerdir. Onlar olmaksızın sendika yönetimi tabandan tecrit olmuş olur. İşte bunun içindir ki sendika patronları sendika temsilcilerini kendi sınıf uzlaşmacı çizgilerinin bir aracı yapmaya çalışıyorlar. Bundan ötürü de bu mevziye sıradan bir işçi arkadaşın mı, ya da sendika patronlarının ihanetine ve patronların saldırılarına karşı işçilerin uzlaşmaz bir şekilde çıkarlarını savunan birisinin mi seçilip seçilmeyeceği oldukça önemlidir.

Sendika temsilcilerinin içinde bulunduğumuz koşullar altında önemine ve yüklendikleri görevlerine değindikten sonra, şimdi de sınıf mücadeleci, uzlaşmaz ve sınıfın iradesini dile getiren sendika temsilcilerinin seçilmesi için ne gibi hazırlıkları yapmalıyız noktasına değinelim. Uzlaşmaz ve sınıf mücadeleci sendika temsilcilerine buhranın derinleştiği şu dönemde daha çok ihtiyacımız var. Peki mücadeleci ve uzlaşmaz sendika temsilcileri hangi kıstaslardan çıkarak tespit etmeliyiz? Açıkca bilinen ve hepimizin de görebileceği gibi aktiv ve mücadeleci işçi arkadaşlar patronlarla işçiler arasındaki günlük mücadeledeki konumları açısından belirlenebilir. Yani hangi arkadaş günlük mücadelede işçi sınıfının çıkarları için patronlara karşı kararlı bir tavır takınıyor. Ama şu gerçeği de gözardı etmemeliyiz ki, çoğu kez sınıf mücadeleci arkadaşların seçilmesi belirli zorlukları da beraberinde getirmektedir. Bunun için önceden kimlerin aday gösterilmesinin doğru olabileceği konusunda mücadeleci ve sınıf bilinçli arkadaşlar tartışmalıyız.

İşçi arkadaşlara, sendika temsilcilerinin önemini, görevlerini, sınıf mücadeleci bir arkadaşın seçilmesinin bir iş bölümünde ne gibi faydaları olacağını, gerek ustabaşılarına, gerek patronlara gerekse de sendika yöneticilerine karşı sınıfın çıkarlarını savunan bir işçi arkadaşın seçilmesinin niçin gerekli olduğunu açıklamalıyız.

Sendika temsilcileri seçimi için adayları belirlemede ilk önce şimdiye kadar sendika temsilcisi olan arkadaşların içerisinde mücadeleci ve şimdiye kadar olumlu bir çalışma sürdüren arkadaşlar var ise, onların tekrardan seçimini sağlamalıyız. İkincisi ise yeni sınıf mücadeleci ve sınıf bilinçli arkadaşların seçilmesini gözönünde bulundurmalıyız. Ancak burada bu arkadaşlar ilk olarak adaylıklarını koyduklarından dolayı seçilmeleri için iş bölümündeki, sendika üyelerinin desteğini almaya ihtiyacı vardır.

Sendika temsilcileri seçimlerinde özellikle biz Türkiyeli işçi arkadaşlar gerekli önemi vermeliyiz. Çünkü şimdiye kadar bir çok iş yerinde Türkiyeli işçi arkadaşlar yoğun olarak çalışmalarına rağmen, bunların arasından sendika temsilcisinin seçilmesi için yoğun bir çaba harcanmamaktadır. Özellikle bir çok Türkiyeli sınıf bilinçli arkadaşlar bu mevziye seçilmek için hemen hemen kayda değer hiç bir girişimde bulunmamaktalar. Bunun için yaklaşan sendika temsilcileri seçimine Türkiyeli işçi arkadaşlarla aramızda tartışarak sınıfın çıkarlarını uzlaşmaz bir şekilde savunan arkadaşları aday olarak tespit etmeli ve onların seçilmesi için iş bölümünde gereken önlemleri almalıyız. Türkiyeli ya da diğer yabancı işçi arkadaşların seçilmesinde, Alman işçi arkadaşlarında desteklemelerini sağlamalıyız.

Önümüzdeki dönemde seçilecek olan sendika temsilcilerinin gelecek üç yıl boyunca işyerlerinde izlenecek sendikal çizginin yönünü belirlemede oynayacakları önemli rollerini gözardı etmeyerek şimdiden harekete geçmeli ve seçimlerde sınıfın çıkarlarını uzlaşmaz ve kararlı bir şekilde temsil eden işçi arkadaşların seçilmesi için iş bölümlerinde yoğun bir çalışma sürdürmeliyiz.

(„Vertrauensleutewahlen und unsere Aufgaben")

1982 sendika temsilcileri seçiminde

Yerli ve yabancı işçilerin birliği sağlanmalıdır

STUTTGART. — IG Metal Baden Württemberg Yönetimi 1982 yılı sendika seçimlerine ilişkin çıkardığı bir bildiride yerli ve yabancı işçi arkadaşların birliğinin sağlanmasına işaret etmektedir. Bildiride yabancı kadın ve erkek işçi arkadaşların sendika temsilcileri seçiminde şimdiye kadar olduğundan daha fazla gözönünde bulundurulmasının önemine değinilmektedir.

Bildiride devamla şöyle denilmektedir: "Örneğin tüm işçi arkadaşların güvenini alan Türkiyeli işçi arkadaş, Yunanlıların, İspanyolların, Yugoslavların, Portekizlilerin, İtalyanların, Almanların çıkarlarını hiç bir fark gözetmeden temsil etmeli ki, aynısı bir Yunanlıdan, Yugoslavdan ya da bir Almandan da beklenmelidir." (...) "Bu nedenle yabancı ve Alman işçi arkadaşlar birlikte ortaklaşa adayı seçmelidirler."

Bildiride ayrıca sendika temsilcilerinin en önemli görevlerinden biri olarak "onların birlikte yabancı düşmanlığı eğilimlerine ve ortaya çıkışlarına karşı durmalarının gerektiği" belirtilmektedir.

Yazıda "biz yabancı işçi arkadaşlarımızın ve onların ailelerinin şu anki ekonomik durumun sorumluları olmadığını görmeliyiz" denilmekte. Ve "bunun sorumluları olarak 25 yıldan beri yabancı işçi arkadaşları çalıştırarak sırtından kârlar elde edenlerin" olduğu gösterilmektedir. (...)

"Sadece bilgisizlik değil, aynı zamanda; örneğin işyerini kaybetme korkusu da yabancı işçilere karşı düşmanca tutumlara yol açmaktadır. Aynı korku yabancı işçi arkadaşlarımızda da var. İşte bu korku bizleri işsizliğe karşı ortak mücadelede birleştirmektedir." denilmekte.

"Yabancılar dışarı" kışkırtma sloganı hiç bir çözüme yol açmamaktadır. Kapitalist gelişmelerin sorumluları olarak bugün yabancı işçiler yarın ise Alman işçileri gösterilecektir.

Bu nedenle; yabancı işçi arkadaşlarımızın bizden dayanışmaya girmemizi beklemeleri onların doğal haklarıdır. Onlar haksızlığa karşı ortaklaşa mücadelede ön sırada Almanların yanın yer aldılar. Şimdi ise Alman işçileri birlikte onların yanında yer almaktalar" diye belirtilmektedir.

(„Vertrauensleutewahl '82 — Einheit von deutschen und ausländischen Kollegen")

HDW gemi tersanesinde 5 000 işçinin çıkışı verilmek isteniyor

HAMBURG. — HDW (Howalt Deutsche Werft) gemi tersanesi patronları 5 000 işçinin çalıştığı işyerini kapatmak istiyorlar. Eğer HDW kapatılacak olursa, tersanenin kapatılmasından sadece HDW'de çalışan işçiler değil, aynı zamanda bugün HDW'ye bağlı işyerleri de bu kapatma kararından etkilenecekler dir. Böylece bu iş yerlerini de dahil ederek hesaplayacak olursak toplam 10 000 işyeri tehlikededir.

HDW'nin kapatılması ile 10 000 işçi ve aileleri üç beş kuruşluk işsizlik parası ile geçinmeye zorlanmış olacaklardır. Bu nedenle gerek HDW'de çalışan işçi ve emekçiler gerekse de HDW'nin kapatılmasından etkilenen işçiler kapatma kararının geri alınması için güçlü sendikal ve siyasi direnişler örgütlemelidir. HDW'nin kapatılmasını önlemek işçi sınıfının gücü açısından siyasi bir göstergedir.

Ve bu siyasi hedefe de ancak ve ancak işyerlerinin kapatılmasını önlemek için kararlı ve uzlaşmaz mücadele sürdürmekle varılabilir.

Ayrıca KPD de çıkardığı HDW işyeri gazetesi aracılığı ile, gemi tersanesinin kapatılmak istenmesinin gerçek nedenlerinin neler olduğunu ortaya koymakta ve işyerinin kapatılmasını önlemek için işçi ve emekçileri mücadeleci eylemler örgütlemeye çağırmaktadır!

(„HDW muss erhalten bleiben!")

Basım işkolunda ücret turları

Yüzde 10'nun altında ücret artışı talebi sürülmemelidir

HAMBURG. — Basım ve Kağıt Sendikası'nın (IG Druck und Papier) Toplu Sözleşme Kurulu yapılacak olan ücret turları için yüzde 10'nun altında bir ücret artış talebini ileri sürecek olursa, böylece üyelerin aldığı kararı çiğnemiş olur. Çünkü şimdiye kadar çeşitli üye ve delegeler konferanslarında yüzde 10'nun altında ücret artışı talebi ileri sürülmemesi kararları alınmıştı.

21 Ocak'ta Basım ve Kağıt Sendikası'nın Stuttgart Yerel şubesinin üye ve delegeler toplantısı yapıldı. Bu toplantıda somut bir ücret artışı talebi tespit edilmemesine rağmen, üyeler, resmi fiyat artışlarının üzerinde bir ücret artışı anlaşması yapılması gerektiğini kararlaştırdılar.

Sürdürülen tartışmalarda 180 DM ücret artışı ve IG Metall baden Württember Eyalet yönetiminin ileri sürdüğü talep üzerinde duruldu. IG Metall Baden Württemberg Yönetimi ile aynı talebin ileri sürülmesi üzerine tartışmaların yoğunlaşması yönünde, IG Metall ile aynı cephede yer almak bir rol oynamaktaydı.

Bu toplantıda ayrıca ücret turlarını yapan ÖTV ve IG Metall sendikası ile dayanışmaya girmenin gerektiği kararlaştırıldı. Çünkü bugün bu büyük iki sendikanın yetkili oldukları işkolu dalında yapılacak olan ücret artışı anlaşmaları diğer iş kollarını da etkileyecektir. Bu nedenle toplantıda ücret turlarının sürdüğü şu dönemde ÖTV ve IG Metall sendikası ile ilişkiye geçerek onlara somut yardımın teklif edilmesi gerektiği vurgulandı. Ücret turlarının kızıştığı esnada IGM ve ÖTV sendikasının örgütleyeceği eylemlere böylece Basım ve Kağıt Sendikası da çağrılarak desteklenmesi sağlanmalıdır.

Bunun dışında Basım ve Kağıt Sendikası'nın Frankfurt şubesinin 30 Ocak'ta delege ve üye toplantısında en az 220 DM olmak üzere yüzde 10 ücret artışı talebinin kalifiye işçilerin ücret grubunun dışında olan tüm gruplar için ileri sürülmesi kararlaştırıldı.

Öte yandan Basım ve Kağıt Sendikası'nın Hamburg şubesinin yaptığı 20. üye ve delege toplantısında ise yüzde 10 ücret artışı talebinin ileri sürülmesi savunuldu.

Ayrıca Jahreszeit yayınevi IG Druck und Papier'in sendika temsilcileri kurulu ise en az 280 DM ücret artışının ileri sürülmesi gerektiğini sendikaya verdiği bir öneride savunmakta.

(„Lohnrunde Druck")

Bremen ve Batı Berlin'de

İşsizlik, sosyal hakların kısıtlanması ve çılgınca silahlanma protesto edildi

2 Şubat Salı günü Bremen'de yaklaşık olarak 8 000 sendikacı sosyal hakların kısıtlanmasını, artan işsizliği ve çılgınca silahlanmayı protesto etti.

Bu yürüyüşe DGB'nin Bremen Kaza Birliği, tabanın zorlaması sonucu çağrı yapmıştı. Yürüyüşte "sosyal haklar kısıtlanırken, zenginler de parsayı toplamakta", "sosyal güvenlik sadece boş lafazanlıktır, her şey atom silahları için yapılmaktadır." sloganları haykırılmaktaydı.

Yürüyüşte taşınan bir pankartta ise, "zenginler ödemelidir!" şiarıydı ki, bu, bugün sendikaların izlemesi gereken çizgiye yön vermektedir.

Öte yandan Bremen'deki yürüyüşten bir hafta önce de, yani 26 Ocak'ta Batı Berlin'de sosyal hakların kısıtlanmasına, işsizliğe karşı bir yürüyüş düzenlendi. Bu yürüyüşe 3 000'e yakın işçi ve emekçi katıldı.

Bu yürüyüşte basım işçilerinin taşıdıkları bir pankartta yazılı olan, "sosyal hakların kısıtlanmasına ve silahlanmaya karşı herkese iş" sloganı, çok açık bir şekilde işsizlik ve sosyal hakların kısıtlanması ile çılgınca silahlanma politikası arasındaki bağı ortaya koymaktadır. Sendikacı arkadaşlar taşıdıkları diğer pankartlarla sosyal ortaklık siyasetinin yerine sendikaların sınıf mücadeleci bir çizgi izlemesini talep ediyorlardı.

(„Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn")